

Stenografischer Bericht

52. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 10. Februar 2015

Beginn: 10.01 Uhr

Entschuldigt: Präsidentin Mag. Ursula Lackner, Landesrätin Dr. Bettina Vollath, LTAAbg. Renate Bauer, LTAAbg. Alexia Getzinger, MAS, LTAAbg. Mag. Barbara Hollomey, LTAAbg. Ewald Persch, LTAAbg. Waltraud Schiffer, LTAAbg. Siegfried Tromaier

M.

Mitteilungen (9433)

Betreff: gemäß § 39 Abs. 1 GeoLT 2005

D1. Einl.Zahl 3237/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrat Dr. Kurzmann
betreffend *365 Euro-Jahresticket für die gesamte Steiermark*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Schönleitner (9498)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Kurzmann (9505)

Wortmeldungen: LTAAbg. Schönleitner (9509), LTAAbg. Samt (9513), LTAAbg. Dr. Murgg (9516), LTAAbg. Klimt-Weithaler (9519), LTAAbg. Erwin Gruber (9522)

Beschlussfassung: (9524)

1. Einl.Zahl 3091/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport

Betreff: *Rechtliche und finanzielle Absicherung von Natur- und Waldkindergärten*

Berichterstattung: LTAAbg. Lechner-Sonnek (9435)

Wortmeldungen: LTAAbg. Lechner-Sonnek (9436), LTAAbg. Gady (9437), LTAAbg. Detlef Gruber (9439), LTAAbg. Ing. Lipp (9440)

Beschlussfassung: (9442)

2. Einl.Zahl 3072/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Schulsozialarbeit in der Steiermark*

Berichterstattung: LTAAbg. Dr. Murgg (9442)

Wortmeldungen: LTAAbg. Lechner-Sonnek (9443), LTAAbg. Klimt-Weithaler (9448), LTAAbg. Gady (9450), LTAAbg. Schwammer (9452), LTAAbg. Riener (9454), LTAAbg. Ing. Lipp (9456), Landesrat Mag. Schickhofer (9456)

Beschlussfassung: (9458)

3. Einl.Zahl 3209/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1991 und die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (7. lfBAG und 12. STLAO-Novelle) geändert werden*

Berichterstattung: LTAAbg. Hubert Lang (9459)

Wortmeldungen: LTAAbg. Hubert Lang (9460), LTAAbg. Erwin Gruber (9462)

Beschlussfassung: (9464)

4. Einl.Zahl 1154/10

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden, Wohnbau, Bau- und Raumordnung

Betreff: *Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes – Förderung von Baugruppen*

Berichterstattung: LTAAbg. Ing. Jungwirth (9464)

Wortmeldungen: LTAAbg. Ing. Jungwirth (9465), LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9468), Landesrat Seitinger (9469), LTAAbg. Ing. Jungwirth (9471), Landesrat Seitinger (9474)

Beschlussfassung: (9476)

5. Einl.Zahl 3253/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *17. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2014 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010*

Berichterstattung: LTAAbg. Schwarz (9477)

Beschlussfassung: (9477)

6. Einl.Zahl 3093/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration

Betreff: *Verankerung der FachsozialhelferInnen im Behindertengesetz und in der Leistungs- und Entgeltverordnung*

Berichterstattung: LTAbg. Lechner-Sonnek (9477)

Wortmeldungen: LTAbg. Lechner-Sonnek (9478), LTAbg. Zenz (9480)

Beschlussfassung: (9481)

7. Einl.Zahl 3246/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Angelegenheiten der Europäischen Union und Entwicklungszusammenarbeit

Betreff: *Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über "Entwicklungen in der Europäischen Union" betreffend das dritte Vierteljahr 2014 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG*

Berichterstattung: LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (9482)

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (9482), LTAbg. Amesbauer, BA (9484), Präsident LTAbg. Majcen (9488), LTAbg. Dr. Murgg (9491), Landesrat Dr. Buchmann (9493)

Beschlussfassung: (9496)

8. Einl.Zahl 3215/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2014/8); Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013, Internationales*

Berichterstattung: LTAbg. Dr. Murgg (9497)

Beschlussfassung: (9497)

9. Einl.Zahl 3212/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht gemäß Art. 1 § 8 Bezügebungsgesetz; Berichtsjahre 2012/2013*

Berichterstattung: LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (9497)

Beschlussfassung: (9498)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es findet heute die 52. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle erschienenen Damen und Herren, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die erschienenen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung.

Ich habe eine ganze Reihe von Entschuldigungen vorzubringen. Es sind heute entschuldigt:

Die Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath, die Frau Landtagsabgeordnete Renate Bauer, die Frau Landtagsabgeordnete Alexia Getzinger, die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Barbara Hollomey, die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner, der Herr Landtagsabgeordnete Ewald Persch, die Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Schiffer und der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Tromaier.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen und ich frage die Damen und Herren Abgeordneten, ob ein Einwand gegen die Tagesordnung besteht? Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 6a Abs. 2 in Verbindung mit dem Abs. 1 des Unvereinbarkeits-Transparenz-Gesetzes bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassung in seiner Sitzung vom 03. Februar 2015 die Anzeige, Einl.Zahl 3226/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Hubert Koller betreffend „Tätigkeit in einer Gebietskörperschaft“ beraten und genehmigend beschlossen hat. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages 2005 20 schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der FPÖ – zwei Anfragen, von Abgeordneten der Grünen – vierzehn Anfragen sowie von Abgeordneten der KPÖ – vier Anfragen.

Diese Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht: an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann – eine Anfrage, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler – drei Anfragen, Herrn Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann – zwei Anfragen, Herrn Landesrat Mag. Michael Schickhofer – drei Anfragen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser – zwei Anfragen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer – eine Anfrage, Herrn Landesrat Johann Seitinger – zwei Anfragen, Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath – drei Anfragen und Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves – drei Anfragen.

Es wurden darüber hinaus vier Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht: Landesrat Mag. Christopher Drexler – eine Anfragebeantwortung, Landesrat Mag. Michael Schickhofer – eine Anfragebeantwortung, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser – eine Anfragebeantwortung und Landeshauptmann Mag. Franz Voves – eine Anfragebeantwortung.

Am Dienstag, dem 03. Februar 2015 um 13.21 Uhr wurde von den Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann, betreffend „365 Euro-Jahresticket für die gesamte Steiermark“ eingebracht. Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung die Wechselrede statt.

Meine Damen und Herren, bevor ich zur Tagesordnung übergehe, möchte ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Hitzendorf unter der Leitung von Herrn Ortsgruppenobmann Friedrich Reinbacher sehr herzlich begrüßen. Willkommen. Danke für das Interesse. *(Allgemeiner Beifall)*

Weiters begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Mautern, Gruppe politische Bildung, unter der Leitung von Herrn Schulrat Günter Zellner, sehr herzlich. Ebenfalls Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 der Geschäftsordnung.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 3091/1, der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner betreffend Rechtliche und finanzielle Absicherung von Natur- und Waldkindergärten.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek und ich erteile ihr das Wort zur Berichterstattung.

LTabg. Lechner-Sonnek (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es geht um den Bericht des Ausschusses für „Bildung“ zum Thema rechtliche und finanzielle Absicherung von Natur- und Waldkindergärten. Der Ausschuss „Bildung“ hat in seinen Sitzungen vom 11.11.2014 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Bildung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport zum Antrag Einl.Zahl 3091/1 der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner betreffend rechtliche und finanzielle Absicherung von Natur- und Waldkindergärten wird zur Kenntnis genommen. (10.09 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diese Berichterstattung. Ich möchte der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek gleich das Wort erteilen und bitte Sie ans Rednerpult.

LTabg. Lechner-Sonnek (10.09 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir habe diesen Antrag eingebracht, nämlich, vielleicht muss ich das noch erklären, den Antrag, den Waldkindergärten einen Status zuzuerkennen, der auch dazu führt, dass sie verankert sind und dass sie auch finanziell unterstützt werden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Modell der Waldkindergärten kennt? Das ist ein Modell, dass es nicht nur in der Steiermark gibt, sondern auch in anderen Bundesländern und es im Endeffekt so aussieht, dass Kinder an das Leben im Wald herangeführt werden, dass sie sich ganz viel im Wald aufhalten, dass sie dadurch auch lernen, wie sich die Jahreszeiten auswirken, dass sie lernen, wie man sich im Wald verhält. Dass sie auch kennen lernen, was es da alles gibt im Wald. Ob das jetzt verschiedene Pflanzen-, Baumarten sind, ob das Tiere sind und vor allem, wie man umgeht damit. Das heißt, sie lernen, und das ist das, was natürlich Grüne besonders anspricht, das gebe ich schon zu, einen sehr verantwortungsvollen und vor allem einen aufmerksamen Umgang mit der Natur. Ich glaube, das ist etwas, was man nicht genug schätzen kann und nicht genug würdigen kann und wofür Kinder auch sehr offen sind, ich glaube, das wird jeder auch unterstützen und jede, der oder die mit kleinen Kindern oder mit Kindern zu tun hat. Die sind noch sehr offen dafür und wollen lernen und wollen erkennen, wie man sich in der Welt bewegt und verhält. Die Waldkindergärten bieten diese Möglichkeiten. Sie bieten auch an, dass die Kinder sich viel bewegen, dass sie viel in der frischen Luft sind, dass sie viel miteinander und voneinander lernen bis dorthin, dass sie miteinander Beeren und Früchte sammeln, dass sie miteinander auch die Mahlzeiten herstellen und so weiter. Das ist ein sehr ganzheitlicher Ansatz, der viel vermittelt. Diese Waldkindergärten müssen bisher ohne eine öffentliche Unterstützung auskommen, bis auf wenige Ausnahmen. Ab und zu gibt es irgendwo eine kleine Förderung und unser Antrag ist dort hingegangen zu sagen: Wäre es nicht möglich, das Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetz so zu erweitern, dass die Waldkindergärten darin aufgenommen werden und dass daraus auch resultiert, dass es eine Förderung für das Personal gibt? Sonst müssen nämlich die Eltern das ganz und gar allein tragen, was ja in den Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sonst nicht der Fall ist. Da fördert ja zum Beispiel das Land ganz massiv die Personalkosten. Den Rest übernehmen dann im Endeffekt die Gemeinden. Die Antwort, die wir bekommen haben von Seiten der Landesregierung war, ich sag es einmal ganz einfach, warum das alles nicht geht. Es ist schon okay, wenn man sagt, warum das alles nicht ins jetzige Gesetz hineinpasst.

Aber das war nicht die Frage. Die Frage war einfach: Wie kann man sicherstellen, dass diese Waldkindergärten auch zu den in der Steiermark anerkannten und geförderten Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen gehören? Und ich würde mir wünschen, dass wir bei dieser Antwort nicht stehen bleiben, sondern dass es sehr wohl weitergehende Überlegungen gibt, die Existenz und vor allem die wertvolle Arbeit der Waldkindergärten abzusichern. In diesem Sinne werden die Grünen dem nicht zustimmen, was heute vorliegt, weil der Antrag sagt: Nein, nein, die Waldkindergärten können nicht ins Gesetz aufgenommen werden, sag ich vor allem den Zuhörerinnen und Zuhörern, die sich dann vielleicht oft über das Abstimmungsverhalten wundern. Wir können nicht zustimmen, weil das gegen genau unseren Vorschlag geht. Aber ich bin voller Zuversicht und vor allem sind wir auch sozusagen bereit und haben die Absicht, an diesem Trendthema dranzubleiben, weil wir glauben, dass unsere Gesellschaft froh sein kann, wenn es viele junge Menschen gibt, die einen respektvollen Umgang mit der Natur lernen und das dann mitnehmen in ihr ganzes Leben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.13 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für die Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung stammt von der Frau Abgeordneten Ingrid Gady. Frau Abgeordnete, ich bitte dich zum Rednerpult.

LTAbg. Gady (10.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir alle in diesem Raum haben etwas Gemeinsames. Wir waren alle Kinder und ich denke, wir haben alle die Möglichkeit gehabt, frei und relativ unbeaufsichtigt in der Natur zu spielen. Es hat sich niemand großartig aufgeregt, wenn wir uns einmal die Knie aufgeschlagen haben. Es war vieles möglich und wir brauchen uns darüber heute, denke ich, nicht austauschen, wie sinnvoll diese Erfahrungen sind. Wie sinnvoll diese positiven Aspekte bis heute in unser Leben hineinwirken. Aus diesem Grund sind Angebote wie Wald- und Naturkindergärten absolut zu begrüßen. Ziel sollte es aber natürlich sein und muss es sein, hier eine Rechtssicherheit zu schaffen, um dieses Angebot auch finanzierbar, Eltern, die sich dies für ihre Kinder wünschen, auch möglich zu machen. Mit der jetzigen Gesetzeslage ist das schwierig bzw. gar nicht möglich. Ich möchte jetzt diese Punkte der Stellungnahme nicht aufzählen, sondern nur ein paar dazulegen und sie ergänzen: Kinder haben ein Recht, im Kindergarten umfassend gefördert und betreut zu werden. Das ist in diesem Umfang in Waldkindergärten nicht möglich.

Dadurch, dass sie nur halbtags geführt werden und keine Räumlichkeiten vorhanden sind, ist es ja für einen Großteil der Eltern gar nicht möglich, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen. Es ist keine Mittagsverpflegung möglich, weil es keine Küche gibt, keine Reinigungsmöglichkeiten für das Geschirr, weil dadurch ein massives Hygieneproblem entstehen würde. Es gibt keine Räumlichkeiten, die errichtet werden müssen. Wir bringen damit die Erhalter in eine schiefe Lage, weil sie haben keine Investitionskosten und ich befürchte auch, dass dadurch ein Preisdumping entsteht. Die Kinder haben keine Schlafmöglichkeiten, aufgrund der mangelnden Räume. Damit schließe ich die Gruppe der Drei- bis Sechsjährigen aus, weil nur größere Kinder daran teilnehmen könnten. Was ist mit den Kindern, die Windeln benötigen? Werden die am Waldboden gewickelt? Da schreit sicher wieder jemand auf, wegen der Intimsphäre der Kinder bzw. der Hygienemaßnahmen. Was ist mit der großen Gruppe der Kinder mit besonderem Förderbedarf? Mit den beeinträchtigten Kindern? Die werden aus diesem Modell vermutlich von vornherein ausgeschlossen. Die Frage, die sich stellt, ist allerdings schon, inwieweit die Eltern die Verantwortung tragen und die Entscheidung treffen können, welche Angebote sie für ihre Kinder in Anspruch nehmen wollen? Mischformen sind hier sicher eine gute Alternative, zum Beispiel die Naturparkkindergärten. Die versuchen mit den Kindergärten, mit den Regelkindergärten, verstärkt gemeinsam zusammenzuarbeiten. Dieser Antrag, zur Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes, ist ein guter Anlass, ernsthaft darüber nachzudenken, wie sinnvoll und notwendig es ist, gerade im elementarpädagogischen Bereich alles zu reglementieren und den Kindern damit die Möglichkeit zu nehmen, ihre Grenzen auszuprobieren, über sich hinauszuwachsen, neugierig zu bleiben, zu experimentieren und frei zu spielen. Auch wenn damit Gefahren verbunden sind, eben dass sich die Kinder auch heute ihre Knie aufschlagen, sich Stachel einziehen oder sich schneiden. Natürlich verstehe ich die Sorgen und Bedenken rund um die Sicherheit, aber ich glaube, dass im Fall eines Konsens zur Qualität solcher Angebote, analog zu anderen Bundesländern Lösungen gefunden werden könnten, was sich wiederum positiv auf die Regelkindergärten auswirken würde. Ein gutes Beispiel, und da freue ich mich wieder als Sprecherin meiner Region auftreten zu können, sind die Naturparkschulen und die Naturkindergärten in unserer Region, die durch ein abgestimmtes Leitbild gemeinsam definierte Bildungsziele und gemeinsame Projekte auf Basis der vier Säulen „Schutz“, „Erholung“, „Bildung“, „Regionalentwicklung“, eine stärkere Naturbildung und Naturerlebnisse forcieren und die Kinder damit neugierig auf ihre Region und auf ihre Umwelt machen.

Das könnte auch andere ElementarpädagogInnen entlasten und mehr in der Natur und im Wald bzw. mit betriebsfremden Personen, wie NaturführerInnen und WaldpädagogInnen arbeiten. Das könnte forciert werden. Ich kann Sie nur herzlich einladen, schauen Sie sich die Naturparkkindergärten in der Region Südsteiermark an und Sie werden sehen, es sind gute Mischformen möglich. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.18 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, für diese Wortmeldung. Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Herr Abgeordneter bitte.

LTAbg. Detlef Gruber (10.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, die Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Manchmal ist es ganz gut, wenn man als Dritter zum Reden kommt, weil dann kann man sich einige Dinge die man sich notiert hat, auch sparen. Ich schließe nahtlos an die Kollegin Gady an. Es gibt natürlich immer wieder Wünsche und Ideen, in pädagogischen Bereichen, ob es jetzt die elementarste Erziehung oder Beschulung angeht oder ob es um den Schulbereich geht. Aber es ist immer ein Unterschied, Ideen zu haben und nicht darüber nachdenken zu müssen, wie die Finanzierung aussieht bzw. Ideen zu beginnen und dann sagen, irgendjemand wird dann schon dafür aufkommen und das bezahlen. Ich glaube, dass im Rahmen unserer gesetzlichen Möglichkeiten, die wir haben, genug Ausmaß für eine sinnvolle waldpädagogische Behandlung gegeben ist, für eine Betreuung gegeben ist, für ein Erfahren der Natur. Man kann also im Rahmen der Möglichkeiten genug Platz einräumen, ohne jetzt auf die verschiedensten Einrichtungen der Sicherheit, die wir zweifelsohne aus gegebenem Anlass in unseren Kindergärten haben müssen, ohne darauf zu verzichten. Ich kann Ihnen nur ein Beispiel jetzt unlängst aus der Praxis erzählen. Ein Schneefall, wie es jetzt in der Steiermark Gott sei Dank wieder war, ist eine günstige Gelegenheit, eine Turnstunde – zumindest hat es einmal so geheißen – heute heißt es ja Bewegungs- und Sportstunde, in der freien Natur zu machen. Der Erfolg daraus ist, dass man erboste Anrufe von Eltern bekommt, was wir uns erlauben, mit den Kindern hinaus zu gehen, weil sie könnten ja nass werden und wenn ich jetzt das umlege auf einen Waldkindergarten, der praktisch sich nur in der Natur abspielt, dann wird das nur einen ganz, ganz kleinen Kreis wirklich interessieren, wo die Eltern dann auch bereit sind, die möglichen Konsequenzen auf sich zu nehmen und dafür selbst die Haftung zu übernehmen.

Es wird zweifelsohne im Rahmen der Möglichkeiten und der ständigen Auseinandersetzung mit Verbesserungsvorschlägen für unsere Schulmodelle und Kinderbetreuungsmodelle die Möglichkeit geben, auch diese Dinge zu versuchen, auf eine gesetzlich mögliche Basis zu bringen, im Moment ist es absolut nicht notwendig oder nicht möglich. Wir können darauf nicht eingehen und es gibt auch keine Definition in Wahrheit dafür. Das heißt, in Zukunft nehmen wir das als Anregung an, darüber nachzudenken, ob es eine Möglichkeit gibt, aber als generelle Form kann ich mir das zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht vorstellen. Vor allem das Wichtige, das wäre genau das: Ich bin in einem anderen Fall ein leidgeprüfter Verfechter einer pädagogischen Reform, wo wir über ein Vierteljahrhundert schon versuchen, den Bereich der vermehrten Musikerziehung in unser Schulwesen einzubringen und daran scheitern, obwohl das wissenschaftlich mehrfach evaluiert wurde und es ist nicht möglich. Dann erwarte ich natürlich auch auf der anderen Seite, dass solche Projekte genauso evaluiert sind, bevor man dazu kommt, dass man auch seitens des Landes oder seitens von Gemeinden die entsprechenden Geldmittel dafür zur Verfügung stellt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.23 Uhr)

Präsident Majcen: Ich danke für die Wortmeldung. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Ing. Eva Maria Lipp.

LTAbg. Ing. Lipp *(10.23 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Sitzungssaal!

Freue mich insbesondere über den Besuch der NMS Mautern und über den Besuch von Herrn Zellner, der alle Jahre zu uns in den Landtag kommt. Das möchte ich insbesondere erwähnen, das gehört auch einmal ausgesprochen.

Nun zum Thema, liebe Ingrid Lechner-Sonnek, das Thema ist ein sehr wichtiges und wertvolles Thema und kann den Inhalten sehr, sehr viel abgewinnen, keine Frage und ich lebe das auch. Ich habe das Glück auch gehabt, so wie die Ingrid Gady gesagt hat, ich bin so aufgewachsen. Bei uns hat es damals noch keinen Kindergarten gegeben und wir Kinder, wir sind sieben Kinder, wir waren halt unterwegs in Wald und Feld, wo auch immer. Was wir gemacht haben, war erlaubt. Wir haben Baumhäuser gebaut, es war alles wunderbar. Nur haben unsere Eltern dafür gehaftet.

Das ist der Unterschied. Und für mich ist die Schwierigkeit, dass man diese Vorstellungen in dieses aktuelle Gesetz unterbringt, ist für mich eigentlich nicht möglich. Insbesondere nicht möglich, weil unsere Kinderbetreuungseinrichtungen, es ist vielleicht überspitzt formuliert, heute den Charakter, beinahe den Charakter eines Hochsicherheitstraktes haben. Dass unsere KinderpädagogInnen, KindergartenpädagogInnen wahnsinnig viele Aufzeichnungen machen müssen, also mehr oder weniger auch überspitzt formuliert, sobald sich ein Kind bewegt. Wir haben viel zu viel Administration aus meiner Sicht und es wird immer noch mehr gefordert. Ich glaube, wir sollten da insgesamt nachdenken und wieder einen Schritt zurückgehen, dann würden die PädagogInnen auch wieder mehr Zeit für ihre Kinder haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Diese Kinder, die das nutzen könnten, haben auch Eltern. Nur wo bleibt die Verantwortung der Eltern? Darauf werde ich immer wieder zurückkommen. Es steht jeder Mutter, jedem Vater frei, mit dem Kind in die Natur zu gehen. Eben das den Kindern zu bieten, was für uns ganz normal wäre und auch ist. Es ist nicht alles Aufgabe der Bildungseinrichtungen, es muss finanziert werden, es muss im gesetzlichen Rahmen stattfinden, es ist keine Frage. Und es gibt ja auch Möglichkeiten, wo die Kinder in die Natur kommen. Es wurde einiges schon aufgezählt. Es ist vieles in diesem Rahmen möglich. Es gibt zum Beispiel auch in den Ferien insbesondere Angebote der Gemeinden, wo sehr viel im Freien gemacht wird. Es gibt das Angebot der Waldspiele seitens der Landwirtschaftskammer schon seit Jahrzehnten. Das ist etwas was immer sehr, sehr gut angenommen wurde. Man hat gar nicht alle Klassen nehmen können, so viele haben sich gemeldet. Da gibt es viele Möglichkeiten und wir sollten diese alle nutzen und dann überlegen, wie wir das gesetzlich in einen Rahmen bringen könnten, wenn der Bedarf gegeben ist. Eine Erfahrung möchte ich auch noch anbringen nach 22 Jahren Elternvertretung. Es ist schwierig, es ist heute viel schwieriger als früher. Die Verantwortung schieben die Eltern gerne ab und eben wenn sich ihr Kind nur irgendwo aufhaut, ist schon der Lehrer schuld oder ist schon der Kindergartenpädagoge schuld. Es ist einfach nichts mehr normal, wie sich Kinder bewegen. Wir haben in Leoben einen Lauf gehabt um einen Berg, den haben wir müssen beenden, weil die Eltern die Angst hatten, dass die Kinder abstürzen. Der Professor hat dann gesagt, ja, es gibt manche, bei denen muss man wirklich Angst haben, weil sie sich nicht bewegen können. Die haben sich nicht zu bewegen gelernt. Nur das obliegt den Eltern, dass sie dahingehend etwas unternehmen. Das ist Auftrag aus meiner Sicht und auch die Pflicht der Elternschaft. Nur abschließend noch einmal, der Idee kann ich sehr viel abgewinnen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.27 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine weitere Wortmeldung vor und ich komme daher zur Abstimmung und ich bitte alle diejenigen, die dem Antrag der Berichterstattung zu Tagesordnungspunkt eins die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen von Grünen und KPÖ, wenn ich das richtig gesehen habe. (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Nein!“) Nicht, ich habe da nicht rüber gesehen, Entschuldigung, ich muss mir da einen Spiegel zulegen. Danke. Also gegen die Stimmen der Grünen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt und ich komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 3072/3, betreffend Schulsozialarbeit in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordneter Dr. Werner Murgg und ich bitte ihn um seinen Bericht.

LTAbg. Dr. Murgg (10.28 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen!

Ein kurzer Bericht, es geht um die Schulsozialarbeit in der Steiermark, ein Landesrechnungshofprüfbericht. Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 13.01.2015 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Schulsozialarbeit in der Steiermark wird zur Kenntnis genommen. (10.28 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Dr. Murgg für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet ist als erste die Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonek. Frau Abgeordnete bitte.

LTabg. Lechner-Sonnek (10.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Landesrechnungshof hat einen Bericht gemacht über die Schulsozialarbeit. Ich weiß nicht, ob er allen geläufig ist, vor allem vielleicht den Damen und Herren im Zuschauerraum, was Schulsozialarbeit ist. Ich möchte vielleicht einmal so anfangen, dass, ich glaube, die Kollegin Lipp, hat es heute eigentlich auch gesagt, über den ganzen Bereich der Kinderbetreuung und –bildung, dass sich das Leben und die Anforderungen an die Kinderbetreuungseinrichtungen sehr geändert haben in den letzten Jahren. Man hört oft, dass es in der Schule immer schwieriger wird, dass immer mehr Kinder in die Schule kommen, die ein sehr auffälliges Verhalten haben, dass es immer mehr Probleme gibt, einen Schulalltag so zu gestalten, dass er für alle was bringt und vor allem dass er Bildung ermöglicht. In dem Zusammenhang ist es einfach wichtig auch wahr zu nehmen, wie begrenzt es ist, was ein Lehrer oder eine Lehrerin machen kann, das trifft sich ja auch mit dem, was die Frau Kollegin Lipp vorher gesagt hat und man hat einfach den Schluss daraus gezogen, dass es vielleicht gut ist, wenn man Menschen in die Schule holt, die andere Kompetenzen haben, die das ergänzen können, die diese Hilfe bieten können und die Unterstützung bieten können, die es brauchen, um zu einen guten Schulalltag zu kommen, in dem wirklich alle die Möglichkeiten haben, die Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Vor langer Zeit schon hat man zum Beispiel die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eingeführt bzw. haben sie ihre Arbeit aufgenommen – auch ein sehr wichtiger Dienst. Die Schulsozialarbeit nun, ist auch eines dieser zusätzlichen Angebote, die sich, und das kann man, glaube ich, wirklich sagen, wenn man sich ein bisserl umhört, ganz, ganz klar bewährt hat. Entschuldigung, jetzt habe ich das Wort nicht gleich gefunden. Die Schulsozialarbeit hat sich bewährt, und zwar dort, wo es einfach Schwierigkeiten gibt, sowohl Schwierigkeiten innerhalb der Klasse als auch Schwierigkeiten, die Kinder manchmal aus dem familiären oder privaten Umfeld mitnehmen. Die Arbeit der Schulsozialarbeit ist sehr verschieden. Da sind viele, viele Aufgaben darin verpackt, wie auch der Landesrechnungshof feststellt. Der hat da eine Liste vorgelegt, wo man wirklich staunt und sagen muss, da sind 20 Punkte angeführt, die Aufgaben auflisten, ob das jetzt innerschulische oder außerschulische Aufgaben sind, zum Beispiel wird hier aufgelistet: Konfliktberatung. Was kann man tun, wenn es Konflikte in einer Klasse gibt? Krisen und Problembearbeitung? Prävention?

Wie kann man dafür sorgen, dass nicht etwas eskaliert, das es nicht zu einem schweren Konflikt oder zu einem großen Problem in einer Klasse kommt? Auch Beratung des Lehrpersonals, was kann man tun? Wie kann man mit einem Kind anders umgehen oder was muss man wissen um zu verstehen, warum ein Kind im Moment sich gerade so und so verhält? Vielleicht gibt es da einfach spezielle Situationen im privaten Umfeld, die man einbeziehen muss? Es gibt aber auch das Problem, dass Kinder die Schule verweigern, dass Kinder nicht in die Schule gehen wollen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, die es da gibt. Das ist auch eine wichtige Geschichte, der man sich annehmen muss. Freilich könnte man sagen, ja, da müssen die Eltern dafür sorgen. Wenn es aber nicht so ist? Wenn das Kind vielleicht das Pech hat, in einer Umgebung aufzuwachsen, in der dem nicht genug Bedeutung beigemessen wird, dann soll es nicht selber noch einmal darunter leiden. Es ist auch ein ganz wichtiger Auftrag, wie überhaupt die Beratung der Eltern, eine wichtige Aufgabe der Schulsozialarbeit ist, nicht nur der Schulsozialarbeit aber auch. Möchte diese Situation auch nützen und Dank und Anerkennung auszusprechen an jene, die dieses Modell in der Steiermark aufgebaut haben. Es ist sehr gute Vorarbeit geleistet worden und da komme ich gleich zu einem Kritikpunkt des Landesrechnungshofes, der sagt: Es ist nicht so genau festgelegt, was die Schulsozialarbeit tun soll und vor allem wie ihr Aufgabenbereich sich abgrenzt gegen andere Aufgabenbereiche. Was haben dann die Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer zu tun? Oder was ist Aufgabe der Lehrerin oder des Lehrers oder was ist Aufgabe der Schulpsychologie? Es stimmt schon, es ist nicht so festgelegt, dass man sagen könnte, das ist für alle verpflichtend. Also zum Beispiel im Rahmen einer Verordnung könnte und sollte man das und so denken wir, sollte man vorgehen, das festlegen, dass das in der ganzen Steiermark klar ist. Wer ist wofür zuständig. Es gibt allerdings ganz hervorragende Vorarbeiten dazu. Ich nenne nur eines, es gibt eine sehr gute Auflistung der Tätigkeitsprofile des schulpsychologischen Dienstes und der Schulsozialarbeit und auch wie sie zusammenarbeiten können. Diese Auflistung, diese ganz genaue Beschreibung wurde zusammen mit dem Leiter der schulpsychologischen Bildungsberatung des Landeschulrates, dem Herrn Hofrat Dr. Zollneritsch, erarbeitet. Also das ist mit Sicherheit ein sehr hilfreiches und hochwertiges und klares Papier und unser Wunsch wäre, dass man generell die Schulsozialarbeit so auf geregelte Beine stellt, dass man sie in einer Gesetzesvorlage genau beschreibt, dass man hier auch die Aufgaben gut zusammenfasst und auch diese Abgrenzungen gegen die anderen Berufsgruppen vornimmt. Das ist eine ganz wichtige Sache.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist für mich, dass, wenn man sich vorstellt, wie Schulsozialarbeit arbeitet, es wichtig ist, sich auch anzuschauen, wie sicher ist es, dass eine Klasse, eine Schule, Schulsozialarbeit bekommt. Wenn es so ist wie jetzt, dass zum Beispiel am Ende eines Schuljahres niemand weiß wie es weitergeht im nächsten Jahr, also der Schulleiter oder die Schulleiterin nicht, die Lehrerin oder Lehrer der Klasse nicht aber auch die Personen, die Schulsozialarbeit machen, dann kann man sich vorstellen, dass das eine schwierige Situation ist. Es wird also von Jahr zu Jahr neu entschieden, bekommt eine Klasse Schulsozialarbeit oder nicht? Da macht der Rechnungshof auch, finde ich, sehr plausible Vorschläge. Er sagt: Erstens einmal müssten wir eigentlich schauen, und zwar das Land, das ja eine übergeordnete Verantwortung in Sachen Bildung hat und der Landesschulrat, müssen sich enger zusammen schließen und einfach einmal klären, was sind die Indikatoren oder was ist der Anlass, dass eine Schulklasse oder eine Schule Schulsozialarbeit bekommt? Was sind eigentlich die Situationen? Wie schaut es aus in der Steiermark, ganz einfach ausgedrückt? Wo sind denn die Probleme, die in den Schulen auftauchen, wo man die Schulsozialarbeit heranziehen kann? Offensichtlich gibt es diesen Überblick über das ganze Bundesland nicht und man muss sich dann natürlich fragen, wie kommt es dann zustande, dass einzelne Schulen Schulsozialarbeit bekommen? Also, ich will jetzt da gar nicht interpretieren, wovon das abhängt? Ich weiß es nicht. Es sollte, und das finde ich einen sehr guten Rat des Landesrechnungshofes, hier eine engere Zusammenarbeit von Land und Landesschulrat geben, mit dem Ziel, so einen Überblick zu haben. Es geht ja auch darum, dass man im Land und im Landesschulrat wissen sollte, ja wieviel brauchen wir von den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, BeratungslehrerInnen und wie kann man das grundlegend in ein gutes Ganzes gießen, sodass in der Schule ein guter Unterricht möglich ist und die Lehrerinnen und Lehrer aber auch die Schülerinnen und Schüler die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit es gut laufen kann? Das halte ich für sehr plausibel. Eines ist mir aber sehr wichtig zu sagen, die direkte Zusammenarbeit in der Schule zum Thema der einzelnen Kinder, die muss vor Ort passieren. Die muss dort passieren, wo das alltägliche Leben stattfindet und das kann nicht ersetzt werden, durch irgendeine Verwaltungsstruktur. In dem Zusammenhang fällt auch wieder auf, wenn ich nur jedes Jahr neu entscheide, ob es wieder Schulsozialarbeit gibt, in einer Klasse, wo im Übrigen die Kinder, wenn sie vielleicht von der zweiten in die dritte kommen, ja die gleichen sind, wie vorher, also wo ist da das große Entscheidungsproblem?

Dann sieht man ja, dass der Aufbau dieser Zusammenarbeit, der notwendig ist, auch immer wieder in Frage gestellt wird. Das heißt, wenn ich jedes Jahr neu entscheide, von Verwaltungsseite her, machen wir dort überhaupt Schulsozialarbeit und überhaupt wer? Vielleicht kriegt ganz wer anderer den Auftrag, dann schaue ich nicht an, wie viel Aufbauarbeit da drinnen ist, und zwar ganz konkret in der einzelnen Schule und in der einzelnen Klasse. Da ist ja was passiert, da ist, was aufbaut. Die können alle gut zusammenarbeiten. Und in dem Zusammenhang ist mir wichtig zu sagen, dass, was der Landesrechnungshof immer einfordert, nämlich, wenn zum Beispiel die Schulsozialarbeit ausgeschrieben wird. Es ist nach gewissen Prinzipien nach der Wirtschaftlichkeit zu entscheiden, wer den Zuschlag bekommt. Das stimmt schon, aber man muss genau hinschauen, gerade im sozialen Bereich ist nicht immer das Billige das Beste. Wenn ich mir klar mache, dass das ganze Helfersystem, das ganze System in der Schule, die Betroffenen, die Lehrerinnen, Lehrer, SchulsozialarbeiterInnen und alle die außen stehen, die amtliche Sozialarbeit, sich gut kennen und Formen der Zusammenarbeit schon entwickelt haben, dann ist es extrem wichtig, die auch zu erhalten. Wenn ich die neu aufbauen muss, brauche ich wieder viele Stunden und ich habe wahrscheinlich Wochen und Monate, wo die Arbeit nicht wirklich gut greifen kann. Herr Präsident, bei mir blinken zehn Minuten, ich glaube, ich habe aber 20, stimmt das? Stimmt. Das heißt, das Vergabeverfahren, das haben wir auch in unserem Entschließungsantrag, das Vergabeverfahren sollte so abgewickelt werden, dass eine Aufbauarbeit in Bezug auf Wirtschaftlichkeit auch eingerechnet wird. Wenn das alles aufgebaut ist, muss ich nicht so viel Zeit neu dafür erübrigen und kann, und das war auch im Übrigen ein Hinweis von der Frau Kollegin Lipp, kann ich mich einfach auf die Arbeit konzentrieren, die zu tun ist, wenn etwas eh schon aufgebaut ist. Dann werde ich das nicht wegschmeißen und sagen, irgendwer anderer macht es billiger. Also das gehört einfach einbezogen in die Entscheidungen, wenn es um die Vergabe von Leistungen geht. Wir haben ein paar wesentliche Punkte zum Thema Schulsozialarbeit, obwohl ich sagen muss, dass der Rechnungshofbericht noch viele andere Aspekte anspricht. Ich gehe davon aus, dass sich das Land bzw. die Landesregierung auch mit diesem Bericht auseinandersetzt und die vielen Anregungen und Hinweise des Landesrechnungshofes sich genau anschaut. Das steht sicher dafür. Das ist ein guter und umfassender Bericht, den man sich nicht gut genug anschauen kann und zur Leitlinie der weiteren Handlungen machen kann. Ich möchte hier schließen mit dem Einbringen unseres Entschließungsantrages, der im Wesentlichen die Punkte umfasst, die ich vorher angesprochen habe.

Wir stellen den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Gesetz vorzulegen, das die Schulsozialarbeit regelt, die Grundlagen für die Planung, Bereitstellung und Finanzierung von Schulsozialarbeit schafft und klare Abgrenzungen zu anderen Leistungen, die im Schulsystem angeboten werden, liefert,
2. die Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht jährlich zu entscheiden, sondern die mittel- und langfristige Planung und Steuerung durch mehrjährige Finanzierungsentscheidungen abzusichern, etwa über die Periode eines Landesfinanzrahmens,
3. das Vergabeverfahren rechtzeitig so abzuwickeln, dass die Planungen für das kommende Schuljahr für alle Beteiligten seriös möglich sind, und
4. die Kooperation zwischen der Fachabteilung A6 und dem Landesschulrat zu verstärken, um eine klare Übersicht über das Ausmaß der an den Schulen anfallenden Probleme zu erkennen und darauf angemessen reagieren zu können.

Es ist mir wichtig eben zu sagen, es ist ganz viel Vorarbeit dafür schon geleistet worden. Es gibt viele gute Beschreibungen der Aufgaben und der Abgrenzungen nicht nur im Land Steiermark, sondern auch in der bundesweiten Arbeitsgruppe, die regelmäßig tagt und als Ergebnis der zweijährigen großen Veranstaltungen zum Thema Schulsozialarbeit, die auch auf Bundesebene durchgeführt werden. Es wurde sehr gute Arbeit geleistet, es gibt gute Grundlagen dafür, die Schulsozialarbeit auf ordentliche gesetzliche Beine zu stellen. Es geht eigentlich vorwiegend darum, ein paar Lücken zu schließen, die es hoffentlich dann auch ermöglichen, dass Kinder in der ganzen Kinder Steiermark in den Genuss der Schulsozialarbeit kommen, wenn sie es brauchen. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Es wäre ein ganz wichtiger Schritt in diese Richtung und Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.42 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für die Wortmeldung. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler (10.43 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen hier im Auditorium und via Livestream!

Ich möchte zum Thema Schulsozialarbeit auch noch ein paar Worte sagen. Das eine was mir wichtig ist, ist, dass es natürlich in den letzten Jahren und das muss man wirklich anerkennen in puncto Schulsozialarbeit sehr wohl eine Aufwertung gegeben hat, das erkannt worden ist von vielen Menschen, auch von der Politik, dass Schulsozialarbeit ein wesentlicher Beitrag ist, den man leisten muss, im heutigen Schulsystem, vor allem hier in unserem Schulsystem in Österreich, das ja wie wir wissen, an allen Ecken und Enden renovierungsbedürftig ist. Anerkennen möchte ich auch, dass in diesem regionalen Bildungsplan, den die Steiermark erstellt hat, den ich ja so ganz und gar nicht teilen kann und wo ich wirklich ganz viele Kritikpunkte habe, ein Punkt drinnen ist, den ich sehr wohl teile, nämlich dass die Schulsozialarbeit erweitert werden muss. Das steht da schon drinnen in dem Landesrechnungshofbericht, den die Kollegin Lechner-Sonnek, jetzt angesprochen hat. Der ist jetzt schon sehr detailliert erwähnt worden und selbstverständlich sehen wir das auch von Seiten der KPÖ so. Was mich jetzt einigermaßen verwundert hat ist, dass es heute von den Grünen einen Entschließungsantrag dazu gibt, denn es wurde ja bereits am 15. Jänner schon im zuständigen Ausschuss ein, sag ich jetzt einmal, sehr ähnlicher Antrag von uns eingebracht, der zur Zeit, wenn ich es richtig im Kopf habe, beim zuständigen Landesrat liegt, zur Stellungnahme. Jetzt kann man natürlich, das sei allen unbenommen, einen Entschließungsantrag bei einer Landtagssitzung einbringen, und wir werden selbstverständlich dem Grünen Antrag zustimmen, weil wir uns auch inhaltlich sozusagen damit konform sehen, aber wie gesagt, ich nehme jetzt einmal an, dass der hier im Hause keine Mehrheit finden wird, unter anderem mit der Begründung, dass ja gerade sozusagen dieses Thema bearbeitet wird. An der Stelle möchte ich aber gleich eine Bitte an dich richten, lieber Herr Landesrat, über den Inhalt, wie wichtig es ist, brauchen wir nicht diskutieren. Ich weiß, da gehen wir auch konform. Dass wir natürlich auch unterschiedliche Vorstellungen haben, wie man gewisse Dinge auch finanzieren kann, das sei jetzt einmal dahingestellt. Was ich aber glaube, was ganz ganz wesentlich ist, ist die Tatsache, dass man mit einem Ausbauen, und wenn man den Bericht ernst nimmt, den der Rechnungshof hier gestellt hat, der ja eben sagt, es gehört in die Breite und man muss schauen, dass sozusagen auch diejenigen, die nicht unbedingt in einer größeren Stadt wohnen, in den Genuss dieser Schulsozialarbeit kommen.

Wenn man sich das anschaut, muss man auch klar definieren, mit einem Ausbau unterstützt man nicht nur das Schulsystem an sich, nämlich die Lehrenden, sondern man unterstützt in erster Linie auch die Eltern und man stützt in weiterer Folge natürlich auch die Kinder. Und ich glaube, das sind drei Personengruppen, die wir sehr ernst nehmen müssen und für die wir auch zuständig sind. Die brauchen diese Unterstützung, weil sich die Situation einfach verändert hat. Also Lehrer / Lehrerinnen, die vor 20 Jahren ihre Ausbildung gemacht haben, die haben damals mit anderen Situationen im Schulalltag, jetzt sage ich ganz bewusst „zu kämpfen gehabt“, als heute. Eltern haben mit ihren Kindern, mit ihren Jugendlichen andere Problematiken zu bearbeiten gehabt vor 10 Jahren als heute und das hat mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Das hat vor allem auch damit zu tun, dass sich natürlich auch auf Medienebene sehr viel getan hat, dass der Informationsfluss, der sich sozusagen in der heutigen Welt darstellt, natürlich sehr viel übers Internet passiert auch, wo Jugendliche sich ihre Informationen holen. Dadurch kommen sie aber nicht nur zu Informationen, die altersgemäß sind, sondern und das werden mir die Pädagoginnen und Pädagogen hier im Saal auch bestätigen, sondern eben auch zu Informationen, mit denen sie vielleicht im Moment absolut nichts anfangen können und da sind die Lehrerinnen und Lehrer gefragt und die brauchen diese Unterstützung. Die müssen sozusagen auch hier Hilfe bekommen, weil sie de facto nicht für alles zuständig sind. Da möchte ich jetzt auch noch einmal eine Lanze für die Pädagogen und Pädagoginnen an sich brechen, das wissen wir, weil vorher das Thema Elementarpädagogik hier sehr ausführlich diskutiert worden ist. Das beginnt schon im Vorschulalter, das beginnt in der Kinderkrippe, im Kindergarten, geht weiter in der Schule. Die Pädagogen und Pädagoginnen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben dazu bekommen. Sei es jetzt administrativer Natur, sei es jetzt eben von der Bewältigung her, wie sie mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten müssen, aber sie haben deshalb nicht automatisch das auch besser entlohnt bekommen und sie haben vor allem auch nicht automatisch die zusätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten bekommen, in Form von – jetzt nenne ich sie noch einmal, weil es auch von uns immer wieder eine Forderung war – Schulpsychologen und –psychologinnen, eben auch die Schulsozialarbeit, zusätzliche Ausbildungen. Ich weiß schon und da sind vor allem die Elementarpädagoginnen immer an vorderster Front, dass die sich sehr gut weiterbilden und selbstständig fortbilden und alle möglichen zusätzlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sich aneignen, aber wir müssen auch ganz generell sagen, die Grundausbildung der Pädagogen und Pädagoginnen, die hat sich bis vor einiger Zeit und jetzt nehme ich die Elementarpädagoginnen wieder dazu, weil die sind ja

leider aus der Pädagoginnenausbildung neu wieder einmal herausgefallen, bis vor kurzem überhaupt nicht verändert, die war seit Jahrzehnten gleich. Das heißt, wir brauchen abgesehen davon, dass sich meiner Meinung nach, in unserem Schulsystem sowieso generell einiges ändern müsste, wirklich diese Unterstützungen, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen und dich auch bitten, wenn du den Antrag, der derzeit bei dir zur Stellungnahme liegt, dir anschaust, hoffe ich, wirklich darauf, dass auch du das so siehst, dass du sagst, wir brauchen hier wirklich einen Aufbau, wir halten uns an das, was uns der Rechnungshof auch sagt und kritisiert. Und noch einmal zum Antrag jetzt von den Grünen, wir werden dem selbstverständlich unsere Zustimmung geben, obwohl ich nicht glaube, dass er heute eine Mehrheit finden wird. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ – 10.49 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist Frau Abgeordnete Ingrid Gady.

LTAbg. Gady (10.50 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Schulsozialarbeit und offene bzw. mobile Jugendangebote, die im Idealfall sozialraumorientiert und gut vernetzt arbeiten, sind eine wichtige und unverzichtbare Schnittstelle in den Regionen geworden. Wie wertvoll diese Angebote sind, zeigen auch die ersten regionalen Jugendbeteiligungsprozesse, die in Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern durchgeführt wurden. Wichtig für den Erfolg ist, dass solche Angebote sowohl von den Entscheidungsträgern als auch von den Schulen gewollt sind und dass eine nachhaltige Finanzierung sichergestellt ist. Das heißt, dass die Erwartungshaltung bei allen von vornherein abgeklärt sein muss. Schulsozialarbeit sowie auch offene Jugendarbeit arbeiten nicht problemorientiert, um im Verständnis von Sozialarbeit schwierige Jugendliche zu erziehen oder ihnen zu helfen, sondern setzen im Sinne der Prävention Angebote für alle und arbeiten vor allem mit informellen Methoden, um junge Menschen bei der Persönlichkeitsentwicklung und bei Aufzeigen von neuen Handlungsperspektiven zu begleiten. Das heißt, sie sollte nicht als Feuerwehr verstanden werden, sondern als kontinuierliches Angebot für junge Mädchen und Burschen. Schulsozialarbeit ermöglicht es, soziale Problemlagen im Rahmen des Lebensortes „Schule“ möglichst frühzeitig zu erkennen und mit den Methoden der sozialen Arbeit Lösungsansätze zu entwickeln.

Durch die niederschweligen Angebote und die kontinuierliche Präsenz der Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an der Schule, können soziale Problemlagen schon im Anfangsstadium erkannt, entschärft und sogar gelöst werden. Durch präventive Maßnahmen, Beratung und Betreuung und die Chance zu sofortigen Kriseninterventionen wird nicht nur den Schülerinnen und Schülern geholfen, sondern es ermöglicht den Lehrerinnen und Lehrern sich auf den Unterricht und somit auf ihren Bildungsauftrag zu konzentrieren, eine Entlastung und weg von dem allgemein gültigen Tenor: Die Schule muss alles richten. Zuletzt hörte man das vor allem immer in Bezug auf Integration und islamistischen Extremismus. Die Pädagogen sollen Grundwerte vermitteln, sie sollen die europäische Werteskala einüben, sie sollen potenzielle Extremisten identifizieren und natürlich auch melden, Forderungen, die mit Beifall bedacht wurden. Wo, wenn nicht in der Schule, könne man solchen Problemen begegnen und sie natürlich auch lösen? Das ist einerseits positiv, weil da Schule und den Lehrern eine hohe Problemlösungskompetenz zugestanden wird, andererseits ist es aber natürlich auch negativ, weil Erwartungshaltungen an der Schule extrem in die Höhe geschraubt werden. Schule wird gefordert und manchmal auch überfordert. Es ist höchst an der Zeit, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, was Schule leisten kann, was sie leisten muss und was eben nicht. Wo eben beispielsweise Schulsozialarbeit die Aufgabe übernimmt. Die Zusammenarbeit mit den Eltern hat dabei große Priorität. Sie ist Bindeglied zwischen Schülerinnen und Schülern und Eltern und verschiedenen außerschulischen Organisationen, Behörden und Institutionen. Die befragten Schülerinnen und Schüler bewerten die Schulsozialarbeit ausnahmslos positiv. Auch von Lehrerinnen und Lehrern wird die Schulsozialarbeit durchwegs gut und wichtig bewertet. Einige Lehrerinnen und Lehrer meinen, dass Schulsozialarbeit an ihrer Schule absolut notwendig sei. Von manchen wird diese Aussage allerdings mit der Bedingung einer zeitlichen und personellen Aufstockung verknüpft. Auch von den befragten Eltern wird es ausnahmslos gut bewertet, dass es Schulsozialarbeit gibt. Vor allem das Vorhandensein einer Anlaufstelle bei den vielfältigen Problemen einzelner Schülerinnen und Schüler oder der Schule insgesamt, wird als wichtig befunden. Für die Entwicklung der Regionen und Gemeinde sind professionelle Jugendangebote wichtige Schnittstellen, um den Bedürfnissen von jungen Menschen zu entsprechen und geeignete Angebote zu entwickeln. Diese Angebote sollten sich an alle Jugendlichen richten und keinen problemorientierten Ansatz verfolgen, sondern junge Menschen früh genug kontinuierlich begleiten und unterstützen.

Wenn sich junge Menschen in ihrer Heimat ernst genommen fühlen, sind sie auch eher bereit, als Erwachsene in die ländliche Region zurück zu kehren. Vor allem für junge Frauen sind häufig Faktoren, wie das emotional verwurzelt sein oder das soziale Klima im Ort für die Wahl des Lebensmittelpunktes entscheidend. Diese emotionale Bindung und Stärkung der örtlichen Identität kann durch jugendgerechte Angebote und eine aktive Einbindung der Jugendlichen schon früh verankert werden. Durch die Förderung von Bildungsprozessen und die Vermittlung von Lebenskompetenzen unterstützt die Kinder- und Jugendarbeit ein konstruktives Hineinwachsen in das Gemeinwesen. Die Kinder- und Jugendarbeit bringt verschiedene Altersgruppen, Herkunftsländer und Gesellschaftsschichten zusammen, die anderweitig kaum miteinander in Kontakt kommen würden. So bietet sie das Lernen eines sozialen Miteinanders über alle Alters- und Herkunftsgrenzen hinweg. Wenn Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, ernst genommen zu werden, entwickeln sie Interesse, sich in politische Prozesse einzubringen. Umso wichtiger ist eine aktive Jugendbeteiligungspolitik, um den Jugendlichen zu zeigen, dass ihre Stimme einen Wert hat. Es liegt an uns allen, diesen Wert als solchen auch anzuerkennen und zu integrieren und ihn Wert zu schätzen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.57 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist Frau Abgeordnete Waltraud Schwammer. Frau Abgeordnete bitte.

LTabg. Schwammer *(10.58 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren. Schade, dass Sie jetzt gehen, aber es liegt hoffentlich nicht an mir. *(Allgemeine Heiterkeit)* Geschätzte Abgeordnetenkolleginnen und Abgeordnetenkollegen!

Ja, zu dem Bericht möchte ich nur eine persönliche Erfahrung hinzufügen, weil ich mit Fug und Recht behaupten kann, dass ich Schulsozialarbeit selber erlebt habe, und zwar ich möchte vielleicht kurz beginnen, wir haben gehört, es hat sich sehr viel geändert, in allen Bereichen. Ich habe jetzt gerade nachgerechnet, vor 30 Jahren habe ich begonnen zu unterrichten und was vor 30 Jahren vielleicht im Schulalltag selbstverständlich war, was vor 30 Jahren für Eltern selbstverständlich war und auch für Kinder, das hat sich wesentlich verändert. Wenn wir heute in die Klassen blicken, so entdecken wir immer mehr Kinder, die einen großen Rucksack an Problemen, an negativen Erfahrungen, Beziehungsdefiziten mitschleppen.

Eltern sind oft mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und beschäftigen sich auch zu wenig damit. Im Gegenzug wird alles, wie wir schon gehört haben, von der Schule erwartet. Die Schule soll bewirken, dass die Kinder gute Noten haben, keine Probleme, die besten Lehrerinnen und Lehrer haben. So steigt der Druck auf die Pädagogen und Pädagoginnen immer mehr. Auf der einen Seite das große Pensum an Wissens- und Kompetenzvermittlung mit geforderter Erfolgsgarantie, auf der anderen Seite ähnlich wie hier im Landtagssaal, disziplinäre Herausforderung. Es wird getratscht statt zugehört. (*Präsident Majcen: „Darf ich in dem Zusammenhang auch wirklich bitten, Gespräche außerhalb des Raumes zu führen, wenn sie über einen längeren Zeitraum sich erschöpfen und ein bisschen den Damen und Herren, die sich zu Wort melden, wenigstens eine kleine Aufmerksamkeit zu widmen. Danke.“*) Vielen, vielen Dank Herr Präsident, also wenn wir jetzt in der Klasse wären, wäre der Herr Präsident der Schulsozialarbeiter und würde mit einigen vor die Klasse gehen, um ihr Problem zu bereden. Genauso läuft es in der Realität. Gut, und dann hat man schon fast die ungeteilte Aufmerksamkeit der anderen. Nun, wo sind wir stehen geblieben? Für Pädagogen wird es immer schwieriger, weil sie kaum die Möglichkeit haben, auf Probleme wirklich eingehen zu können, weil die Zeit nicht da ist, weil der Druck einfach wesentlich größer wird und so werden Dinge nur symptomatisch behandelt und nicht an der Wurzel. Und ich wie gesagt, habe das Glück gehabt, dass akkurat in meiner Schule, in der ich ja lange Zeit unterrichtete, im Jahr 2009 schon Schulsozialarbeit angeboten wurde. Was bedeutet, dass zweimal in der Woche eine Schulsozialarbeiterin vor Ort war und ich sage Ihnen, ich habe 20 Jahre vorher schon in dieser Schule unterrichtet und es war ein Segen, sage ich einmal. Es war ein Segen für die Kinder. Nur zur Erklärung, die Kinder und die Eltern werden gefragt, ob ihnen die Arbeit mit der Schulsozialarbeiterin auch Recht ist. Die Einverständniserklärung der Eltern wird eingeholt und sie waren auch Großteils damit einverstanden. Probleme können frühzeitig aufgenommen werden. Es hat sich nachhaltig die Klassengemeinschaft in jeder Klasse verbessert, die Pausensituation, es hat weniger Aggressionen geben, mehr Entspannung und es hat eigentlich sich auf die gesamte Schulpartnerschaft sehr positiv ausgewirkt. Für die Eltern war es der Vorteil, dass sie unverbindliche gute Beratung bekamen. Sie holten sich auch Tipps zur Hilfestellung in der Erziehung. Sie konnten ihre Sorgen, um die Entwicklung ihres Kindes besprechen und auch vielleicht die Probleme in den familiären Situationen loswerden. Die Vermittlung zwischen Eltern und Kindern, zwischen Eltern-Lehrer, zwischen Kindern und Eltern, aber auch die Situation im Team der Lehrer und Lehrerinnen hat sich wirklich verbessert.

Nun abschließend möchte ich sagen, dass ich sehr froh und dankbar bin, diese positive Erfahrung der Schulsozialarbeit erlebt zu haben. Aus der Sicht der Pädagogen ist es ganz wichtig, dass es hier Hilfestellung für Konfliktlösungen in der Schulpartnerschaft gibt. Ob dies durch die Schulsozialarbeit, durch Vertrauens- oder Beratungslehrer stattfindet, oder ob das soziale Lernen noch mehr aufgewertet wird, das ist für mich eine zweitrangige Sache. Entscheidend ist, dass hier Lösungen gefunden werden, für Eltern, Lehrer und Kinder, die unterstützend helfen, damit unsere Kinder sich bestmöglich entwickeln können. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.04 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Als nächste Wortmeldung liegt mir die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Barbara Riener vor. Bevor ich ihr das Mikrofon überlasse, begrüße ich sehr herzlich die Schüler der Landesberufsschule 8 für Kälteanlagentechnik unter der Leitung von Frau Anne Vogelsberger. Herzlich Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

LTabg. Riener (11.05 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Direktorin des Landesrechnungshofes, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Thema Schulsozialarbeit – als Sozialarbeiterin ist es natürlich für mich jetzt schon auch wichtig, den Bereich zu beleuchten, obwohl ich lange überlegt habe, ob ich herausgehen soll oder nicht. Aber ich habe mir da ein paar Dinge zusammengeschrieben und ich möchte Sie ein bisschen teilhaben lassen an meinen Überlegungen. Schulsozialarbeit, im Prinzip ja, aber ich möchte das auch kritisch beleuchten. Wir haben seit Jahren in der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung die Schulsozialarbeit gehabt, das weiß aber fast niemand. Nämlich, die Sozialarbeiterinnen der Bezirkshauptmannschaft haben in den Schulen Kontakte aufgebaut, haben sich mit den Schülern getroffen, haben sich mit den Lehrern getroffen, sie haben Schulsozialarbeit gemacht. Sie sind aber personell im Personalressort verankert, organisatorisch bei den Bezirkshauptmannschaften und thematisch bzw. fachlich beim Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser. Warum betone ich das so? Schulsozialarbeit ist beim Landesrat Schickhofer, d.h. ich erlebe immer mehr, seit ich in diesem Hohen Haus bin, dass wir sehr segmenthaft auf die einzelnen Themenbereiche hinschauen: Segmenthaft im Sinne von Budget, segmenthaft im Sinne vom Helfersystem. Und deswegen ist es mir ein besonderes Anliegen, einmal euren und unseren Blick gesamthaft darauf zu lenken.

Wir haben ein neues Kinder- und Jugendhilfesystem, wo wir den gesamten Bereich neu aufstellen, wo es um flexible Hilfe draußen in den Bezirken geht, wo es darum geht, Präventivhilfen zu verankern. Da gehört natürlich im Bereich Kinder- und Jugendhilfe dazu, Familien - so wie die Kollegin Ingrid Gady angeführt hat - in ihrem Umfeld zu unterstützen. Ob jetzt in der Schule, im Privatumfeld oder bei Vereinen: Es ist eine Gesamtschau, die wir halten sollen – eine Gesamtschau. Denn es gibt inzwischen auch Studien: „Wie viele Helfer verträgt ein System, ein Familiensystem, ein Schulsystem? Und stören sich die Helfer nicht gegenseitig, wenn sie nicht gut kooperieren?“ Ingrid Lechner-Sonnek hat das vorher schon angeführt: Wenn das gut aufgebaut ist und die alle gut miteinander abgestimmt sind, dann ist es ein Gewinn, dann ist es optimal. Aber ich erlebe immer wieder, dass das nicht so ist, dass jeder seinen Bereich erlebt und auch nur den betrachtet. Ich höre teilweise von Schulsozialarbeit in Graz, wo Kinder und Jugendliche dann ihren Freunden erzählen: „Mei, da habe ich jetzt der Schulsozialarbeiterin, ein klassen Gschichterl hineingedruckt!“ So soll Schulsozialarbeit nicht verstanden werden, dass ich aus dem Unterricht hinausgehen und irgendwelche „Gschichterl drucken“ kann. Schulsozialarbeit soll das Gesamtsystem beobachten, wie auch schon angeführt und es soll vernetzen. Schulverweigerern, wirklichen Schulverweigerern - da haben wir tolle Projekte, die auch weitergeführt werden sollten – hilft Schulsozialarbeit nur am Rande, da ist viel, viel mehr im Argen. Deshalb glaube ich, und ich möchte auch bitten, dass wir drauf achten, nicht künstliche Systeme nebeneinander hinstellen, sondern wirklich in dem Umfeld, wo Kinder und Jugendliche sich bewegen, ihre Eltern, ihre Freunde, dies als gesamtes Lebenssystem zu beachten. Und ich würde mir wünschen, dass es eben eine bessere Kooperation gibt – ich sage das ganz kritisch - eine bessere Kooperation zwischen Schulsozialarbeit und der behördlichen Sozialarbeit gibt. Da geht es nicht nur darum, wer das Geld hat, sondern wir können auch unterschiedliche Ressorts gut zusammenarbeiten lassen und ich würde Sie bitten, diesbezüglich auch den Blick dahin zu schärfen. Ich sage es immer wieder im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich, ich sage es auch im Sozialbereich und auch hier betreffend die Schulsozialarbeit: Bitte bedenken wir, es ist das Steuergeld, wir müssen volkswirtschaftlich hinschauen und es geht nicht darum, dass jeder seinen Bereich hochlobt, sondern es geht um gute Arbeit für unsere Kinder und Jugendlichen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.10 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Nächste Wortmeldung Frau Ing. Eva Maria Lipp.

LTabg. Ing. Lipp (11.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ja, kurz noch zu diesem Thema; Schulsozialarbeit ist aus meiner Sicht heute unverzichtbar geworden. Was noch nicht genannt worden ist, sind die Summen, die dafür aufgewendet werden. Ich glaube, das sollte man auch erwähnen: Seit der Einführung im Schuljahr 2013/2014 insgesamt 3,321.232 Euro für 2014 und 2014 erfolgte die Auftragserteilung in Höhe von 948.550 Euro. Das sind beträchtliche Summen, die dafür aufgewendet werden.

Ein Wort fehlt mir in diesem Zusammenhang sehr oft hier in dieser Diskussion, das ist das Wort „Eltern“, die Verantwortung der Eltern. Das ist einer von diesen Teilen, die wir gesagt haben: Eltern, Lehrer, Schüler, nur das Wort „Eltern“ kommt mir viel zu wenig oft vor. Das ist eigentlich die Ursache, dass wir dieses Geld aufwenden müssen. Ich sehe es ein bisschen wie mit einer Krankheit: Man behandelt die Krankheit - sprich man unterstützt die Kinder, was natürlich wichtig ist - aber man tut nichts gegen die Ursache. Vielleicht haben wir da irgendeinen Ansatz, wie wir wieder zu den Eltern kommen, den Eltern einfach wieder mehr Verantwortung zumuten. Wir müssen sie ihnen zumuten und sie müssen sie auch wahrnehmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.11 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Das war die letzte Wortmeldung bis auf die Wortmeldung des dafür zuständigen Landesrates Mag. Schickhofer. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Schickhofer (11.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Frau Direktorin!

Die Schulsozialarbeit ist wertvoll und sie dient den Interessen unserer Kinder, der Eltern, der Pädagogen, das hat diese Debatte wieder gezeigt. Die Schulsozialarbeit in der Steiermark ist in der Art, wie sie durchgeführt worden ist, auch ein Erfolgsmodell, sie ist inhaltlich als äußerst positiv bestätigt worden und daher sehe ich es als meinen Hauptauftrag, die Schulsozialarbeit auch steiermarkweit flächendeckend auszubauen, zu erweitern. Sie wissen aus allen Fraktionen, dass derzeit ganz intensive Gespräche mit den steirischen Sozialhilfeverbänden stattfinden. Die steirischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeinden haben ihre Bereitschaft klar signalisiert, bei der Schulsozialarbeit gemeinsam mit dem Land Verantwortung zu übernehmen und ich werde selbstverständlich auch aus meinem Ressort heraus die Unterstützungen für die Schulsozialarbeit weiter erhöhen, weil ich es für essentiell halte.

Es gibt auch einen sicher großen Unterschied zur klassischen Sozialarbeit und das sehe ich jetzt, wenn es wirklich massivere Probleme, Schulverweigerung usw. gibt, ganz stark und ganz wichtig bei der Sozialarbeit. Weil Schulsozialarbeiter werden nie einzelne Familien bis in die Tiefe unterstützen können, wenn es massive Probleme gibt, und darum braucht es da auch ganz eine enge Kooperation. Die Schulsozialarbeit ist im Jugendressort angesiedelt, weil sie natürlich vor allem das Ziel hat, die Jugendlichen, die Lehrerinnen und Lehrer und Eltern in Konfliktsituationen, die oft auch alltäglich sind, aber für die Betroffenen äußerst problematisch sind, zu unterstützen, hier auch als Mediatoren aufzutreten. Ich halte diese Funktion für extrem wichtig. Daher auch ein paar Punkte zu dem Antrag: Wenn wir alles gesetzlich determinieren und streng regulieren, dann habe ich das Problem, dass man nicht gleichzeitig flexibel agieren kann. Es gibt einen Widerspruch: Gesetzliche Regulierung, oder mehr gesetzliche Regulierung zu fordern und gleichzeitig Bürokratieabbau, das geht nicht, weil die Qualitätskriterien, die wir gemeinsam festlegen ... und dann müssen wir darüber nachdenken, auf welchem Level und wie wir den dann kontrollieren. Aber das trifft sowohl die Kinderbetreuung wie auch die Sozialpartner, wenn ich Fördernehmer habe, dann muss ich erwarten, dass sie die Förderverträge auch einhalten. Wir haben in diesen Förderverträgen mehr Flexibilität vorgesehen in dem Tätigkeitsfeld, als es unter Umständen gesetzlich determinierbar wäre, weil es eben ganz stark aus der Jugendarbeit heraus eine präventive Arbeit ist, diese Schulsozialarbeit, weil man vor Ort ist, weil man Gespräche führt und weil grundsätzlich die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nicht für einzelne Kinder da sind, sondern für die gesamte Gemeinschaft und sich darum auch kümmern. Ich bin selbstverständlich bereit, mit dem Landtag auch über gesetzliche Regelungen zu reden, glaube aber, dass in diesem Fall die Förderverträge ein sehr gutes Instrument sind, auch entsprechende Flexibilität zu gewährleisten. Was die Absicherung betrifft – und das ist auch ein wichtiges Thema mit den Sozialhilfeverbänden – es ist mein Ziel, Drei-Jahres-Vereinbarungen abzuschließen, weil natürlich Kontinuität in den Trägern, aber vor allem auch in den ausführenden Personen, insbesondere bei der Schulsozialarbeit, wichtig ist. Sie werden aber verstehen, dass ich mich an alle Gesetze zu halten habe, somit auch an alle Gesetze die Ausschreibungen betreffen. Wenn wir weiter erhöhen, geht es hier um Leistungen, die in die Millionenhöhe gehen für die nächsten drei Jahre und wir werden hier eine ganz breite Ausschreibung machen müssen, was unsere gemeinsame, oder meine Hauptaufgabe natürlich ist, um gerade bei dieser Ausschreibung dann die Qualitätskriterien, das, was wir uns erwarten, sehr stark einfließen zu lassen.

Da sind es einerseits natürlich die Anregungen des Rechnungshofes, die miteinfließen, wir haben die Schulsozialarbeit auch evaluiert und uns genau angeschaut: Wo kann man besser noch mit der klassischen Sozialarbeit, bzw. mit dem Landesschulrat zusammenarbeiten? Ich muss Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Sowohl die Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung, als auch die mit dem Landesschulrat ist in diesen Bereichen eine hervorragende. Wenn Sie hie und da Probleme sehen, bitte teilen Sie mir das einfach konkret mit, dann können wir das gemeinsam auch abarbeiten. Mein Ziel, wie gesagt, und ich nehme das so mit als gemeinsames Ziel dieses Landtages, ist der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit und auch eine massive personelle Aufstockung. Geben Sie mir noch so viel Zeit für die Anfragebeantwortung, dann werden wir diesen Verhandlungsprozess mit den wichtigsten Partnern meines Ressorts im Bereich Kinder, Jugendliche und Bildung, nämlich den steirischen Gemeinden, abschließen und ich danke an dieser Stelle schon für diese enorme Bereitschaft auch in diesem Themenbereich konstruktiv und aktiv im Sinne der Kinder mit uns gemeinsam zu arbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.18 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke meine Damen und Herren. Damit liegt keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor und ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatterstellvertreters zu TOP zwei ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme, fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, zu TOP zwei, Einl.Zahl 3072/5, betreffend „Aufwertung und Sicherung der Schulsozialarbeit“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Danke vielmals, dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ gefunden.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt und wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3209/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1991 und die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (7. lfBAG und 12. STLAO-Novelle) geändert werden.

Berichtersteller ist Herr LTAbg. Hubert Lang. Herr Abgeordneter, ich bitte dich um deine Berichterstattung.

LTAbg. Hubert Lang (11.20 Uhr): Danke Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Wie der Herr Präsident schon ausgeführt hat, handelt es sich hier um eine Regierungsvorlage, und zwar wenn ich kurz zur Begründung kommen darf: Die Gesetzesnovelle ist erforderlich, da die Grundsatzgesetze des Bundes land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, Landarbeitsgesetz 1984 und Gleichbehandlungsgesetz Änderungen erfordern, die auch im Steiermärkische land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz und in der Steiermärkische Landarbeitsordnung als Ausführungsgesetze im Landesrecht zu erlassen sind. Zu dieser Regierungsvorlage hat es zwei Ausschusssitzungen gegeben am 13.01.2015 und am 03.02.2015, ebenfalls einen Unterausschuss am 28.01.2015. Dieses Stück wurde beraten und einstimmig für die Beschlussfassung vorbereitet.

Ich stelle daher im Sinne des Ausschusses "Landwirtschaft" den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz, mit dem das Steiermärkische Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1991 und die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (7. lfBAG-Novelle und 12. STLAO-Novelle) geändert werden.

Ich bitte um Beschlussfassung. (11.21 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht und Antrag und ich bitte den Herrn Abgeordneten Lang, der sich zu Wort gemeldet hat, gleich noch einmal um seine Ausführungen.

LTabg. Hubert Lang (11.21 Uhr): Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf in einigen Punkten noch kurz für diese Novelle Stellung beziehen. Und zwar diese Novelle geht in einigen Punkten ins Detail im Sozialänderungsgesetz, wo als Zielvorgabe klar definiert ist: „Zur Steigerung der Vereinbarkeit von Beruf und Weiterbildung, soll die Bildungsteilzeit eine Weiterbildung auch neben einer Teilzeitbeschäftigung ermöglichen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können schriftlich eine Herabsetzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit um mindestens ein Viertel und höchstens die Hälfte für die Dauer von mindestens vier Monate und bis zu zwei Jahren vereinbaren, sofern das Arbeitsverhältnis ununterbrochen sechs Monate gedauert hat.“ Betroffen in dieser Novelle ist auch das Arbeitsrechtänderungsgesetz, hier ist die Zielvorgabe: „Die derzeit bestehenden arbeitsrechtlichen Regelungen, die eine Dienstfreistellung zur Pflege von nahen Angehörigen vorsehen, wie etwa die Pflegefreistellung oder die Dienstverhinderung aus wichtigen, den Arbeitnehmer betreffenden Gründen, greifen, ist derzeit zu kurz, daher werden zur besseren Vereinbarung von beruflichen und familiären Verpflichtungen die Instrumente der Pflegekarenz und der Pflegezeit vorgeschlagen, die eine schriftliche Vereinbarung dieser Auszeit im aufrechten Arbeitsverhältnis ermöglichen, an die sich rechtliche Folgen knüpfen.“ Hier ist die Erweiterung auch für den Arbeitnehmer im Bereich der Sterbebegleitung, wenn es in den Familien solche Fälle gibt. Neben arbeitsrechtlichen Absicherungen werden auch die finanzielle Unterstützung, sowie sozialversicherungsrechtliche Begleitmaßnahmen vorgeschlagen. Damit soll insbesondere die Organisation der Pflegesituation erleichtert werden, durch die Nominierung der Pflegezeit in Anlehnung an die Bestimmungen der Pflegekarenz wird in jenen Fällen Rechnung getragen, in denen nur eine teilweise Arbeitszeitreduktion erforderlich ist. Dadurch wird einerseits eine allfällige Lockerung des Arbeitsverhältnisses vermieden, andererseits fällt die Reduzierung des Einkommens geringer aus. Da Pflegekarenz und Pflegezeit Überbrückungsmaßnahmen darstellen, wird die Dauer mit ein bis drei Monaten festgelegt. Durch die erforderliche Vereinbarung wird sichergestellt, dass auch auf die Erfordernisse des Betriebes Rücksicht genommen wird. Die Novelle betrifft auch die Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes. Hier heißt es im § 15 Gleichbehandlungsgebot: „Aufgrund des Geschlechtes insbesondere unter Bezugnahme auf den“, und hier ist eine Änderung vorgesehen, Ehe- und Familienstand wird geändert in:

„Familienstand oder den Umstand, ob jemand Kinder hat, darf im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis niemand unmittelbar und mittelbar diskriminiert werden, insbesondere nicht bei der Begründung des Dienstverhältnisses bei der Festsetzung des Entgeltes, bei der Gewährung freiwilliger Sozialleistungen, die kein Entgelt darstellen, bei Maßnahmen der Aus-, Weiterbildung und Umschulung bei beruflichem Ausstieg, insbesondere bei Beförderungen, bei den sonstigen Arbeitszeitbedingungen, bei der Beendigung des Dienstverhältnisses.“ Diese Novelle greift auch in die Landarbeitsordnung, und zwar ist hier vorgesehen die Einführung der Bildungsteilzeit, Ergänzungen hinsichtlich der Stellenausschreibungen, Regelung der Höhe des Schadenersatzes bei Diskriminierungen, Pflegekarenz und Pflgeteilzeit, Kinder des eingetragenen Partners sind nahe Angehörige, Aufnahme des Beendigungsgrundes der vorzeitigen positiven Ablegung der Facharbeiterprüfung von Lehrverhältnissen.

Ebenfalls betroffen ist das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz. Hier ist neu die Aufnahme des Lehrberufes „Biomasse- und land- und forstwirtschaftliche Bioenergiegewinnung“, hier ist der Lehrberuf möglich und die Ausbildung zur Facharbeiterin, zum Facharbeiter. Dass dies notwendig ist, zeigt auch ein Ausbildungsversuch in den letzten Jahren, da 123 Personen diese Ausbildung im Versuch gestartet haben und die Ausbildung auch erfolgreich abgeschlossen haben. Auch in der Novelle drinnen ist: „Für die Ablegung der Meisterprüfung nach einer mindestens dreijährigen Verwendung als Facharbeiter/Facharbeiterin, den erfolgreichen Besuch eines MeisterInnenvorbereitungslehrganges von mindestens 360 Stunden und der Vollendung des 20. Lebensjahres ist die Facharbeiterin, der Facharbeiter zur Meisterprüfung zuzulassen. Die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle hat Prüfungsbewerberinnen/Prüfungsbewerber zur Meisterprüfung zuzulassen, wenn sie das 24. Lebensjahr vollendet haben, mindestens drei Jahre einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb geführt haben und einen MeisterInnenvorbereitungslehrgang von mindestens 360 Stunden besucht haben.“

Sie sehen, das sind zum Teil legislative Änderungen, ich danke allen, die in den Ausschüssen, Unterausschüssen hier sehr konstruktiv mitgearbeitet haben. Ich danke auch, dass es in den Ausschüssen zu einstimmigen Beschlüssen gekommen ist und bitte auch jetzt um die Beschlussfassung. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.28 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Erwin Gruber. Herr Abgeordneter, bitte sehr.

LTAbg. Erwin Gruber (11.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem auch liebe Zuhörer und Zuhörerinnen!

Ich darf auch noch ein paar kurze Aspekte zum Tagesordnungspunkt „Gesetzesänderung Landarbeiterkammergesetz und land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz“ einbringen. Ich möchte zuerst einmal festhalten, dass es die Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind, die einfach die Leistungen – und das sind tolle Leistungen - in der Land- und Forstwirtschaft in Österreich verstärken, die diese Leistungen zum Strahlen bringen, zum Veredeln bringen sozusagen für die Volkswirtschaft. So hat, glaube ich, die Land- und Forstwirtschaft eben in Österreich eine gewaltige Bedeutung. Landarbeiter sind oft Bindeglied zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten und erfüllen hier ihre Aufgaben sehr, sehr gewissenhaft. Entweder sind Landarbeiter und Landarbeiterinnen direkt bei einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb angestellt oder z. B. – das spielt eine ganz große Rolle in der Steiermark – bei einem Gartenbaubetrieb angestellt, oder sind in irgendwelchen bäuerlichen Organisationen tätig, z. B. beim Maschinenring. Somit decken die Landarbeiter und Landarbeiterinnen gemeinsam mit der Land- und Forstwirtschaft alle wichtigen Leistungen ab, die eben für uns sehr wesentlich sind. Es wird sozusagen das Produkt Kulturlandschaft zur Verfügung gestellt, aber weit darüber hinaus auch die Pflege, die Schönheit unserer Dörfer, unserer Märkte umgesetzt. Wir sind sehr gut unterwegs gemeinsam in der Lebensmittelproduktion. Es gibt selten ein Bundesland wie die Steiermark, wo so viele Markenprodukte entwickelt worden sind und wo das Kulinarium eine wesentliche Rolle spielt. Die Leistungen erstrecken sich auch im Bereich der Volkskultur. Ich denke, ohne den Bauernstand, gemeinsam mit den Landarbeitern und Landarbeiterinnen hätten wir nie diesen Output im Bereich der Kultur, den Trend zur Tracht, diese Mischung Bodenständiges mit Innovativem ist eine ganz gewaltige Stärke der Steiermark. Ganz wesentlich auch die Energie- und Rohstoffproduktion, aber auch die Leistungen gemeinsam im Bereich des Tourismus und des Sozialen, wenn es darum geht, auch im landwirtschaftlichen Bereich oder im ländlichen Raum die Pflegeherausforderungen umzusetzen.

Ein paar Dinge kurz selbst zur Landarbeiterkammer und zu den Grundsätzen der Landarbeiterkammer Steiermark: Sie ist ja die gesetzlich verankerte Interessensvertretung, vertritt somit die Interessen von über 11.700 Mitgliedern in der Steiermark, österreichweit sind es weit über 50.000 Mitglieder. Die Grundsätze sind eben, die Interessen zu schützen, zu fördern, aber auch die entsprechenden Bildungsmaßnahmen für die Kammermitglieder umzusetzen. Wenn ich das Thema „Schützen“ anspreche, so hat es z. B. im Jahr 2014 417 arbeitsrechtliche Fälle gegeben im Bereich der Kammerzugehörigen und diese arbeitsrechtlichen Problemstellungen und Fälle wurden großteils außergerichtlich gelöst. Es sind nur 22 Fälle gewesen, wo letztendlich Gerichte entschieden haben und immerhin ist hier ein Wert von 640.000 Euro für die Mitglieder erkämpft worden. Wenn ich das Thema „Förderung“ anspreche: Es wurden im Berichtszeitraum 2014 eben 900 Förderanträge behandelt und bewilligt, ist es darum gegangen, Wohnraum zu schaffen, Wohnbeihilfen auszuzahlen, Internatskosten für Kinder zu bestreiten oder auch Ankauf von Fachbüchern usw., immerhin ist es da um eine Fördersumme von rund einer Million Euro gegangen. Und das Thema „Bildung“ – und das steht ja ganz eng mit der Gesetzesänderung im Zusammenhang – spielt eben eine große Rolle, Bildungskarenz und –teilzeit ist ja jetzt geregelt, um eben gering Qualifizierte in eine höhere Qualifizierung zu bringen, das ist glaube ich ein ganz entscheidender Faktor, was auch die zunehmenden Arbeitslosenquoten in Österreich derzeit betrifft. Da hat man über den Ausbildungsverein INA auch sehr viel umgesetzt. Da möchte ich nur auf einen Bereich noch hinweisen, der in der Landarbeiterkammer wirklich zukunftsweisend ist: Man bemüht sich ständig um eine verbesserte und attraktive Forstfacharbeiterausbildung, weil einfach hier ein großer Mangel herrscht und weil eben die moderne Forstwirtschaft ohne entsprechende Fachkräfte schwer umzusetzen ist. Zusätzlich haben wir ja in dem Bereich auch viele Kalamitäten, wir sind vor allem im Bereich Wind-, Sturmschäden, Frostschäden wirklich katastrophengefährdet. Und ich glaube, da braucht es gerade auch waldbaulich, aber natürlich auch forsttechnisch in Zukunft vermehrt die Forstfacharbeiterausbildung, die durchaus eine attraktive Ausbildung ist. Da gibt es derzeit ein Projekt, gemeinsam injiziert über die Bundesforste, aber auch über den Bundesminister Rupprecht, über unseren Landesrat Hans Seitinger, aber vor allem auch über den Präsidenten Mandl, der ja auch für Österreich zuständig ist, nicht nur für die Landarbeiterkammer in der Steiermark, das einfach eine zukunftsweisende Ausbildung gewährleistet wird und wo bereits erste Projektschritte umgesetzt werden.

Weil die Landarbeiterkammer so ein wichtiger Part, sage ich einmal, unter den gesetzlichen Interessensvertretungen in der Steiermark ist, darf ich allen, die da mitarbeiten, die da beschäftigt sind – heute im Besonderen auch dem Direktor der Landarbeiterkammer, dem Hannes Sorger, aber auch weil er anwesend ist, dem Chef der Fachabteilung 10, Herr Hofrat Zöhner, aber auch dem Franz Grießer – ein herzliches Danke sagen. Es wird hier beste Arbeit geleistet und ich glaube, wir gehen hier durchaus mit den Gesetzesänderungen in eine moderne Zukunft. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.35 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, daher komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP drei die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Ich freue mich über die einstimmige Annahme dieses Antrages und komme damit zum

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 1154/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner betreffend Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes – Förderung von Baugruppen.

Es ist die Abgeordnete Frau Ing. Sabine Jungwirth die Berichterstatterin und ich erteile ihr das Wort, wenn ich sie finde.

LTabg. Ing. Jungwirth (11.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss "Gemeinden" hat in seinen Sitzungen vom 17.04.2012, 30.10.2012, 30.04.2013, 05.11.2013, 27.05.2014, 10.09.2014, 09.12.2014 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Gemeinden" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden zum Antrag, Einl.Zahl 1154/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner betreffend Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes – Förderung von Baugruppen wird zur Kenntnis genommen. (11.37 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht. Die Berichterstatterin hat sich auch zu Wort gemeldet. Frau Abgeordnete, das Mikrofon ist deines!

LTAbg. Ing. Jungwirth (11.37 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie sehen schon an der Einleitung, nämlich an der Vielzahl der Tage, an denen dieser Antrag im Ausschuss behandelt wurde, dass dies eine sehr lange Entstehungsgeschichte ist, die leider aber am Ende nicht – und da gilt leider nicht das Sprichwort: Gut Ding braucht Weile – zu einem guten Ende gekommen ist, denn die Stellungnahme der Landesregierung lehnt unseren Antrag im Wesentlichen ab, d.h. es ist davon auszugehen, dass hier im Haus dann auch so entschieden wird. Warum ist es mir wichtig, dass Baugruppen eine besondere Förderung erhalten? Baugruppen sind momentan im Trend, sind keine Neuerscheinung, aber sind ein Zusammenschluss von mehreren Familien in der Regel, auch Einzelpersonen, die sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam ein gefördertes Wohnbauvorhaben zu errichten, und zwar zum Ziel gesetzt haben, das in unterschiedlichen Generationen, in unterschiedlichen Lebenslagen gemeinsam zu tun und damit eine solidarische Wohnform zu entwickeln. Insofern ist das aus meiner Sicht ein sehr nachhaltiges und ein sehr erstrebenswertes Modell und ich finde schon, dass es wünschenswert wäre, diese Art des Wohnens besonders zu fördern. In Baugruppen ist das auch meistens so, dass Gemeinschaftsräume geplant sind, sodass der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Das, was momentan vielfach auch der Wunsch ist, nämlich ein Mehrgenerationenprojekt zu entwickeln, sollte uns eigentlich auch ein Anliegen sein aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Denn hier geht es ja darum, dass Kosten, die sonst die öffentlichen Haushalte zu tragen haben – sprich für die Pflege älterer Menschen, sprich für die Pflege von unter Umständen kranken Kindern, wenn es überhaupt etwas gibt, was unterstützt ist, denn das gibt es nur im urbanen Raum, in den Regionen sind die Familien vielfach noch alleine gelassen, aber immerhin in Teilen der Steiermark gibt es das, dennoch diese Aufgaben haben Baugruppen vor, gemeinsam zu lösen und das entlastet öffentliche Haushalte.

Deswegen ist das aus meiner Sicht sinnvoll, einen leichteren Zugang für Förderungen für solche Vereine, sind es in der Regel, oder Gemeinschaften zu ermöglichen. Es gab schon früher einmal ein Wohnbauförderungsmodell, das das ermöglicht hat. Als ich seinerzeit meinen beruflichen Einstieg in die Baubranche gemacht habe, war das gerade auch im Trend, da gab es viele Vereine, die derartige Projekte entwickelt haben und ich durfte am Anfang selbst auch mitwirken auf der Planungsseite und auf der Bauleitungsseite bei der Verwirklichung solcher Projekte. Und es war in der Regel ein sehr schönes gemeinsames Arbeiten, mit den Familien gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, dass eben dann am Ende gut funktioniert. Ich kann Ihnen sagen: Ich kenne sehr, sehr viele nach wie vor, die in diesen Objekten wohnen und es zeigt sich, dass das auch über lange Frist anscheinend gut funktioniert. Also bei mir seinerzeit, das war 1991, als ich zu arbeiten begonnen habe, also es ist doch einiges an Zeit inzwischen vergangen, sodass man schon sagen kann, also es ist ein Beobachtungszeitraum, der, glaube ich, auch Rückschlüsse zulässt, würde ich sagen.

Ja, die Stellungnahme der Landesregierung weist leider, muss ich sagen, darauf hin, dass Baugruppen nicht die nötigen Erfahrungen hätten, um die spezifischen inhaltlichen Vorgaben, bzw. die organisatorische Abwicklung von geförderten Geschoßbauprojekten durchzuführen. Das kann ich nicht nachvollziehen, es hat seinerzeit an sich auch gut funktioniert. Baugruppen machen das ja in der Regel nicht selber, dürfen sie auch gar nicht, denn auch Baugruppen müssen sich eines Planers oder einer Planerin, also eines Architekturbüros oder eines Planungsbüros, bedienen und die Unterlagen dort einreichen lassen, das Projekt abwickeln lassen, d.h. sie sind nicht vollkommen unbetreut. Unter Umständen werden Eigenleistungen zwischendurch erbracht, aber das ist dann eher in der Regel – Sie wissen das sicher – ausmalen, Boden legen u.dgl., aber das sind jetzt nicht die wirklich heiklen Dinge. Aber jedenfalls gibt es immer auch eine professionelle Betreuung und wenn das so formuliert ist, dann würde das ja indirekt heißen, dass Architekten und Architektinnen und Planerinnen und Planer nicht in der Lage wären, Projekte ordentlich abzuwickeln, sorgfältig abzuwickeln. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass das gemeint sein kann, aber es hört sich eben so an.

Der zweite Punkt der angeführt wird und der hier als Kritik an meinem Antrag sozusagen zu werten ist, ist, dass die Kreditgewährung nach Basel III nach dem Geschoßbau von einer Interessensgemeinschaft wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen sei.

Auch das ist ein Problem, das ich nur bedingt nachvollziehen kann, denn die Finanzierung des Projektes ist wohl Sache der Baugruppe selbst und weniger Problem der Wohnbauförderungsgesetzgebung. Also man hat schon bisschen den Eindruck, als ob hier so an den Haaren herbeigezogene Argumente gesucht werden, um letzten Endes diejenigen wieder weiterhin die Hand darauf behalten zu lassen, die es jetzt schon lange tun und die seinerzeit auch eingewirkt haben auf die Gesetzgebung, um die Änderung der Wohnbauförderungsgesetzgebung zu erwirken, die es Baugruppen nicht mehr ermöglicht, zur Geschoßbauförderung Zugang zu haben, und zwar die Wohnbaugenossenschaften, die natürlich vielfach parteinah sind, SPÖ- und ÖVP-nahe. Und das ist genau die Problematik in diesem Zusammenhang. Hier geht es vor allem meiner Meinung nach darum, die Wohnbaugenossenschaften zu schützen, sodass sie weiterhin die Abwicklung dieser Projekte in der Hand haben, denn mein Antrag zielt genau darauf ab, es nämlich den Baugruppen zu ermöglichen, ohne eine Wohnbaugenossenschaft zwischenschalten oder eine Gemeinde – das wäre die andere Variante, aber Gemeinden machen es in der Regel nicht – also ohne Wohnbaugenossenschaften Projekte abzuwickeln und letzten Endes damit auch Kosten zu sparen. Auch wenn hier versucht wird darzustellen, dass die Kosten aufgrund des Zwischenschaltens einer Wohnbaugenossenschaft nicht höher seien – ich weiß aus meiner seinerzeitigen Erfahrung, wo eben teilweise mit Genossenschaften abgewickelt wurde – sind teilweise höher, dass die Planungskosten, die Betreuungskosten insgesamt muss man sagen und die Abwicklungskosten durch die Genossenschaft sehr wohl zu einer Kostensteigerung geführt haben. Und gerade wenn wir dauernd von leistbarem Wohnen reden, sollten wir das auch mitberücksichtigen, auch das ist ein Kostenfaktor. Ich wäre sehr froh gewesen, hätten Sie sich meinem Antrag anschließen können, was aber eben leider nicht der Fall ist. Also ich werde den Abänderungsantrag, der eingebracht worden ist ablehnen, eben aus den vorher genannten Gründen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.44 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für die Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Deutschmann.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (11.44 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Baugruppen: In der Vergangenheit hatten wir diese Form des Bauens und ich kann Ihnen aus meiner Wahrnehmung nur eines dazu sagen: Das hat à la longue nicht funktioniert und es hat deswegen nicht funktioniert, weil nicht die Genossenschaften ... Frau Kollegin, da haben Sie vielleicht wahrscheinlich noch nicht einmal einen Rotring halten können, da habe ich schon Mitbestimmungswohnbauten gemacht. (LTAbg. Lechner-Sonnek: „Nicht nur vielleicht!“ – Beifall bei der FPÖ) Aber passen Sie auf, ich sage Ihnen einmal die Phasen, die so bei einem Mitbestimmungswohnbau passiert sind. Das Erste war die Euphorie, da waren alle euphorisch: „Wir alle bauen gemeinsam ein Haus!“ Dann kam die Ernüchterung, weil sie gesehen haben: „So geht das halt nicht, weil wir halt miteinander so nicht können“, dann waren eh schon alle zerstritten, das war dann die Bauphase drei, das Chaos. Zum Vierten kam dann die Bestrafung der Unschuldigen und zum Schluss bei der Eröffnung war es die Ehrung der Unbeteiligten. Genau das ist das, was wir nicht wollen. Wir wollen eigentlich den Wohnbau so haben, den geförderten Wohnbau, dass wir ihn eher straffer und leistbarer machen, der Weg dorthin ist ja eingeschlagen, der ist ja bereits in der Novelle 1 – darf ich einmal so sagen – schon passiert, es folgen hier noch weitere. Ich glaube, dass einfach die Komplexivität, vor allem im geförderten Wohnbau, nicht dazu da ist, diese Baugruppen in Wahrheit in die Pflicht nehmen zu dürfen, denn diese Komplexivität, Wohnbauförderungsgesetz, alle B-Normen, Gesetze, etc., das ist eben schwierig, auch wenn sie sich eines Planers bedienen dürfen, ist in den Mitbestimmungsbauvorhaben immer das Problem der zu vielen Meinungen gegeben. Und ich glaube, dass wir ohnehin Instrumentarien im geförderten Wohnbauvorhaben, nicht nur die Genossenschaften, Gemeinden, Wohnbauschek, Eigenheimbauten, es gibt ja viele Dinge hier, um sich auch verwirklichen zu können. Wie gesagt, Ziel muss es sein, den Wohnbau leistbarer zu gestalten, ihn etwas abzuspecken in Sachen der Verwaltung, da sind wir oder da ist die Abteilung und der Herr Landesrat dabei, das auch zu tun. Auch im Wohnbauförderungsbeirat wird das besprochen, das ist sehr löblich, das passiert auch, das dauert halt ein bisschen, so ist das im Leben. Aber eines ist klar, Baugruppen mit geförderten Mitteln: Nein danke! (Beifall bei der FPÖ – 11.47 Uhr)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Landesrates, der auch für Wohnbau zuständig ist, der Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger (11.47 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, lieber Herr Kollege Kurzmann auf der Regierungsbank, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten!

Frau Kollegin Klubobfrau Jungwirth, ein paar Bemerkungen nur zu deinem Antrag und zu den Worten. Zu allererst: Ich habe auch meine Erfahrungen gemacht mit einem sogenannten Versuch eines größeren Projektes „Generationenwohnen“, mit, glaube ich, sehr gut eingesetzten MediatorInnen, mit einer Vielzahl von Versammlungen und gemeinschaftlichen Besprechungen zum Thema „Großes Projekt, gemeinsames Wohnen“ vom Studierenden bis hin zum Senioren. Das ist eine sehr, sehr schwierige Angelegenheit sage ich nur - da muss ich dem Kollegen Deutschmann Recht geben - hier auf einem gemeinsamen Nenner zu kommen. Und wenn man glaubt, man ist jetzt auf einem Nenner, kommt man in der gleichen Minute drauf, dass man das Rad wieder neu erfinden muss, also das war unsere Erfahrung. Und trotzdem gebe ich den Geist nicht auf, hier immer wieder weiterzuarbeiten, weil diese Synergie, die du angesprochen hast, natürlich seinen Wert hat, darüber brauchen wir gar nicht nachdenken. Wir werden in Zukunft sehr oft darüber nachdenken müssen, dieses Thema „Leistbarkeit unseres Sozialwesens“ mit der Einbindung sozusagen freiwilliger Tätigkeit maximal zu verbinden, aber in der Startphase oder in dieser wichtigen Frage des Wohnens haben wir hier sicherlich noch einige Wege zu bestreiten. Ich sage es ganz offen: Dieses Thema „Wohnen“ ist ein sensibles Thema, denn es hat mit Geld seine Verbindung. Da meine ich jetzt nicht nur das Investment, sondern da meine ich dann durch diesen sehr oftmaligen Wohnungswechsel auch das verlorene Geld, das der eine oder andere auch immer wieder sieht oder nicht mehr sieht. Denn wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei all unserem guten Zutun die durchschnittliche Steirerin, der durchschnittliche Steirer zwischen drei und sechs Mal seinen Wohnort wechselt und das dann natürlich auch das Problem in dieser Grundsatzfrage, wie du sie angeschnitten hast, auch entsprechend vertieft. Das heißt, das ist eigentlich das Urthema, das auch hier andiskutiert werden soll. Und die Frage der Hausverwaltung - auch das möchte ich hier ansprechen - soll man da hier nicht nennen. Wenn in einer solchen Baugruppe, in einer freiwillig zusammengewürfelten Baugruppe jemand dann die Verantwortung auch über das Haus übernehmen soll oder übernimmt, dann haben wir bei einer Verabschiedung eines solchen Verantwortlichen oder einer solchen Verantwortlichen schon das erste Problem.

Das heißt, wir müssen da schon die Dinge von A bis B oder von A bis Z, würde ich fast sagen, durchdenken, wenn wir hier ein solches Projekt anhebeln.

Die Qualitätssicherung ist für mich im Wohnbau das Allerwichtigste, das möchte ich ganz klar sagen. Da geht es auch darum: Wenn ich so ein gemeinschaftliches Projekt aufstelle, in einer Baugruppe aufstelle, wie du sie sozusagen hier im Kopf hast, dann muss man das auch bis zum Ende des Tages, bis zum Lebenszyklus Endzeit durchdenken. Unsere Aufgabe ist es natürlich auch als Fördergeber des Landes, diese Qualitätssicherung auch dem Mieter anbieten zu können, wenn es um Baumängel geht, wenn es um entsprechende Verletzungen sozusagen von Grundsatzrechten geht, auch in der Vergabe, etc., etc.. Also das sind schon Dinge, die man so leicht nicht nehmen soll, wenn hier Steuergeld von Steirerinnen und Steirern zum Einsatz kommen soll, dann braucht es auch seine gewisse Rechtsordnung und seine entsprechende Kontrolle.

Du hast das Thema „Finanzierung“ angesprochen. Das ist natürlich keine einfache Sache. Wir wissen natürlich, dass die Banken derzeit insgesamt sehr vorsichtig sind in der Vergabe von Darlehen und dass natürlich hier, wenn keine Eigenkapitalreserven da sind, natürlich auch die Finanzierung eines solchen Projektes nicht so einfach aufgestellt werden kann, wie es eben jetzt im Zuge des derzeitigen gesetzlichen Rahmens möglich ist für Genossenschaften, für Gemeinden, die natürlich hier eine ganz andere Wertabsicherung bzw. ganz andere Eigenkapitalrücklagen haben und andere Risikozuschläge dann letztlich auch bei Kreditaufnahmen haben. Ich möchte hier nicht als Anwalt der Genossenschaft auftreten, das können andere sicher machen, aber grundsätzlich möchte ich schon sagen, dass die Genossenschaften in Bezug auf das Wohnungsmanagement eine hervorragende Arbeit leisten im Lande Steiermark und dass wir natürlich auch mit unserer Aufsicht, die wir ja letztlich haben, diese Qualitätsarbeit immer wieder aufs Neue hinterfragen und aufs Neue auch bestätigen. Es ist für mich die Genossenschaft und auch die Gemeinde nicht nur ein verlässlicher Ansprechpartner, das ist mir wichtig, wir haben hier auch eine sehr klare Kontrollinstanz auf mehreren Ebenen, das ist mir auch wichtig, und wenn es ein Problemdefizit hier wo gibt, dann kann man das schnell auch ausräumen. Und ich glaube, das sollten wir hier auch ganz klar und deutlich sagen, dass es ein Regelmanagement gibt, das sich in den letzten Jahren sehr, sehr gut bewährt hat. Ich bin durchaus offen für Neues, das sollte im 21. Jahrhundert die Grundregel sein in der Politik, aber Bewährtes soll man nicht so gleich über Bord werfen und man muss natürlich dieses Neue sehr wohl auf allen Ebenen hinterfragen.

Viel wichtiger ist es, und das hat Kollege Deutschmann, glaube ich, auf den Punkt gebracht: Wir müssen die Baukosten senken, da müssen wir mutig sein und auch zu allem Aufgebauten dieser Kostensteigerungen einen mutigen Zugang haben, auch mit dem Mut zur Lücke, das sage ich ganz offen. Wir müssen die Mieter in Zukunft vielleicht da und dort besser einbinden, das ist in jeder Form auch möglich, auch seitens der Genossenschaft möglich, seitens der Gemeinde möglich, dass Bauwünsche und auch Generationenwünsche hier wahrgenommen werden. Wir müssen die Bauverfahren schneller voranbringen, das muss unser Zugang sein, dass also hier das eine oder das andere verbessert wird und wir müssen dem Mieter eine Sicherheit geben. Das ist mir ganz, ganz wichtig, dass er sich verlassen kann darauf, wenn Landesmittel, wenn Steuermittel hier einfließen, dass eine Qualitätssicherung gegeben ist und dass das gesamte Mietmanagement auch hier gegeben ist. Damit können wir das leistbare Wohnen unterstreichen und ich glaube, wir sollten hier von Neuversuchen eher einen Abstand nehmen, solange das Bewährte wirklich gut funktioniert. Herzlichen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.54 Uhr)

Präsident Majcen: Danke Herr Landesrat. Es gibt eine weitere Wortmeldung, die Frau Kollegin Jungwirth ist durch deine Wortmeldung angestachelt worden. (*Landesrat Seitinger: „Motiviert!“*)

LTAbg. Ing. Jungwirth (11.54 Uhr): So ist es, Herr Präsident, ich wollte mich ursprünglich nicht mehr melden, aber es sind jetzt doch ein paar Dinge gesagt worden, die mich da herausfordern und ich möchte noch ein paar Anmerkungen machen.

Vorweg aber vielleicht zum Kollegen Deutschmann: Ich bin mir nicht so ganz sicher, für wen Sie hier sprechen. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Zuhören!“*) Also das, was Sie von sich geben, trifft auf jeden Fall sicher nicht die Meinung der KollegInnenschaft, denn ich weiß, dass die Zivilingenieurkammer eine sehr kritische Haltung hat gegenüber Wohnbaugenossenschaften bzw. zumindest auch durchaus einen Vorteil darin erkennen kann, dass Projekte direkt von Vereinen abgewickelt werden. Aber gut, das ist vielleicht ein anderes Kapitel und vielleicht arbeiten Sie auch für Wohnbaugenossenschaften, ich weiß es ja nicht genau.

Ein paar andere Dinge sind aber von dir, Herr Landesrat, gesagt worden, die ich noch ansprechen möchte. Du hast gesagt: „Wir wissen, dass die Menschen zwischen drei und sechs Mal den Wohnort wechseln.“ Den Wohnort jetzt weniger, glaube ich, dass sie kreuz und quer in der Steiermark herumziehen, sondern eher Wohnungsgrößen oftmals nicht adäquat sind und deswegen halt Veränderungen vorgenommen werden, wobei drei bis sechs Mal ist schon sehr, sehr viel, wenn man sich das vor Augen hält. Aber genau das wollen wir ja eigentlich nicht. Und drei bis sechs Mal ist eine Größenordnung, wo ich schon davon ausgehe, dass da andere Dinge mitspielen, als eben nur die Wohnungsgröße, sondern dass es da – vermute ich – schon auch darum geht, dass man sich eben einfach nicht wohl fühlt in diesen sogenannten Wohncontainern, die leider, muss man sagen, nach wie vor auch gebaut werden. Das hat damit zu tun, dass halt die Wohnbaugenossenschaften nämlich genau meiner Meinung nach viel zu wenig individuelle Möglichkeiten anbieten, dass die Wohnungen sehr einheitlich geplant werden. Das hat natürlich auch mit dem Kostendruck zu tun, aber es ist im Endeffekt keine nachhaltige Vorgehensweise. Also ich glaube, dass man das schon, wenn man das klüger angeht, wenn man das von vornherein individueller angeht und den Menschen mehr Möglichkeiten und Freiräume gibt, eine Wohnung zu adaptieren, zu teilen, zusammenzulegen, was auch immer, dass es andere Möglichkeiten gibt, das günstiger zu gestalten, sodass nicht so oft umgezogen werden müsste. Und genau diese Möglichkeiten könnte es auch in diesen Mehrgenerationenhäusern geben oder in diesen Baugruppenprojekten, von denen ich vorher gesprochen habe. Du hast vorher ein Projekt erwähnt, bei dem es große Schwierigkeiten gegeben hat und sogar Mediation durchgeführt wurde, wo StudentInnen und SeniorInnen unter einen Hut zu bringen waren, mit allem, was dazwischen noch stattfindet im Leben und dass es so schwierig war, dieses Projekt abzuwickeln. Ich denke, du meinst wahrscheinlich das Messequartier? Täusche ich mich da, oder ist es dieses Projekt? Aber jedenfalls war das genau ein Projekt, das ja – soweit ich informiert bin – von einer Wohnbaugenossenschaft abgewickelt wurde ... (*Landesrat Seitinger*: „Von zwei!“) ... von zwei sogar, okay. Es ist im Grunde genommen egal, ob es eine oder zwei waren, aber es zeigt sich jedenfalls, dass diese Wohnbaugenossenschaften anscheinend ihre Aufgabe da nicht besonders perfekt erfüllt haben. Ich weiß, dass es schwierig ist, die Interessen unter einem Hut zu bringen, aber das Messequartier ist meiner Meinung nach ein Projekt, das an und für sich zu groß ist für dieses Modell. Das, was bei den Baugruppen gemeint ist, von denen ich hier gesprochen habe, das sind ja viel kleinere Einheiten.

Das sind in der Regel Zusammenschlüsse von, was weiß ich, von vier bis 15, maximal 20 Einheiten und das hat dann schon von vorn herein eine andere Qualität. Denn hier finden sich meistens Menschen zusammen, die sich schon vorher kennen und die in irgendeiner Form schon in Verbindung miteinander waren, die ähnliche Lebenssituationen manchmal aufweisen oder halt, es findet sich dann noch zusätzlich, weil man halt dann auch noch gezielt nach älteren Menschen sucht, die man dazu nimmt. Aber jedenfalls ist das eine deutlich kleinere Projektgruppe, die sich das Projekt vornimmt, als eben so etwas, wie es im Messequartier stattgefunden hat. Denn wenn – ich weiß es nicht genau, wie groß das Projekt dort war - aber es werden wahrscheinlich, was weiß ich, 50, 100 oder noch mehr Wohnungen gewesen sein, aber da ist es natürlich schwierig, diese Interessen dann alle unter einem Hut zu bringen. Das heißt, ich denke hier an deutlich kleinere Bauvorhaben und ich denke, dass es da schon möglich ist, einen Konsens zu finden, ohne dass man eine Wohnbaugenossenschaft zwischenschalten muss.

Du hast dann noch von der Baukostensenkung als oberstes Credo mehr oder weniger gesprochen und ich finde es bedauerlich, dass der Ansatz derzeit, so wie ihn die Landesregierung verfolgt hat, eben dahingehend angelegt ist, dass zwar auf kurze Frist Baukosten gesenkt werden, aber das, was uns auf lange Frist dann wieder viel kostet und vor allem die öffentlichen Haushalte kostet, ausgeblendet wird. Also wir haben ja in Vorbereitung die Debatte zu den Liften und ich denke, dass hier am falschen Fleck gespart wird. Also beim Lift zu sparen heißt einfach, dass wir auf lange Frist wesentlich mehr Menschen in Pflegeheimen haben, das tut dem öffentlichen Haushalt nicht gut. Das ist jetzt auf kurze Frist eine Möglichkeit, aber nicht auf Dauer. Und ich denke, wir sollten da schon nachhaltiger denken und gerade als Politikerinnen und Politiker sollten wir wirklich nicht nur bis zur nächsten Wahl denken, sondern in Generationen in Wahrheit. Das muss unser Ziel sein.

Ja, und den Mietern Sicherheit geben, war auch noch in deiner Wortmeldung enthalten. Da muss ich ... also schmunzeln kann ich eigentlich nicht, weil wenn ich mir vor Augen halte, dass ich voriges Jahr hier gestanden bin, um darauf hinzuweisen, dass wir ja befasst sind mit drastischen Mietssteigerungen bei Objekten, die mit einem speziellen Wohnbauförderungsprogramm gefördert wurden. Ja, Kollege Schmid, Knittelfeld ist ein solches Objekt, wo auf einmal Mietensteigerungen in exorbitanter Höhe stattgefunden haben und es hat keine - keine - Unterstützung gegeben vonseiten der Landesregierung für diese Mieterinnen und Mieter.

Es ist zwar die Wohnbeihilfe minimalst angepasst worden, aber das war dann für alle, hat aber diesen Personen nicht wirklich geholfen, denn dort ging es um wesentlich höhere Beträge und die sind im Regen stehen gelassen worden von der Landesregierung. Also insofern finde ich von „Sicherheit für Mieter“ zu sprechen ein bisschen verwegen, denn es hätte hier tatsächlich Notwendigkeiten gegeben. Das war es. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 12.01 Uhr)*

Präsident Breithuber: Abschließende Wortmeldung Landesrat Hans Seitinger.

Landesrat Seitinger *(12.01 Uhr)*: Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geschätzten Damen und Herren noch einmal!

Ich muss da darauf noch einmal reflektieren, weil ein paar Dinge doch wirklich noch klar gestellt werden müssen. Zum Ersten, ich glaube, da sind wir uns schon einig, dass die Wohnbaugenossenschaften keine Wohncontainer bauen, sondern Wohnungen bauen mit hoher Qualität. Und gerade größere Wohnungen – das weißt du, Frau Klubobfrau – werden ausgelobt durch Architektenwettbewerbe, durch kritische Bemerkungen der Jurynen und durch Anpassungen vieler begleitender Instrumente. Ich würde schon sagen, das hat so seine Ordnung. Und wenn du auch die Ziviltechnikerkammer hier ansprichst, sie sind da zutiefst eingebunden, nicht nur in den Wettbewerben, sondern letztlich auch in der Umsetzung, also da würde ich hier jetzt nicht meinen, dass wir da hier eine neue Front aufmachen müssen.

Es ging nicht um das Messequartier, sondern es ging um das große Projekt in Gleisdorf. Es waren 41 Wohnungen damals in einer Größenordnung, zwei Wohnbaugenossenschaften haben sich damals mit universitärer Begleitung, mit Begleitung wie gesagt von Mediatorengruppen bemüht, hier dieses große neue Generationenmodell aufzubauen, infrastrukturell alles bestens geordnet, aber letztlich mit allen Schwierigkeiten, die man sich vorstellen kann. Ich glaube, viel mehr kann man ... und das war für mich ein Forschungsprojekt insofern, als ich wirklich gesagt habe, dass es nicht darauf angekommen darf, was eine Mediation kostet, was die technische Umrüstung kostet, was auch der eine oder andere innovative Beitrag der Universitätsprofessoren, die sich hier mit eingebracht haben, kostet, sondern: „Jetzt wollen wir einmal durchtesten, jetzt wollen wir einmal austesten, wie sich das sozusagen am Ende des Tage ausgeht.“ Faktum ist – und ich bitte dich da wirklich, die Realität zu sehen, die du ja an sich siehst – wir haben in der Frage der Wohnungswechsel das Faktum, dass es in der Steiermark, ich weiß es nicht, aber ich glaube über 30.000 EPU's

gibt, Alleinunternehmer, die sehr oft zu Hause ihren Arbeitsplatz einrichten. Die brauchen meist größere Wohnungen, die brauchen meisten eine entsprechende Infrastrukturausstattung, darauf wird ein Augenmerk gelegt, diese sind aber auch im Wechsel sozusagen in alle diesen Bereichen mit drinnen. Das Zweite ist, auch eine Scheidungsrate bildet auch dann so quasi das Thema der Singlehaushalte, auch das müssen wir wissen. Das Dritte ist der Arbeitswechsel an sich, dass ich heute im Leben auch damit sehr oft konfrontiert bin. Und ich kann da noch vieles hineininterpretieren, Klassiker, die wir wissen, die zu einem Wohnungswechsel führen. Die Frage ist dann, wenn eine solche Wohnung frei wird, jetzt sage ich einmal mit 76 m²: Ist dann die Mietergemeinschaft, die übrig bleibt doch mit jedem, der sich für die Wohnung interessiert auch einverstanden? Wie geht der Prozess, wenn da so quasi die Neuaufnahme eines neuen Findelkindes in dieser Gruppe dann ablaufen soll? Das ist schon nicht ganz einfach, das muss man wissen, das muss man jetzt zu Ende denken und die ganze causa prima wird dann plötzlich auch zu einem inneren Friedensthema dieser Wohngemeinschaft. Und daher sollten wir auch ein bisschen aufpassen, wenn man hier solche neuen Experimente schafft.

Ich möchte zum Schluss noch eines sagen, weil du angesprochen hast und das möchte ich vielleicht auch im Namen des Kollegen Schrittwieser hier sagen: Wir haben in allen unseren Überlegungen, wie wir Baukosten senken, sicher nicht den Tagesmoment im Kopf, sondern die nachhaltige Wirkung. Wenn wir im Bereich der Lifte sparen wollen, dann sparen wir nicht, weil wir das dann später irgendwann einmal mit teuren Kosten nachbilden wollen, sondern wir haben den Genossenschaften ganz klar vorgegeben, dass hier alle Vorkehrungen zu treffen sind, auch im Bereich der Barrierefrage, dass das also keine nachfolgend hohen Kosten verursachen darf, wenn es dann irgendwann einmal zu Veränderungen kommen soll. Das ist für uns überhaupt keine Frage, da muss die Nachhaltigkeit seine Wirkung haben. Nur wir müssen nicht für jeden Wunsch, der irgendwo erwähnt wird, 100 % Erfüllung zusagen, weil dann dürfen wir uns nicht mehr vorne hinstellen und sagen: „Wir bauen leistbar“, wenn jeder Wunsch, jede Anregung für jede Wohnung, für jedes Stockwerk, für jedes Problemfeld, für jede Einzelgruppe hier stattfinden muss. Das muss man ganz klar sagen. Das heißt, Individualität ist Maximum, aber es muss auch mit dem Mut zur Lücke das eine oder das andere sozusagen nachher möglich sein. Und wir wissen, dass wir derzeit bei 2.000, bei 2.200 im städtischen Bereich an Baukosten angekommen sind und da muss man schon hinterfragen: Kann man da nicht etwas tun?

Wir haben uns die Liste sehr, sehr genau angeschaut und wir haben sehr viele Stunden hier investiert allesamt, im Überschauen der möglichen Einsparungen. Glaube uns, in dieser Frage gehen wir nicht irgendeinen leichtfertigen Weg, der heißt: „Momentan sind wir billig und morgen sind wir teuer“, sondern das muss natürlich ein nachhaltiger Weg sein, das ist uns völlig klar. Ich sage nur ein Beispiel: Ob ich wegen zehn Zentimeter Garagenhöhe plus/minus eine teure Sprinkleranlage brauche und Lüftungssysteme brauche und vieles mehr oder nicht, ist z. B. eine solche Frage, die hunderttausende Euro kostet über ein größeres Projekt bezogen. In solche Dinge geht es hinein und sicher nicht in das sozusagen Klassische.

Und das Letzte, weil der Kollege Schmid auch angesprochen worden ist, ich bin auch nicht sein Verteidiger, aber wir haben in der Frage M-1000-Wohnungen und in dieser Frage dieser besonders günstigen Wohnungen, die damals in den Neunzigerjahren angeboten worden sind, aus meiner Sicht das Maximale getan auf der einen Seite was die Wohnbeihilfe angeht und auf der anderen Seite auch, was die Streckung der Finanzsysteme hier anbelangt. Zuerst auf 38, von 28 auf 38 Jahre und dann sogar auf 44 Jahre, also mehr kann man da nicht mehr tun, weil irgendwann werden wir dann als Regierung unglaublich, wenn wir Geldflüsse strecken bis zum „Sankt-Nimmerleins-Tag“. Da will ich jetzt gar nicht über griechische Verhältnisse reden, aber das sollten wir in der Steiermark ganz sicher nicht haben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.08 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP vier ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Grünen.

Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3253/1, betreffend 17. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2014 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Klubobmann Johannes Schwarz.

LTAbg. Schwarz (12.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ausschuss "Finanzen" hat in seiner Sitzung vom 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Finanzen" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der 17. Bericht für das Rechnungsjahr 2014 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien der zu Grunde liegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilungen angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2014 in der Gesamthöhe von 6.707.762,63 Euro wird gemäß Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (12.09 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP fünf ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ.

Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 3093/1, der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner betreffend Verankerung der FachsozialhelferInnen im Behindertengesetz und in der Leistungs- und Entgeltverordnung.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Ingrid Lechner-Sonnek.

LTAbg. Lechner-Sonnek (12.10 Uhr): Bericht des Ausschusses für Soziales zum Thema Verankerung der FachsozialhelferInnen im Behindertengesetz und in der Leistungs- und Entgeltverordnung.

Der Ausschuss "Soziales" hat in seinen Sitzungen vom 11.11.2014 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Soziales " stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales zum Antrag, Einl.Zahl 3093/1, der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner, betreffend Verankerung der FachsozialhelferInnen im Behindertengesetz und in der Leistungs- und Entgeltverordnung wird zur Kenntnis genommen. (12.11 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für die Berichterstattung. Die Berichterstatterin hat sich auch gleich zu Wort gemeldet.

LTAbg. Lechner-Sonnek (12.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass wir heute oder dass es auf Seiten der Landesregierung in Sachen integrative Behindertenbetreuung zu einer guten Entscheidung gekommen ist. Es geht dabei um die berufliche Integration von Menschen mit Lernschwierigkeiten. Wie Sie wissen, ist es, und gerade in Zeiten steigender oder gestiegener Arbeitslosigkeit, ein ganz großes Problem, dass Menschen mit Behinderung Arbeit finden. Das gilt auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten und deswegen ist es besonders wichtig und gut, dass es hier Projekte gibt, nämlich schon seit einiger Zeit, die gegensteuern und die ermöglichen, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten in den Beruf einsteigen können und ihr ganz spezielles Wissen einbringen können. Ich will gleich zu Beginn sagen, ich bin allen Projektpartnern und Projektpartnerinnen, die sich für die integrative Behindertenbetreuung eingesetzt haben, sehr dankbar. Das ist zuallererst einmal die Lebenshilfe Graz – Graz Umgebung/Voitsberg, die die Projektentwicklung in die Hand genommen hat; aber auch das Ausbildungszentrum für Sozialberufe der Caritas in Graz, wo diese Ausbildung mitentwickelt wurde und auch angeboten wird. Es hat darüber hinaus noch internationale Projektpartnerinnen und –partner gegeben, in Deutschland, in Polen und in Spanien, und auch der Dachverband der Behinderteneinrichtungen auf EU-Ebene, eher SPD, hat mitgeholfen, dass das Projekt auf so gute Beine gestellt werden konnte. In den Menschenrechten ist festgelegt, dass es grundsätzlich ein Recht auf Arbeit gibt und dieses Recht auf Arbeit ist unteilbar. Das gilt für alle Menschen, auch wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt durch eine Behinderung, durch eine Einschränkung erschwert ist.

Es geht natürlich auch darum, hochwertige Arbeitsplätze zu finden und im Speziellen Arbeitsplätze, wo „die ganz spezielle Qualifikation“, das Vorwissen, die Kompetenz, die jemand aus der eigenen Lebenssituation heraus mitbringt, genützt werden können. In Bezug auf die berufliche Integration haben wir hier in diesem Haus schon sehr viele Gespräche und auch kontroversielle Debatten geführt. Wichtig ist mir – und ich freue mich besonders, dass für diese Zielgruppe hier eine Lösung gefunden wurde – nämlich, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten ihre Kompetenz einbringen können und zwar auch und speziell in der Betreuung anderer Menschen mit Behinderung. Was sind die Vorteile? Es liegt eigentlich auf der Hand. Auf der einen Seite ist es gut, wenn ein Team, das z.B. Menschen mit Behinderung betreut, viele verschiedene Kompetenzen hat, viele verschiedene Vorerfahrungen hat, wenn in diesem Team eine Vielfalt ist, eine Vielfalt an Möglichkeiten, die in die Betreuung einfließen können. Das Zweite ist auch ein ganz wichtiger Aspekt: Die Vorbildfunktion. Es ist doch wunderbar, wenn man sieht, dass ein Mensch mit Lernbehinderung Arbeit hat und nicht irgendeine Arbeit, wenn ich das so einfach sagen darf, sondern in der Betreuung von anderen Menschen eingesetzt werden kann. Das ist eine ganz wichtige Sache, und was drittens auf der Hand liegt, ein Mensch mit Lernbehinderung hat, wenn er berufstätig wird, wenn er beginnt, andere Menschen mit Behinderung zu betreuen, innerhalb seines Berufes Vorerfahrungen. Er weiß, wie das ist und wie das sein kann – in der Schule, in der Familie, im privaten Umfeld. Er oder sie kennt Hürden, Hindernisse, aber auch das, was hilfreich sein kann. Diese Personen haben einfach viel erlebt und können unter Umständen besser als manch anderer Mensch an die Lebenssituation derjenigen anschließen, die sie zu betreuen haben. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, das ist eine Fachkompetenz, die in diesem Fall durch das eigene Leben entsteht und aufgebaut wird und die soll man auch verwenden und einsetzen dürfen, und ich freue mich, dass jetzt sichergestellt ist, dass diese Ausbildungsform und damit auch der Einsatz von Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Betreuung von Menschen mit Behinderung sowohl im Gesetz als auch in der Leistungs- und Entgeltverordnung festgehalten ist. Die Ausbildung dauert zwei Jahre und es wird in diesem Katalog auch angeführt, für welche Tätigkeiten man ausgebildet wird. Zentrale Inhalte der Ausbildung sind z.B. Biographiearbeit, dass die Menschen mit Lernbehinderung, die später andere Menschen betreuen sollen, einmal aufarbeiten: Was haben sie bisher erlebt? Wie hat sich ihr Leben dargestellt? Stichwort, wie ich vorher gesagt habe: Hürden, Hindernisse, aber auch Hilfen.

Dann gibt es ja ein Modul zur Entwicklung und Wahrnehmung. Das ist natürlich ganz wichtig und es ist eigentlich eine Grundlage für alle, die mit und für andere Menschen arbeiten, nämlich zu erkennen und zu wissen, wie entsteht oder wie schaut menschliche Entwicklung aus? Was ist da hilfreich, was braucht es dazu, damit ein guter Entwicklungsweg beschritten werden kann? Das gilt natürlich auch für das Modul „Lernen“. Wie lernen Menschen, wodurch lernen Menschen? Oder das Modul „Helfen“. Was ist jetzt besonders? Zum Beispiel die Erwartung dessen, der betreut werden soll, wie kann ich damit umgehen und wie kann ich das einschätzen, sodass meine Hilfestellung, die ich dann gebe, genau die richtige ist? Es geht in dieser Ausbildung auch um gesellschaftspolitische Fragen. Wie schaut das aus mit der Position, mit der Stellung von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft? Auch um Behinderungsformen und spezielle Krankheitsbilder, um Fragen der Kommunikation und der Begegnung, um die Kultur der Begleitung, nämlich: Was sind die speziellen Aufgabenbereiche, wie geht man daran heran, worauf ist zu achten, was ist eine zeitgemäße Form, einen Menschen mit Behinderung zu begleiten? Und natürlich auch das Modul „Inklusion“ und „Integration“. Summa summarum, glaube ich, kann dieser Lehrgang, zu dem es ein Handbuch gibt, das ich nur sehr empfehlen kann, das zu einem großen Teil auch in „Leicht lesen – Fassung“ den Aufgabenbereich und den Einsatzbereich dieser Personen, die hier ausgebildet werden, beschreibt. Summa summarum kann ich nur sagen, ich bin sehr glücklich, dass es uns gelungen ist, durch gemeinsames Bemühen, ich habe die Beteiligten aufgezählt, aber auch von Seiten des Landes Menschen mit Behinderung diese Möglichkeit zu eröffnen. Ich bin mir sicher, das kommt denjenigen zugute, die auch eine Behinderung haben und von diesen Menschen betreut werden. Sie sind gut ausgebildet, sie sind mit Sicherheit engagiert und ganz bestimmt kompetent, in dem, was sie tun und in dem Feld, in dem sie arbeiten. Summa summarum ein guter Tag für die Steiermark, nicht nur für Menschen mit Behinderung. Danke. *(Beifall bei den Grünen, der SPÖ und ÖVP – 12.18 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung Abgeordneter Klaus Zenz.

LTAbg. Zenz (12.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich kann mich der Frau Kollegin nur anschließen. Wirklich ein guter Tag und wirklich ein guter Vorschlag, wenn Menschen mit Behinderung auch die Möglichkeit gegeben wird, in diesem Bereich tätig zu sein. Ich denke mir, es wäre in anderen Branchen auch sehr angebracht dieses zu machen. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Land Steiermark, Gott sei Dank in dieser Hinsicht wieder eine Vorreiterrolle hat. Das in dem BHG und in der Leistungs- und Entgeltverordnung, die ja mit 01. Februar in Kraft getreten ist, zu verankern, halte ich für eine wichtige und richtige Entscheidung, bedanke mich auch bei den Trägerorganisationen, die in der Vorbereitung für diesen Ausbildungslehrgang das auch gewährleistet haben und ich hoffe ganz massiv, dass sich uns andere Bundesländer anschließen werden. Ich hoffe auch, wenn ich zum Herrn Kollegen Schönleitner schaue, auch Bundesländer, die die „Grüne Handschrift tragen“. Das wäre sehr gut auch für die Steiermark, weil wir haben diesen Schritt gemacht und ich denke, diese Leistungs- und Entgeltverordnung, ein Dankeschön an den Herrn Landesrat Schrittwieser, auch gewährleistet zu haben. Wir machen diesen ersten Schritt und es wäre sehr, sehr wichtig, auch in anderen Bundesländern dem nachzufolgen, dass Menschen mit Behinderung in diesem Bereich auch tätig sind. Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat natürlich Recht, hier gibt es viele Punkte, die sehr wichtig sind in dem Zusammenhang, aber es ist auch ein gemeinsames Zeichen. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, dass sie diese gemeinsame Vorgehensweise auch mittragen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.20 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

7. Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3246/1, betreffend „Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über "Entwicklungen in der Europäischen Union" betreffend das dritte Vierteljahr 2014 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG“.

Berichterstatter ist Herr Präsident Franz Majcen, Stellvertreterin LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko.

LTAbg. Pichler-Jessenko (12.21 Uhr): Es geht um den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark, um die Entwicklungen in der Europäischen Union betreffend das dritte Vierteljahr 2014. Der Ausschuss Europa hat in seiner Sitzung vom 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Es sind in diesem Bericht eben die unterschiedlichen Gesichtspunkte, einerseits Steiermark in der EU und Europa und die EU, behandelt. Es gibt einerseits jeweils einen Infoteil und einen Thementeil. Ich nehme an, der Bericht ist Ihnen allen bekannt.

Der Ausschuss Europa stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend die Entwicklungen in der Europäischen Union im dritten Vierteljahr 2014 wird zur Kenntnis genommen. (12.22 Uhr)

Präsident Breithuber: Dankeschön. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Ing. Sabine Jungwirth.

LTAbg. Ing. Jungwirth (12.22 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Europabericht enthält einmal mehr eine ganze Reihe an Vertragsverletzungsverfahren und ein Faden zieht sich hier leider durch, muss man sagen, denn die Vertragsverletzungsverfahren betreffen zum Großteil, muss man sagen, den Umweltbereich. Ich finde das traurig, dass die Steiermark sich hier gerade nicht auszeichnet dadurch, dass wir hier vorbildhaft wären, wenn auch jetzt nicht alles nur von der Steiermärkischen Landesregierung regelbar wäre, sondern es ein Zusammenspiel ist zwischen Landesgesetzgebung und Bundesgesetzgebung, die hier zum Tragen kommt. Aber die Vertragsverletzungsverfahren, mit denen die Steiermark befasst sind, ziehen sich über die Luftqualität, also die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa, das Projekt „Wasserkraftwerk Schwarze Sulm“, wo es um den Verstoß gegen die Wasserrahmenrichtlinie geht. Es geht um Natura 2000-Schutzgebiete in Österreich und der Steiermark, wo zu wenig Flächen genannt wurden und nun das Vertragsverletzungsverfahren läuft.

Es geht, im weitesten Sinne ist das auch Umwelt, um die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, es geht um Industrie-Emissionen, es geht um die Gesamtenergie-Effizienz von Gebäuden und zu guter Letzt, und das ist das, worauf ich mich heute ausführlicher beziehen möchte, den Zugang der Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten – und zwar in Wahrheit geht es um die Umsetzung der Aarhus-Konvention, die nämlich im Anwendungsbereich der FFH-Richtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie, der Luftqualitätsrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit fordert, als es in der österreichischen Gesetzgebung derzeit der Fall ist und vor allem auch den Zugang zu umweltrelevanten Informationen regelt. Es ist leider so, dass in den vorher genannten Richtlinien und deren Umsetzung dann in nationales Recht, hier eben Österreich Mängel aufweist und es sich immer wieder in den Verfahren herausstellt, dass das auf lange Frist zu Problemen führt, denn die Umwelt-NGO's lassen sich letztlich nicht aussperren aus den Verfahren. Wir haben es am Projekt der „Schwarzen Sulm“ gesehen, es ist so, dass am Ende trotzdem Sturm gelaufen wird und dass alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um bei Projekten in irgendeiner Form noch den Fuß hinein zu bekommen und es ist letzten Endes für alle eine unbefriedigende Situation, wenn dann, wo Projekte unter Umständen schon in der Umsetzungsphase sind, nachträglich noch Schwierigkeiten auftreten. Also Sie können mir glauben, auch mir macht es keinen Spaß, so wie es im 2013er-Jahr war, viele Wochen dann vor Ort bei einem Projekt zu verbringen und dort gemeinsam noch nach Möglichkeiten zu suchen, um in letzter Konsequenz Schaden vom Land Österreich abzuwenden, also Schaden für die SteuerzahlerInnen abzuwenden, sondern es wäre wesentlich klüger rechtzeitig alle einzubinden und allen die Möglichkeit zu geben, ihre Bedenken zu äußern, sodass dann am Ende, wenn ein Projekt tatsächlich in die Umsetzung geht, wirklich alles sauber abgearbeitet ist und man damit derartige Dinge vorwegnehmen könnte. Ein weiterer Aspekt, der in dem Zusammenhang für mich auch noch relevant ist, ist der, dass wir im Steirischen Umweltinformationsgesetz, so heißt es, an und für sich festgeschrieben haben, dass dem Landtag alle zwei Jahre umfassend Bericht zu erstatten ist. Hier hakt es ein bisschen in dieser Periode, denn der zuständige Landesrat, Landesrat Dr. Kurzmann, ist offensichtlich nicht willens, ordentliche Umweltschutzberichte abzuliefern (*LTAbg. Schartel: „Das ist jetzt aber eine Vermutung, oder?“*), denn sonst kann ich es mir nicht erklären, warum er das nicht tut. (*LTAbg. Samt: „Dafür haben wir ja euch!“*)

Wir hatten einen einzigen Umweltschutzbericht und der hat in Wahrheit über die Jahre 2009 und 2010 berichtet, das heißt über das, was in der Vorperiode passiert ist und in dieser Periode gibt es keinen Umweltschutzbericht und schon gar nicht einen, der von Landesrat Kurzmann selbst verfasst wurde bzw. der darüber berichtet, was seine Aktivitäten waren. Umso trauriger ist es, dass wir gerade im Umweltbereich so viele Vertragsverletzungsverfahren haben, mit denen wir befasst sind. Also, ich finde schon, dass er dazu angehalten werden sollte, hier auch dem nachzukommen, was einerseits das Gesetz sagt und was andererseits auch Gebot der Stunde ist, nämlich sauber darüber zu informieren, wo die Problemstellungen denn sind, Denn er könnte auch auf die Vorwürfe der Vertragsverletzungsverfahren im Umweltschutzbericht eingehen und darlegen, warum auch immer es nicht möglich ist, das ordentlich umzusetzen oder was vielleicht schon in Vorbereitung ist. Das könnte ja auch sein. Wir bekommen ja keine Auskünfte diesbezüglich. Wie gesagt, aus meiner Sicht ein echtes Manko, und ich bringe deshalb einen Entschließungsantrag ein, in dem es darum geht, eben das, was eben in der Aarhus-Konvention gefordert ist, auf der Umweltebene richtig umzusetzen und eben den Umweltschutzbericht auch abzuliefern, der alles offen legt.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Umweltinformationsgesetz nicht länger zu ignorieren und den Umweltschutzbericht unverzüglich vorzulegen. Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.28 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Klubobmann Hannes Amesbauer.

LTAbsg. Amesbauer, BA *(12.28 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuseher!

Dieser Vierteljahresbericht ist ja immer wieder ein Schauspiel und eine Darbietung unreflektierter und undifferenzierter Lobhudeleien auf die sogenannte „Wertegemeinschaft“ der Europäischen Union. *(LTAbsg. Kaufmann: „Schrecklich!“)* Hören Sie zu, Frau Kollegin. Sie wissen ja, dass ich gerne diesen Punkt nehme. *(LTAbsg. Kaufmann: „Unverständlicher Zwischenruf!“)* Schaffen Sie es jetzt einmal zuzuhören? Nein, schwierig. Das ist ja immer wieder ein Punkt, der dazu benutzt wird, eben die EU in den höchsten Tönen zu loben und die Probleme, die die EU-Mitgliedschaft und vor allem die Politik, die die Verantwortlichen in Kommission und Parlament durchführen, undifferenziert darzustellen. Ich nutze diesen

Tagesordnungspunkt immer wieder gerne, um auch die ungeschminkte und nackte Wahrheit hier am Rednerpult in diesem Haus zum Besten zu geben und den Menschen zu vermitteln, und zwar muss man auch sagen – und das ist ja ein besonderer Punkt, der gerne medial verschwiegen wird: Österreich ist seit der EU-Mitgliedschaft Nettozahler. So weit so schlecht, so weit bekannt. Was aber die Wenigsten wissen, die EU-Beiträge Österreichs betragen netto erstmals über eine Milliarde. Das hat der Rechnungshof kürzlich festgestellt und zwar im EU-Finanzbericht für das Jahr 2012. Österreich hat 2,94 Milliarden nach Brüssel überwiesen, aber nur 1,86 Milliarden erhalten. Also da stellt sich die Frage, ob man sich nicht überhaupt diese 2,94 Milliarden gleich behalten könnte? Wäre in Österreich sicher besser veranlagt. (*LTA* *Mag. Pichler-Jessenko*: „*Es werden Arbeitsplätze geschaffen!*“) Naja, die Arbeitsplätze, zu dem komme ich noch, Frau Kollegin. Die Arbeitsplätze, die da angeblich geschaffen werden, die müssen Sie mir erst einmal zeigen und den 450.000 Arbeitslosen in Österreich auch, Frau Kollegin, ja, ja. Dramatisch ist auch, dass der Nettobeitrag massiv gestiegen ist, und zwar um 34 % im Vergleich zum Vorjahr. Und besonders schlimm ist diese Tatsache angesichts der Hilfslosigkeit dieser EU bei den drängenden Problemen unserer Zeit. Also, wir haben bekannterweise seit Jahren die Finanz- und Konjunkturschwäche, wir sind konfrontiert mit Rekordarbeitslosigkeit – nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa, im gesamten EU-Raum wohlgemerkt. Ganz Europa ist ja nicht bei der EU und in ganz Europa schaut es ja nicht so schlimm aus, wie in den meisten EU-Staaten. Die Zunahme der Armutgefährdung, das überbordende Asylchaos und die Situation an den EU-Außengrenzen, die es nicht schaffen, die Flüchtlingsströme, die Massenzuwanderung wirkungsvoll zu bekämpfen und natürlich damit einhergehend eine dramatische Sicherheitslage. Die Regierung tanzt aber lieber, unsere österreichische Regierung, nach der Pfeife der Eurokraten, anstatt die Nettobeiträge Österreichs endlich in Richtung Null zu reduzieren, meine Damen und Herren. Die EU schafft es nicht, und das ist ja aktuell das größte Problem. Die EU schafft es nicht, die völlig außer Rand und Band geratene Europäische Zentralbank endlich unter Kontrolle zu bekommen. Die haben Narrenfreiheit, die fluten den Euroraum mit billigem Geld, mit einer regelrechten Geldschwemme und machen den Euro somit endgültig zu einer Schrottwährung. Mit 1,1 Billionen werden marode Staatsanleihen angekauft, 1,1 Billionen, ich habe mir das heraus geschrieben, das ist ja eine Zahl, die man sich nicht wirklich vorstellen kann. Weiß überhaupt irgendjemand von Ihnen, wie viel eine Billion ist? Wie viel ist denn das? Schweigen. Jetzt sagt die Frau Kaufmann nichts mehr. (*LTA* *Kaufmann*: „*Ich habe nicht zugehört!*“)

Weiß natürlich niemand, klar. 1,1 Billionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, na, wie viel ist das, Frau Kollegin? Können Sie mir das sagen? Nein, habe ich mir auch nicht erwartet. 1,1 Billionen Euro, ich sage Ihnen das jetzt, ich habe mir das aufgeschrieben: 1,140.000.000.000, 10 Nullen sind da hinten dran (*Landesrat Dr. Buchmann: „Mit den Nullen kennt ihr euch aus!“*), also eine Summe, die man sich nicht wirklich vorstellen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Wirkung dieser höchst umstrittenen, auch in Fachkreisen und auch in Österreich offiziell höchst umstrittenen Maßnahme ist äußerst zweifelhaft und selbst der Nationalbankgouverneur Novotny, der auch nicht gerade ein bekennender Freiheitlicher ist, hat die Äußerung getätigt, dass wir mit dieser Maßnahme unser letztes Pulver verschossen haben, dass die Europäische Zentralbank und somit auch die EU, jetzt keine Maßnahmen mehr hat, um die Krise wirkungsvoll zu bekämpfen. Die EU-Profiture haben in der EZB natürlich die Nettozahler überstimmt, das ist ganz klar, und gleichzeitig, und das ist das besonders Perverse an dieser Finanzpolitik und an dieser Geldschwemme, haben wir es seit Jahren schon mit historischen Minizinsen zu tun, die immer weiter schrumpfen. Sie wissen das ja, auf einem Sparbuch hat man ja mittlerweile schon ein Minus bei einem täglich fälligen und auch bei längerfristig gebundenen Sparvarianten ist eigentlich nichts mehr zu holen, machen die Bürger ein Minus und die kleinen Sparer bleiben auf der Strecke. Die kleinen Sparer werden durch diese unsoziale und verantwortungslose Politik bestraft und de facto haben wir es hier mit einer kalten Enteignung zu tun. Aber wichtig ist, dass wir die maroden Staatsanleihen, diese Ramschpapiere in Massen kaufen, mit der Summe von insgesamt 1,1 Billionen Euro, die sich ja kein Mensch tatsächlich vorstellen kann. Die Griechen gehören ja schon längst raus aus dem Euro-Raum, da passiert überhaupt nichts mit den Griechen. Was passiert denn mit den Griechen? Die haben den Euro nach wie vor und unser Bundeskanzler hofiert den linksradikalen neuen Ministerpräsidenten von Griechenland und die Beamten seines Ministeriums machen Selfies noch mit diesem Mann. Ja, das ist sehr, sehr schön, dass sich die Beamten dazu herablassen, so eindeutig Stellung zu beziehen und diesem Mann, der überall in Europa auf größte Skepsis stößt ... – wobei ich die Griechen natürlich verstehen kann, weil die Griechen selbst haben ja von dieser massiven Spar- und Schuldenpolitik nichts, von diesen massiven Zahlungen nach Griechenland, das ist ja beim griechischen Volk nie angekommen. Das griechische Volk kann man nicht verurteilen, da braucht man sich auch nicht zu wundern, dass dann da solche zweifelhaften Figuren an die Macht kommen.

Aber ich wäre neugierig, ob diese Herrschaften, wer immer dann auch Bundeskanzler ist – dass Faymann sich so lange hält, glaube ich nicht, bis an das Jahr 2018 – ob, so wie jetzt der Herr Tsipras hofiert wird vom Bundeskanzler, wie sich dann diese Leute, die an der Regierung sind von Rot und Schwarz verhalten, wenn vielleicht einmal im Jahr 2018 eine französische Präsidentin Marine Le Pen nach Wien kommt auf Staatsbesuch. Ob die dann auch so herzlich und warm empfangen wird, das wage ich zu bezweifeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum spreche ich das mit Griechenland überhaupt an? Das ist das Grundproblem und das Grundübel des nicht Funktionierens dieser Schrottwährung Euro. Der hat ja nie funktioniert. Das ist ja ein Wunschgedanke. Zum Beispiel die USA, die ja von der EU und von ihren Parteien immer so hoch gelobt und als Vorbilder für die ganze Welt genommen werden, die USA würden nie und nimmer eine Währungsunion mit einer schwachen Volkswirtschaft wie z.B. Mexiko eingehen. Nie und nimmer. Die USA sind lieber drauf und dran, mit Unterstützung der EU, uns ein Freihandelsabkommen aufs Auge zu drücken, das massive Schäden für die österreichische Wirtschaft bedeuten wird, das vor allem massive Schäden für die Bürger, Arbeitsplätze, Konsumenten, Sie wissen, die Lebensmittelstandards in Amerika sind ja nicht gerade die tollsten, bedeuten wird und da wird munter weiter verhandelt, trotz massiver Kritik wird nach wie vor weiter verhandelt. Die Regierung ist nicht bereit, ein Veto einzulegen und endlich aus diesen skandalösen Verhandlungen eigentlich, auszusteigen. Das muss auch einmal deutlich gesagt werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen erkennen, dass in der EU vieles nicht so funktioniert, wie wir es uns wünschen würden. Das Friedensprojekt, das uns immer wieder vorgegaukelt wird, gibt es nicht. Stichwort Ukraine *(LTAbg. Ing. Lipp: „Unverständlicher Zwischenruf!“)*, Krise, Frau Kollegin Lipp, wo ja bekannt ist, dass die EU mit Schützenhilfe und auf Druck der Vereinigten Staaten eigentlich die Zünder sind und nicht die Vermittler und wir, als neutraler Staat Österreich, haben uns da überhaupt nicht zu beteiligen. Überhaupt nicht, als neutraler Staat. Einseitig, einseitige Politik zu Gunsten einer Partei – wir als neutraler Staat tragen das mit. Das ist nicht korrekt und das stinkt den Menschen. Und Sie, als angebliche Vertreterin einer angeblichen Wirtschaftspartei, wissen das ja auch, welche katastrophalen Auswirkungen diese verantwortungslosen Sanktionen auf die österreichische Wirtschaft haben, auf die österreichischen Arbeitsplätze. Sie kommen ja aus dem bäuerlichen Umfeld, was ist mit den steirischen Apfelbauern? Nur, um ein Beispiel zu nennen. *(LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Ich hoffe, du kommst auf die Hypo auch noch!“)*

Nur um ein Beispiel zu nennen, (*LTA*bg. Dipl.-Ing. Wöhry: „*Hast du gehört?*“) sehr geehrte Kollegen von der ehemaligen Wirtschaftspartei ÖVP. Also, um das jetzt zu einem Abschluss zu bringen und es war mir wirklich wichtig, hier einmal wieder einen Kontrapunkt einzubringen. (*LTA*bg. Dipl.-Ing. Wöhry: „*Freiheitliche Finanzpolitik, bravo!*“) Sehr geehrter Herr Kollege Wöhry, wir müssen weg von dieser Sanktionspolitik, die schadet Österreich, wir müssen weg vom EU-Zentralstaat wieder hin zu einem Europa der Vaterländer, sehr geehrte Kollegen, weg vom Brüsseler-Diktat und zurück zur nationalen Souveränität. (*Beifall bei der FPÖ – 12.39 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Präsident Majcen.

Präsident LTAbg. **Majcen** (*12.39 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich wollte ich zum Vierteljahresbericht etwas sagen, und das wollte der Kollege Amesbauer auch, er hat diesen Vierteljahresbericht deswegen gleich im Vorfeld als ein Schauspiel und eine undifferenzierte Lobhudelei bezeichnet. Das bedauere ich. Ich bedauere das deswegen, weil, ganz offen gesagt, und das wurde mehrmals hier schon betont, der Vierteljahresbericht ein Bericht über Vorkommnisse in der Vergangenheit ist und dort wird nicht lobgehudelt, sondern dort werden Tatsachen festgestellt, nämlich, Vertragsverletzungsverfahren, Vorgänge, Besuche aus österreichischer Sicht werden dargestellt und die sind nicht immer positiv und die sind nicht immer so, dass man sich darüber freuen kann, was darin steht. Das ist ein objektiver Bericht, der, wie gesagt, ein Bericht ist und keine Vorausschau und kein politisch kommentiertes Papier, sondern eine Aufzeichnung der Vorgänge in dem eben jetzt dritten Vierteljahr des Vorjahres. Wenn aber dann der Kollege Amesbauer so die Worte verwendet und das passt ja eigentlich sehr gut zur Gesamtstrategie seiner Freunde in ganz Österreich, nämlich nackte Wahrheit, ungeschminkt – Hilflosigkeit, Rekordarbeitslosigkeit, Asylchaos, Schrottwährung, Geldschwemme, und so weiter –, dann kann man zu jedem Einzelnen dieser Begriffe natürlich Stellung nehmen und eine differenzierte Sicht einbringen und das wäre etwas, was man allgemein von den Menschen verlangen kann, die Dinge zu beurteilen. Ich sage persönlich, und das ist, glaube ich, auch die Meinung meiner Fraktion, wir wären nicht dort, wo wir sind, wenn es die EU nicht gäbe. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Wir wären, wenn wir dem folgen, was hier immer vorgeschlagen wird (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das habe ich nicht gesagt!“*), wir alleine, wir Österreicher, sieben Millionen Einwohner, die Rächer der ganzen freien Welt, wir wären ganz woanders. Und wenn heute jemand ein bisschen herumschaut auf der Welt und schaut, wie z.B. jetzt die Schweiz, die uns immer so als Beispiel vorgesagt wurde, dass die Schweiz sich auf einem Weg befindet, der jetzt deutlich zeigt, wie schwer es ist in der Isolation zu bleiben. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Die Schweiz ist ja nicht isoliert! Was ist mit Norwegen?“*) Weißt du, was Norwegen für einen anderen Vorteil hat? Darf ich das sagen? Und deswegen bitte ich um differenzierte Behandlung des Themas. Norwegen hat Öl in einem Ausmaß, wovon wir nur träumen können. Sie wissen, dass Norwegen mehr als 450 Milliarden weltweit angelegt hat, weil sie das Öl, das sie verkaufen, sozusagen nicht sofort in den Konsum schütten, sondern Reserven anlegen. Wir haben dieses Öl nicht. Wir müssen uns einmal klar werden darüber, dass wir ein rohstoffarmes Land sind, dass wir ein kleines Land sind und dass wir nur einige besondere Vorteile haben. Wir haben fleißige Leute, gescheite Leute, wir haben Intelligenz und deswegen ist immer wieder der Punkt, dass Ausbildung, Bildung so wichtig ist, weil das unsere Ressourcen sind - der menschliche Geist, die Weiter- und Fortbildung und die Expertise. Wir haben als Österreich viele Chancen und ich sage es noch einmal, Sie können deswegen oder du kannst deswegen da so reden, weil es niemals den Vergleich geben wird. Es gibt keinen Vergleich „was wäre gewesen, wenn wir nicht dort wären“. Das ist das Erste. Das Zweite ist, dass ich immer wieder darauf hinweisen möchte, und ich habe das jetzt erst vorige Woche sehr eindrucksvoll gehört von jemandem, der auch einen Überblick hat, nämlich in vielfacher Hinsicht, wir sind in Europa derzeit nicht einmal 8 % der Weltbevölkerung. Nicht einmal acht Prozent, Europa. Da kannst du dir jetzt ausrechnen, wie viel Österreich ist, 0,7 % der Weltbevölkerung ungefähr. Wir sind mit diesem Europa Produzent von 25 % der Weltwirtschaftsleistung. Acht Prozent, knapp 8 % produzieren 25 % der Weltwirtschaftsleistung und was jetzt dazu gesagt werden muss, diese 8 %, die 25 % der Weltwirtschaftsleistung erarbeiten, erarbeiten damit knapp 50 % der Weltsozialtransfers, also alles, was es an Sozialtransfers auf der Welt gibt, wird von diesem kleinen Europa erarbeitet. Und das wird in Zukunft leider schwieriger werden, denn wir werden in der Weltbevölkerung bis 2040 ungefähr auf fünf Prozent absinken, wir werden in unserer Weltwirtschaftsleistung, weil die anderen Länder – China, Indien, Südamerika und natürlich Amerika oder die USA – stärker werden, werden wir absinken von den 25 % auf unter 20 % und das wird eher unser Problem

sein.

Und wenn wir dort uns noch auseinanderdividieren lassen in Europa, in einen Rückfall, in die totale Nationalstaatlichkeit, dann können wir uns heute schon ausrechnen, wo wir hinkommen. Da können wir schönreden, was wir alles nicht brauchen, was alles furchtbar ist und so weiter. Deswegen, mein eindringlicher, immer wieder Appell, der natürlich, ich weiß es, fruchtlos sein wird, weil das ja eine politische Strategie ist, die hier verfolgt wird, es wird darauf hingearbeitet, dass diejenigen Menschen, die sich nicht mit der Materie beschäftigen, das sind viele, dass sie die Vorteile alle sofort immer in Kauf nehmen, Roaming-Gebühren, super; Anerkennung von Ausbildungen, super; Reisefreiheit, super – alles super. Arbeitsplätze, super; Studenten im Ausland, super – alles super. Das wird sofort konsumiert, aber das, was damit verbunden ist als Gegenleistung und als solidarische Leistung, das wird auf die Seite geschoben und das wird verteufelt und wenn dann noch dazu Kriege passieren, es gibt derzeit 49 kriegerische Konflikte auf der Welt und wir in Europa haben im Moment jetzt einen einzigen, das ist die Ukraine, und der ist nicht von der Europäischen Union herbeigeführt worden, sondern er hat eine andere Ursache, wie alle wissen. Wenn wir hier nicht aufpassen, dann kommen wir dorthin, wo wir niemals hin wollten, dass wir diese unselige Zeit der nationalstaatlichen Auseinandersetzungen wieder erleben werden. Und deswegen sage ich immer, so viel können wir netto gar nicht bezahlen für die EU, wie uns der Friede wert sein muss. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und von einer Europäischen Union zu verlangen, von einem gemeinsamen Europa, dass für jede auftauchende Problematik sofort morgen eine Lösung ist, die alle in großartiger Weise zufriedenstellt, die niemandem etwas abverlangt, das ist unrealistisch und das ist eigentlich zurückzuweisen. Man muss die Bemühungen um den Frieden Europas in Hinblick mit der Ukraine, die jetzt unternommen werden, das muss man unterstützen, so gut es geht, weil jede verbale Lösung eines Problems ist 100 Mal besser als dann eine kämpferische, kriegerische Auseinandersetzung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Meine Damen und Herren, und das ist die Bitte, das ist die ganz große Bitte, Freedom is not free, ohne etwas für etwas zu tun, kann man nicht alles haben. Wir werden uns beteiligen müssen und wir werden da oder dort auch in der Aufnahme von Asylanten Opfer bringen müssen, weil uns ist auch geholfen worden nach dem Krieg. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Deswegen freue ich mich so sehr und deswegen sage ich das, Herr Kollege Amesbauer, auch ganz deutlich, wir haben gestern oder vorgestern eine Pressekonferenz mit der Landesschülervertretung gehabt. Die Landesschülervertretung hat eine Umfrage unter 2.200 Schülern der Höheren Schulen zu EU, zur Zufriedenheit, zur Unzufriedenheit und so weiter gemacht.

Und du wirst das jetzt natürlich als undifferenzierte Lobhudelei bezeichnen, es war eine einfache Umfrage, wo 2.200 Schüler zwischen 15 und 18 Jahren, mittlere Schulen, mittlere AHS und BHS und BMHS, und was es da gibt, also 2.200 wurden befragt und von denen haben 78 % aller Befragten die EU positiv beurteilt, mit sehr wichtig oder wichtig, und positiv gegenüber stehend oder eher positiv gegenüber stehend. Das freut mich und das gibt uns wieder eine gewisse Hoffnung, dass die Vergiftung, die ständig erfolgt, indem man alle Dinge negativ darstellt (*LTabg. Amesbauer, BA: „Ich finde es nicht glaubwürdig!“*), und das ist, weil du sagst, positiv zu dem Bericht, wenn man alles immer negativ darstellt und wenn man sich nur in den Sessel zurücklehnt und schaut, wie schwer alles ist und sagt: „Es ist alles furchtbar, wir werden untergehen“, dann tun wir unserem Österreich keinen Gefallen. Wir müssen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) uns in diesem Zusammenhang noch viel mehr für die Sache einsetzen und noch viel mehr Aufklärungsarbeit betreiben, und, wie so oft gesagt wird, die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Ja, meine Rede!“*) Wir müssen sie ihnen ja sagen, aber nicht ständig auf Basis von Verhetzung oder von Negativdarstellung, und wenn sich manche Medien dann auch noch breit dieser Sache widmen und nichts anderes tun, als diese EU mit Kleinigkeiten ständig zu kritisieren und die positiven Dinge auf die Seite zu schieben, dann werden wir nicht weiterkommen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) wir sind Europa. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.50 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTabg. Dr. Murgg (12.51 Uhr): Landesrat Buchmann lacht schon, er lächelt. Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde jetzt nicht lang und breit ein Grundsatzreferat über die Vor- und Nachteile der EU halten, mir würde auch vieles dazu einfallen. Es hat mich eigentlich der Kollege Amesbauer zu dieser Wortmeldung animiert und zwar nicht deswegen, weil ich mich auch mit dem auseinandersetzen möchte, sondern weil ich eine grundsätzliche Kritik an der Vorgehensweise der FPÖ im Besonderen und der steirischen FPÖ im Allgemeinen anbringen möchte, und da hat mich ein intelligenter Freiheitlicher, es gibt ja auch solche, in einer der letzten Wochen animiert oder Ex-Freiheitlicher, ich weiß ja gar nicht, ob er noch bei der FPÖ ist, es war ein interessanter Artikel vom Andreas Mölzer, ein Kommentar in der Presse, ich sage deswegen Ex-Freiheitlicher, weil er redet da, so wie er von der Haider-FPÖ redet, redet er dort von der

Strache-FPÖ. Wenn man den Artikel liest, könnte man glauben, er ist nicht mehr dabei bei der FPÖ. Er sagt nämlich Folgendes: „Eigentlich ist die FPÖ immer die Partei für Europa gewesen“, das wissen wir ohnehin alle schon, wie das noch ... - (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das hat mit der EU nichts zu tun!“*) passen Sie auf und hören Sie zu. Sie haben gesagt, die Frau Kollegin Kaufmann soll zuhören und ich sage jetzt, hören Sie bei mir zu. Es dauert nur drei oder vier Minuten. Die FPÖ war sozusagen die Partei Europas, wie Kreisky noch sehr kritisch war, EWG etc., hat die FPÖ immer gesagt: „Nein, wir müssen in dieses Vereinte Europa hinein, auch zur NATO.“ Im Übrigen damals, da waren Sie sehr Pro-NATO eingestellt, in der Zwischenzeit hat sich das geändert und Sie bedienen sehr geschickt, sei Ihnen unbenommen, dieses, das ist damals auch bei der EU-Volksabstimmung gegen die EU gestimmt haben. Aber was Sie nicht tun, und das wirft er Ihnen, ich muss sagen, da bin ich eigentlich in diesem Punkt sehr d'accord mit ihm, vor, und er sagt auch, nicht nur Sie, sondern auch die Le Pen's und die Lega-Nord, und wie sie alle heißen, mit denen Sie sich also treffen, Sie haben in Wahrheit kein Konzept, was Sie in Wirklichkeit anstelle der EU setzen wollen. Sie haben nicht einmal ein Konzept, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Sie wollen den Kommunismus!“*), nein, Sie haben nicht einmal Konzept, was Sie anstelle des Euro setzen wollen. Das Einzige, was Sie da ein bisschen so ins Feuer werfen, ist der Nord- und Süd-Euro. Das ist natürlich genau so unausgegoren, wie der ganze Euro unausgegoren ist. Sie haben viel Richtiges gesagt heute, aber es ist eben hineingeworfen in eine Negativstimmung, da bin ich nicht beim Kollegen Majcen, wo ich sage, die es Gott sei Dank gibt, weil die einfachen Menschen draufkommen, was die EU für sie bedeutet und im Wesentlichen nichts Gutes, aber, Sie haben zum Unterschied von uns, ich komme dann auch dazu, keine Alternative. Sie sagen nichts. Sie haben zwei Schlagworte: Nord- und Südeuro und Europa der Vaterländer. Ja, was heißt denn das? Wollen Sie jetzt raus aus der EU? Wie macht man das, wollen Sie eine andere EU? Wenn Sie eine andere EU wollen, dann müssen Sie die Grundlagenverträge der EU ändern, da wissen Sie genau so gut wie ich, dass da in allen EU-Staaten, manchmal sogar eine Volksabstimmung, aber zumindest brauchen sie überall eine Zweidrittel-Mehrheit der Parlamente, das ist alles vollkommen illusorisch. Ich würde mir (*LTabg. Amesbauer, BA: „Herr Kollege, Sie wollen den Kommunismus!“*), hier von Ihnen wirklich einmal wünschen, jetzt seid ihr nie am Podium, aber in der Aula, oder irgendwo anders, dass Sie einmal eine Theorie entwickeln, wie die FPÖ sich eigentlich ein Europa oder ein Österreich jenseits der EU vorstellen.

Wir haben sie, weil der Präsident Majcen sagt schon, jetzt weise ich auch ab, deswegen entwickle ich es nicht, aber in zwei, drei Sätzen sage ich es: Wir sagen, irgendwo beim schwächsten Kettenglied, vielleicht ist es jetzt in Griechenland, muss man das „Werkel“ aufsprengen und versuchen als gutes Beispiel voranzugehen und diese Sache dekonstruieren und mit neuen, progressiven Nationalstaaten ein neues Europa, das nicht von Konzernen und von Banken diktiert wird (*LTabg. Schönleitner: „Das ist aber auch kein Konzept!“*), wieder konstruieren. Das ist mühsam und langwierig und ich führe das jetzt hier nicht lange aus, aber das ist ungefähr, können Sie in unserem Landesprogramm nachlesen, da ist es lange ausgeführt, das ist unsere Strategie – und Sie haben keine Strategie. Und ich sage es noch einmal, und das werfe ich euch und Ihnen im Besonderen vor, Sie stellen sich da einfach her, plaudern irgendetwas ins Blaue hinaus, wie schlecht alles in der EU ist. In vielem haben Sie Recht, stimmt, aber Sie haben keine Alternative. Das möchte ich Ihnen heute gesagt haben. Sie sollten sich da einmal herstellen oder nicht hier, auch in Ihren theoretischen Publikationen, und einmal sagen, wie so ein Europa der Vaterländer aussieht, wie man das erreicht, was man da machen müsste und welche Schritte man in die Wege leiten müsste. Was wir mit dem Euro machen etc., mit Tsipras, sage ich einmal, das könnte so ein erstes schwächstes Kettenglied sein, wobei ich da auch meine Befürchtungen habe, weil die Partei SYRIZA ja selber, zumindest die Mehrheit dieser Partei, sich die Kugel am Fuß des sozialen Fortschrittes schon selbst angelegt hat, indem man, glaube ich, vor, gleich nachdem er Regierungschef geworden ist, z.B. gesagt hat, die Mitgliedschaft Griechenlands in der Eurozone ist unumkehrbar. Da wird es keinen Fortschritt geben. Da gibt es andere in der SYRIZA-Partei, die das anders sehen. Ich sage, ich habe da eine gewisse Hoffnung, dass etwas in Bewegung kommen könnte. Aber von Ihnen höre ich nur Phrasen und keine Strategie dahinter. (*Beifall bei der KPÖ – 12.57 Uhr*) (*LTabg. Amesbauer, BA: „Da klatschen nicht einmal die Grünen!“*)

Präsident Breithuber: Abschließende Wortmeldung, Landesrat Christian Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann (*12.57 Uhr*): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss mich gegen die Aussagen vom Herrn Klubobmann Amesbauer verwehren, dass der Europabericht, eine Lobhudelei sei. Das ist er nicht, und das ist auch nicht die Aufgabe der Europaabteilung, hier irgendwelche Berichte abzugeben, die in die eine oder andere Richtung eine „Hudelei“ geben würden, sondern die Aufgabe ist es, ähnlich wie der Beipacktext eines Medikamentes, über erwünschte und unerwünschte Wirkungen, in dem Fall der europäischen Integration und der Kohäsionspolitik transparent zu informieren, und ich glaube, dass dieser Bericht, wenn man ihn ernsthaft ansieht, auf der einen Seite Einblick gibt, was Akteure des Landes Steiermark auf europäischer Ebene tun, auf der anderen Seite einen Vorstandsbericht über die Integration in Europa und die Kohäsionspolitik gibt, und auf der anderen Seite dann auch Vertragsverletzungsverfahren entsprechend anspricht, und auf nationaler Ebene notwendige Maßnahmen vorantreibt. Und ich bitte Sie schon sehr, Herr Klubobmann Amesbauer, das nicht so abschätzig zu behandeln, weil das ist immerhin ein Auftrag des Hohen Hauses an die Europaabteilung, wir machen das ja nicht, damit wir hier einen Tagesordnungspunkt füllen, sondern wir tun das, um einen Auftrag auch der Landesverfassung zu erfüllen und das macht meine Europaabteilung mit großer Akribie und Ernsthaftigkeit und wenn Sie die Berichterstattung in anderer Art und Weise wünschen, dann bitte ich, uns das zu sagen. Wir sind gerne bereit, das zu liefern, wie auch unsere Verantwortlichen in der Steiermark Repräsentanz, die Informationen, die uns zugänglich werden, entsprechend Ihnen allen zur Verfügung stellen. Nachdem so eine Landtagssitzung ja auch für alle einen Erkenntnisgewinn bringen soll, die daran teilnehmen – weil der Herr Klubobmann Amesbauer ja offenkundig den Umgang mit Nullen ganz besonders schätzt und das hier auch abgehandelt hat, ist schon richtig, dass eine Milliarde 10^9 , sprich neun Nullen hat, Sie haben allerdings die Europäische Zentralbank angesprochen und die 1.100 Milliarden, die hier entsprechend auf die Märkte kommen sollen, bekanntermaßen sind 1.100 Milliarden mit 11 Nullen ausgestattet, Herr Klubobmann Amesbauer, also wenn Sie schon andere Abgeordnete hier und alle Anwesenden belehren, dass Sie mit Nullen nicht umgehen können, sollten Sie, (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „1,14!“) ja, ja, 1,1 Billionen sind nämlich 1.100 Milliarden und 1.100 Milliarden haben eben 11 Nullen. Ich wollte Ihnen das nur sagen, um den Erkenntnisgewinn auch zu steigern. Das ist nichts, worüber man sich zu streiten braucht, es ist mathematisch nachgewiesen; und damit der Erkenntnisgewinn noch steigt, darf ich Ihnen sagen, dass in der höheren Mathematik 0^0 eins ergibt, also so gesehen haben wir heute einen schönen gemeinsamen Erkenntnisgewinn aus dieser Landtagssitzung heraus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte trotzdem auch noch einmal darauf hinweisen, auch wenn Sie es immer anders darstellen, Herr Klubobmann Amesbauer, in der Steiermark sind seit dem EU-Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahresschnitt über 2.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Nachdem wir über 20 Jahre Mitglied dieser Europäischen Union sind, sind rund 50.000 Arbeitsplätze in der Steiermark hinzugekommen, gegenüber dem damaligen Beschäftigungsstand sogar 70.000. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sagen uns, dass davon in etwa zwei Drittel unmittelbar durch den EU-Beitritt zustande gekommen sind und das soll man nicht gering schätzen. Da sind viele Vollerwerbsarbeitsplätze dabei, da sind zugegebenermaßen auch Nebenerwerbsarbeitsplätze oder Teilzeitarbeitsplätze dabei, aber es sind Arbeitsplätze, wo Menschen daraus ein Einkommen lukrieren und damit die Lebensqualität bei uns steigt und die Wohlstandsmehrung ist meiner Meinung nach schon auch ein Auftrag aus dem Beitritt aus der Europäischen Union heraus und das hat der Steiermark auch positive Effekte gebracht. Ein Teil dieser Effekte ist eben auch dadurch zustande gekommen, Österreich ist Nettozahler, wir sind noch eine wohlhabende Republik, aber ein Teil dieser Wohlstandsmehrung ist auch dadurch entstanden, dass wir europäische Fonds gut einwerben konnten für unser Bundesland und über diese 20 Jahre über 2,5 Milliarden Euro aus den europäischen Töpfen zurück bekommen haben. Und das soll man auch nicht gering schätzen, weil da sind viele gute Projekte dabei; da sind viele gute Projekte, die Arbeitsplätze gebracht haben; da sind viele gute Projekte dabei, die Regionen entsprechend einen Mehrwert geschaffen haben – über das könnte man sich auch einmal positiv äußern und sich gemeinsam darüber freuen. Ich möchte mich beim Präsidenten Majcen ganz persönlich auch dafür bedanken, dass er nicht nur hier im Landtag eine sehr differenzierte Stellungnahme abgegeben hat, sondern das permanent auch auf europäischer Ebene tut und ich glaube, dass es wichtig ist und Sie kennen mein Credo und ich ermuntere Sie und lade Sie alle ein, das auch beständig zu tun, sich auch in die inneren Angelegenheiten Europas entsprechend einzubringen. Das ist notwendig, dass wir als eine von 274 Regionen in Europa unsere Meinung sagen, auch in der Vielfältigkeit, wie wir hier den Landtag vorfinden und die Landesregierung vorbringen, aber wir sind eine Region, die etwas zu bieten hat. Wir sind bei Forschung und Entwicklung vorne dabei, wir sind bei Innovation vorne dabei, und wir haben auch gesellschaftlich einiges an sehr gut entwickelten Strukturen einzubringen in dieses Europa, auf das wir auch stolz sein können und wir sollten auch diese Seite der europäischen Medaille entsprechend transparent machen und den Menschen im Lande sagen, und nicht nur alles in negativer Weise auf dieses gemeinsame

Europa abschieben. Weil Präsident Majcen sehr richtig auf Norwegen auch gekontert hat, und Herr Amesbauer, Sie haben gesagt, die Norweger machen das viel besser. Präsident Majcen hat gesagt, warum die Norweger über einen gewissen Treibstoff verfügen. Über 770 Milliarden Euro sind es mittlerweile, die die Norweger in nationalen Fonds weltweit investieren, in über 8.000 Unternehmungen. Nur wir können uns freuen, dass eines dieser Unternehmungen der 8.000 eines aus unserem Zentralraum Graz ist. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Das wird nicht der einzige Grund sein, warum Norwegen nicht bei der EU ist!“) Nein, aber wir könnten uns einmal gemeinsam darüber freuen, wenn Sie gestatten, dass ich ausrede, dass das ein Unternehmen ist, das gerade einen 250-Millionen-Auftrag wieder in die Steiermark gebracht hat und das sehr, sehr erfolgreich auch international agiert, nämlich die Andritz AG, und so gesehen kommt wenigstens ein Teil dieses Geldes auch wieder in unser Bundesland retour, sichert hier Arbeitsplätze und schafft vielleicht auch neue und man könnte immer auch etwas differenzierter argumentieren, wenn es um das gemeinsame Europa geht. In diesem Sinn bitte ich Sie diesen Europabericht so zu nehmen, wie er ist, als eine aktuelle Information über Gang und Lage der europäischen Integration und nicht mehr, aber auch nicht weniger. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.05 Uhr*)

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der KPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen zu TOP 7, Einl.Zahl 3246/3, betreffend „Das Recht der Bevölkerung auf Umweltinformationen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

8. Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 3215/1, betreffend „Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013, Internationales“.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTabg. Dr. Murgg (13.06 Uhr): Herr Präsident!

Ich darf berichten, 3215/1, Bericht des Rechnungshofes, die Reihe Steiermark 2014/8 „Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013, Internationales“.

Der Ausschuss Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 13.01.2015 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend „Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013 und Internationales“ wird zur Kenntnis genommen. (13.06 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 8 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 3212/1, betreffend „Bericht gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz – Einkommensbericht 2014 - Berichtsjahre 2012/2013“.

Berichtersteller ist Herr Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger.

LTabg. Dipl.-Ing. Hadwiger (13.07 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle. Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 13.01.2015 und 03.02.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes gem. Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, Einkommensbericht 2014, Berichtsjahre 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen. Danke.
(13.07 Uhr)

Präsident Breithuber: Dankeschön. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 9 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir kommen daher zur Dringlichen Anfrage.

Am Dienstag, den 03. Februar 2015 wurde um 13.21 Uhr von den Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann betreffend „365 Euro-Jahresticket für die gesamte Steiermark“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Schönleitner (13.09 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich glaube, man muss immer etwas vorwegstellen in der Verkehrspolitik, das darf man nie vergessen. Das ist auch uns Grünen wichtig. Es ist natürlich völlig was Normales und was Lebensnahes, dass jeder Mensch ein Mobilitätsbedürfnis hat, dass jedem Mobilität wichtig ist und dass natürlich Mobilität auch Freiheit für die Bevölkerung, für die Menschen bedeutet. Ich sage das ganz bewusst, weil ja hin und wieder uns unterstellt wird, wir würden generell gegen Mobilität sein. Das ist völlig der falsche Ansatz. Uns ist wichtig, dass den Menschen jene Mobilität, Herr Landesrat, zur Verfügung steht, die sie brauchen, um ihren täglichen Alltag zu bewältigen, die so aussieht auch von der Preisgestaltung und von der Qualität, dass ein Arbeitsalltag, dass ein Schulalltag, dass das, was die Menschen in der Steiermark brauchen, bewältigt werden kann. Und wir haben uns heute noch einmal das 365-Euro-Ticket

als Thema für diese Dringliche genommen, weil es für uns einfach eines der wichtigsten Dinge ist, die die Steiermark in Zukunft aus unserer Sicht auf die Reihe bringen muss. Es ist ja so, dass es in Graz, und das muss man sehr loben, seit kurzer Zeit ein 228-Euro-Jahresticket gibt, aber die Problemstellung, Herr Landesrat, das wissen wahrscheinlich Sie genauso wie wir, die viele Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern haben, dass das große Problem das ist, dass dieses Ticket an der Stadtgrenze zu Graz endet. Wir haben de facto keine Möglichkeit, im Zentralraum Graz, in diesem Raum, wo sehr viele Menschen leben und sehr viele Menschen auf öffentlichen Verkehr angewiesen sind, dass es dieses Ticket über die Stadtgrenze hinaus gibt. Und es ist auch nicht möglich für jene, die nicht Grazerinnen und Grazer sind, sich ein solches Ticket für Graz zu kaufen, denn es ist mit dem Wohnsitz verbunden. Und wenn man sich diese Dinge anschaut, und diesen konkreten Stand der Diskussion jetzt, dann ist es, glaube ich, das Normalste, und das würde ich mir von Ihnen als Verkehrslandesrat in der Steiermark wünschen, das Normalste der Welt, oder das Selbstverständlichste, dass Sie hergehen als Verkehrslandesrat und sagen: „Was können wir denn tun, um dieses Problem in den Griff zu bekommen?“ Und es ist in der Steiermark seit Jahren, ja seit Jahrzehnten, möchte ich sagen, immer wieder das Thema, wie könnten wir denn im öffentlichen Verkehr Attraktivität schaffen? Es ist aus unserer Sicht völlig richtig, das ist nicht bestritten, dass natürlich die Qualität der Hauptpunkt ist, warum öffentlicher Verkehr angenommen wird. Das heißt, die Taktdichte, d.h. die zeitgemäße Ausstattung der Infrastruktur, der Garnituren, die auf den Schienen, oder die Busse, die unterwegs sind, das ist das eine. Aber das andere ist auch, und da ist die Steiermark wirklich säumig, Herr Landesrat, die Gestaltung der Tarife im öffentlichen Verkehr. Sie wissen, dass zwei Bundesländer, nämlich Wien und Vorarlberg, schon seit geraumer Zeit ein 365-Euro-Ticket, sprich ein wirklich kostengünstiges, überschaubares, unkompliziertes Tarifsysteem implementiert haben und die Erfahrungen in diesen Bundesländern natürlich wirklich sehr, sehr gut sind und darum ist es aus meiner Sicht völlig unverständlich, warum Sie hier eigentlich in Ihrer Verkehrspolitik dauernd abblocken. Wenn ich jetzt zurückschaue, diese vier Jahre der FPÖ-Verkehrs- und Umweltpolitik in der Steiermark, ein bisschen mehr sind es schon, dann war am Anfang vielleicht einiges an Ankündigungen da, man hat vielleicht einmal geglaubt, da könnte sich etwas ändern, aber wir sehen heute, wenn wir hinschauen, wie die Verkehrspolitik in der Steiermark ist, Herr Landesrat, Sie haben letztendlich den Stillstand, wie Sie ihn übernommen haben, in dieser Form fortgeführt.

Sie haben kein neues steirisches Gesamtverkehrskonzept vorgelegt, Sie haben von der Kollegin Edlinger-Ploder, man muss sie auch einmal lobend erwähnen, die hat seinerzeit einiges weitergebracht, das sei auch erwähnt, hier noch einmal: Das haben Sie übernommen, das ist vor Ihnen gelegen, und jetzt haben Sie vier Jahre eigentlich nichts getan, und haben den Ist-Zustand fortgeschrieben. Ihre Verkehrspolitik, wenn ich mir die anschau, hat eigentlich immer gelaute: „Geht nicht, können wir nicht machen“, eigentlich nichts, wo man einmal wirklich das Gefühl gehabt hätte, es geht etwas nach vorne. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Du sprichst aber schon von der Steiermark, oder?“) Ich spreche von der Steiermark, Kollege Amesbauer, denn du als Obersteirer müsstest ja wissen, wie es dort zum Beispiel verkehrsmäßig ausschaut. Es ist ja immer so, man weiß ganz genau, wenn es wieder Landtagswahlen im Land gibt, dann geht immer die SPÖ hin und sagt, wir fordern wieder die S-Bahn in der Obersteiermark. Etwas, was seit wirklich langer Zeit auch der obersteirischen Bevölkerung versprochen wird, aber die Qualität ist nicht vorhanden. Die Stadt Graz, Herr Landesrat, hat mehrmals – nicht nur einmal, Sie wissen es ganz genau – umfangreiche Petitionen begründet an den Landtag gerichtet und an das Land Steiermark, um endlich eine Nahverkehrsabgabe, eine Finanzierung für ein günstigeres Tarifsystem für mehr Qualität im öffentlichen Verkehr umzusetzen. Sie haben schlichtweg überhaupt nichts getan. Es ist bei der LKW-Maut, was auch ein wichtiges Thema für Verkehrsfinanzierung wäre, wo die Länder auch Bundesstraßen in den Fokus nehmen sollen, da sind Sie auch in einer Arbeitsgruppe drinnen, da sagen mir Kollegen aus anderen Bundesländern von Ihnen, ja in Wirklichkeit sind Sie auch dort einer der Bremsen oder einer jener, der eben nicht will, dass die LKW-Maut von den Autobahnen auch in Richtung der Bundesstraßen umgelegt wird. Warum sage ich das alles? Weil es natürlich eine Wahrheit ist, und das sehen auch wir Grünen so, dass öffentliche Verkehrsfinanzierung auch gesetzliche Grundlagen braucht, auch Umsetzung braucht, um auf der anderen Seite Qualität zu schaffen. Aber Sie haben es letztendlich über all die vier Jahre nicht getan. Wenn ich mir anschau, wie das Projektmanagement beim Südgürtelprojekt ausschaut, weil da schauen Sie auf jeden Euro und sagen, da können wir nichts tun tarifmäßig, wenn ich mir das Projektmanagement beim Südgürtel anschau, so sind Sie das Regierungsmitglied in dieser Regierung, was wirklich im Bereich der Kontrolle total versagt hat. Wir haben dort die massivste Kostenüberschreitung, die müssen Sie auf Ihre Kappe nehmen. Es ist nichts passiert. Wir haben immer noch nicht den S-Bahn-Ast Trofaiach, ich kann mich erinnern, wir waren seinerzeit selbst oder gemeinsam bei einer Veranstaltung auch in Trofaiach, wo Sie gesagt haben: „Ja, das wird dann schon gehen und da werden wir was

machen“, es ist nichts geschehen. Auch dort ist nichts geschehen. Und wenn man sich die Verkehrssituation im Zentralraum Graz anschaut, was wirklich an Verkehrsbewegung da ist, dann wäre es doch das Normalste, dass Sie einmal hergehen und sagen: „Jetzt haben wir in Graz eigentlich eine Lösung, die auch lange auf sich warten hat lassen, dass wir hergehen und für die Gesamtsteiermark das 365-Euro-Ticket nach dem Wiener Vorbild und nach dem Vorbild Vorarlbergs umsetzen.“ Die Wiener Linien haben ganz klar belegt, weil es kommt ja immer wieder das Argument, das würde uns dann so viel kosten, wir würden de facto Einnahmenverluste haben. Die Wiener Linien haben ganz klar belegt, (*LTA*bg. *Samt*: „Das ist so, Herr Kollege!“) dass das nicht der Fall ist. Nein, Kollege Amesbauer, (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „Ich habe ja gar nichts gesagt!“) es ist nicht so, vielleicht magst du mir kurz zuhören. Im Mai 2012, das war vor Einführung des Tickets in Wien, des 1-Euro-Tickets pro Tag, 365-Euro-Ticket, sind 375.000 Menschen quasi gewesen, die eine Jahreskarte gehabt haben. Nach der Einführung des 365-Euro-Tickets im Jänner 2013 waren es bereits 500.000 Personen. Die Wiener Linien haben daraufhin bekannt gegeben, und die Zahl muss man sich merken, es war nicht einmal ein Jahr, dass es eigentlich zu einer Steigerung der Einnahmen um 5,7 % gekommen ist. Darum ist dieses Argument (*LTA*bg. *Samt*: „Du weißt aber auch, wie viele Einwohner Graz hat?“) darum ist dieses Argument, Kollege, schau, lieber Hannes Amesbauer, du versuchst (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „Herst“, das ist der Samt!“) du versuchst hier Fragen zu stellen und die einzige Frage, die ich mir stelle und die ich dir jetzt noch einmal beantworte, ist die, man muss der FPÖ die Frage stellen, warum ihr dauernd hergeht und eines tut, ihr sagt dauernd, die Menschen sollen im Verkehrsbereich nicht beschränkt werden. Individualverkehr ist euch heilig, Verbrennungsmotor am „Nachtkastl“, wir kennen das eh alles, das ist eure Politik. Jeder Individualverkehr wird pauschal auch gut geheißt, alles perfekt, das ist das eine. Das verstehe ich als Grüner grundsätzlich auch nicht ganz, aber da kann man ja noch offen sein und kann sagen, das ist vielleicht wirklich nicht das Gescheiteste, dass man jedem alles verbietet oder gleich zur Citymaut geht, oder gleich auch eine riesige Umweltzone ausruft, da muss man schauen, in welcher Form macht man es. Wir Grüne haben da sehr klare Vorstellungen, was wir tun würden bei der Lenkung. Aber was ich überhaupt nicht mehr verstehe, und auf das will ich raus, und das musst du dir ja einmal vor Augen führen, oder Sie, Herr Landesrat, dass ist das, dass die FPÖ auch dann, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu unterstützen, nämlich auf öffentlichen Verkehr umzusteigen, zu wechseln, ein gutes Angebot vorzufinden, ein überschaubares Tarifsystem, die Takte zu verdichten, dann kommt ihr auch noch daher und sagt, ja, das tun wir auch nicht, das wollen

wir auch nicht für die steirische Bevölkerung. Das verstehe ich wirklich nicht. Weil da ist die steirische Bevölkerung dann wirklich so, wie es lange Zeit beim Regress war, wir haben es ja vom Landeshauptmann damals gehört, zuerst hat er immer gesagt: „Alles in Ordnung, alles bestens, wir machen das so.“ Irgendwann ist dann, Kollege Drexler ist mittlerweile gekommen, auch von daher, ist, glaube ich, ein bisschen ein Druck gekommen, hat man gesagt, die Steirerinnen und Steirer, es ist da alles anders, dürfen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein. Und so ist es auch im öffentlichen Verkehr. Ich würde mir einfach wünschen, dass die Steiermark nicht hinten bleibt. Wenn uns Vorarlberg zeigt, wie es geht, wenn wir dort sehen, dass eine wahnsinnige Steigerung bei den Jahreskarten da ist durch dieses Modell, wenn wir es in Wien sehen, dass sogar 5,7 % mehr eingenommen werden, ja dann wäre es ja verständlich, dass (*LTabg. Amesbauer, BA: „Aber Vorarlberg ist kleiner als Liezen!“*) eine politische Partei wie die FPÖ, die zumindest immer vorgibt, für den kleinen Mann da zu sein, für die Bevölkerung, dass man dann auch konkret einmal etwas tut und was hinlegt und sagt, damit wird es für die Bevölkerung besser, Herr Landesrat. Da haben Sie nichts vorgelegt. Das ist ein Faktum. Sie haben in der Verkehrspolitik die letzten vier Jahre fünf Rückwärtsgänge gehabt, aber keinen einzigen Vorwärtsgang. Denken Sie einmal selber nach. Wo haben Sie wirklich etwas vorgelegt, wo die Steiermark innovativ gewesen wäre, wo wir im Vergleich der Bundesländer einen Schritt nach vorne gegangen wären in der Verkehrspolitik. So etwas gibt es nicht. Sie sagen ganz einfach, wir können nichts ändern, wir können auch keine Finanzierungsmaßnahme machen und das ist letztendlich, um wirklich nach vorne zu kommen, ganz, ganz sicher zu wenig. Wenn wir uns die Luftgütewerte in Graz anschauen, da sagen Sie jetzt auch, alles sei bestens und alles sei gut. Es ist beim Feinstaub, wenn man die letzten drei Jahre anschaut, ein bisschen besser geworden, wir wissen aber, dass das klimatologische Ursachen hat. Das ist so. Dass wir im europäischen Vergleich immer noch dramatische Luftgütewerte haben, schauen Sie sich einmal die NOX-Werte in der Stadt Graz an, schauen Sie sich im Süden von Graz an, um hier einen anderen Luftschadstoff zu nennen, dann muss man sagen, wir müssen was tun, Herr Landesrat. Und da würde ich mir wünschen, dass Sie nicht dauernd blockieren, sondern dass wir letztendlich nach vorne gehen. Vorarlberg, binnen kurzer Zeit 8.200 Jahreskarten mehr verkauft, Einnahmen gesteigert durch das Jahresticket. Das ist sehr, sehr wichtig, hier wirklich etwas zu bewegen. Das zweite, was uns schon seit längerer Zeit massiv beschäftigt, ist das Top-Ticket. Es ist so, dass in der Steiermark das Top-Ticket, das jetzt für Schüler und Lehrlinge vorhanden ist, leider nicht für Studierende gilt. Das ist ein großes Anliegen von uns.

Es hat ja eine Petition gegeben, die, glaube ich, allein in der Steiermark an die 17.000 Menschen unterzeichnet haben, das ist ja nicht mehr wenig, die gesagt haben, wir wollen eigentlich, dass dieses Top-Ticket, das vergünstigte Ticket für Jugendliche, auch für Studierende gilt. Auch da haben Sie wieder blockiert und haben nichts gemacht und haben letztendlich nichts nach vorne gebracht. Es hat eine Studie der ÖH gegeben, die ganz klar belegt hat, dass im Bereich dieses Toptickets über 80 % der Menschen dieses nützen würden, kaufen würden, wenn es auch für Studierende gelten würde. Es ist ja etwas Wichtiges, da sieht man einfach eine Gruppe, die Studierenden hier, die ohnehin belastet sind, die teilweise in prekären Beschäftigungsverhältnissen drinnen sind, die auch durch die Wohnraumfinanzierung leiden müssen, Wohnbeihilfe z.B. natürlich auch beeinträchtigt durch die Kürzungsmaßnahmen, dass man hier z.B. sagt, das Top-Ticket machen wir auch für Studierende. Das wäre aus unserer Sicht etwas Selbstverständliches. Aber vielleicht auch für dich, Kollege Amesbauer, etwas, du sagst ja immer, du machst Politik für junge Menschen und ihr seid für junge Menschen da, beim Top-Ticket habt ihr genau so blockiert, wie in vielen anderen Bereichen. Dass es in der Ostregion Wien, Burgenland, Niederösterreich, nur 60 Euro kostet und bei uns 90 Euro, das kann mir wahrscheinlich auch niemand erklären, auch da sind wir weit hinten hinter den Vorreitern im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Wir haben deswegen diese Dringliche Anfrage eingebracht, weil es uns auch darum geht, endlich einmal etwas weiter zu bringen. Und wenn man heute in der Zeitung liest, das ist ja die Antwort, die sehr oft kommt, das Ganze, und das muss man sich einmal vorstellen, das ist nämlich eines der wichtigsten Dinge, selbst wenn es so sei, wie heute in den Tageszeitungen zu lesen ist, dass uns die Einführung der 365-Euro-Jahreskarte 9 bis 13 Millionen Euro kosten würde, dann ist es schon wirklich absurd, bei dieser Größenordnung zu sagen: „Nein, das machen wir ganz einfach nicht.“ Nur, dass man einen Vergleich hat: Neun bis 13 Millionen, das sind in etwa, glaube ich, 0,2 % des gesamten steirischen Landesbudgets in der Größenordnung, also wirklich eine sehr geringe Summe und wir könnten sehr, sehr viel für die Lebensqualität, für die Umwelt, natürlich auch für die Menschen, die öffentlich unterwegs sind, in Graz erreichen. 0,2 Prozent, wenn das die Aussage der Steiermärkischen Landesregierung ist, wollen wir nicht auf den Tisch legen, denn dann bricht das ganze Land zusammen – finanzierungstechnisch. Also, Herr Landesrat, das ist wirklich ein Armutszeugnis der Steiermärkischen Landesregierung und auch Ihrer Amtsführung als Verkehrslandesrat in der Steiermark. *(Beifall bei den Grünen)*

Wir haben auch noch das Job-Ticket mit reingenommen in die Thematik der öffentlichen Tarife. Job-Ticket, bei der KAGes gibt es das ja mittlerweile, ein gutes Modell. Das wünschen wir uns, dass der gesamte Landesdienst in den Genuss dieser Vorteile kommt. Ich glaube es ist wichtig, dass das Land hier auch Vorreiterrolle hat, dass man unterstützt, dass öffentlich Bedienstete hier mit einer kostengünstigen Karte im öffentlichen Verkehr unterwegs sein können. Ich darf unsere Fragen jetzt an den zuständigen Landesrat einbringen.

Herr Landesrat, wir ersuchen um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden Sie wie Wien und Vorarlberg ein 365 Euro-Jahresticket für das gesamte Bundesland umsetzen?
2. Wie werden Sie in Zukunft den Ausbau des Nahverkehrs in der Steiermark finanzieren?
3. Warum ignorieren Sie die Forderungen der Stadt Graz nach einer Nahverkehrsabgabe?
4. Warum haben Sie seit ihrem Amtsantritt das steirische Gesamtverkehrskonzept in keiner Weise überarbeitet, um es den Anforderungen eines modernen und zeitgemäßen Mobilitätskonzeptes anzupassen?
5. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um für Pendler/innen den gesamten Grazer Zentralraum kostengünstig nutzbar zu machen, ohne die Angebote an der Grazer Stadtgrenze enden zu lassen?
6. Gibt es konkrete Pläne, ein S-Bahn-Konzept für den obersteirischen Zentralraum umzusetzen? Bis wann ist mit einer Realisierung zu rechnen?
7. Im Verkehrsverbund Ost kostet das Top-Ticket 60 Euro - warum kostet es allein in der Steiermark 96 Euro, Herr Landesrat?
8. Wie rechtfertigen Sie, dass es für Studierende trotz oft geringer finanzieller Ressourcen nicht möglich ist das Top-Ticket zu beanspruchen?
9. Werden Sie Aktivitäten für ein Jobticket im gesamten Landesdienst setzen?

Das sind unsere sehr konkreten Fragen. Ich würde mir wirklich wünschen, dass endlich einmal eine Antwort kommt, dass es einen Schritt nach vorne gibt im Bereich der Verkehrspolitik. Dass Sie uns z. B. heute, Herr Landesrat, endlich einmal sagen, wann es denn in der Obersteiermark die S-Bahn wirklich geben wird. Wann ist der Punkt, wo Sie sagen, Sie haben den S-Bahn-Takt im Bereich Kapfenberg, Trofaiach, rauf bis ins Murtal umgesetzt? Es ist letztendlich nichts am Tisch. Murtalbahn – nur ein kleines Beispiel aus Ihrer Ära der Verkehrspolitik gesagt:

Ich habe jetzt wieder gehört, im Jahr 2023 oder so soll es dann irgendwann einmal eine Umstellung geben, Elektrifizierung, Normalspurbetrieb – haben sich die Landesbahnen zumindest gewünscht. Auch da haben Sie wieder gebremst und haben nichts getan, dass wir einen Schritt nach vorne kommen. Die Regionalbahnen, noch kurz angesprochen: Wir wissen genau, 2018/2020 werden die ÖBB die Regionalbahnen von der Salzkammergutbahn bis zur Radkersburgerbahn letztendlich abgeben. Die Steiermark hat nichts getan und nichts vorgesehen, dass wir ein Übernahmekonzept haben, dass wir diese Bahnen absichern können. In Wirklichkeit ist es eine Bilanz, die Sie hier nach vier Jahren in dieser Ressortverantwortung vorlegen, die aus unserer Sicht besorgniserregend ist. Ich würde mir wünschen, dass wir zumindest bei einigen Punkten, die wir heute hier dann auch in einem Entschließungsantrag fordern, so etwas wie ein Signal der FPÖ noch bekommen, da könnte noch etwas gehen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, die Zeit ist kurz und Sie werden in die Geschichte eingehen als der Verkehrslandesrat, der nichts gemacht hat im Vergleich zu Ihrer Vorgängerin. Sie haben nichts verbessert, Sie haben es letztendlich nicht einmal geschafft die Brückensanierungen ausreichend voranzutreiben, wenn man einmal auf die Straßenseite geht oder andere Dinge. Das ist aus meiner Sicht eine sehr, sehr negative Bilanz. Ich ersuche um Beantwortung dieser Fragen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.26 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Dr. Kurzmann*(13.26 Uhr):* Danke, Herr Präsident!

Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt: „Mobilität ist wichtig.“ Ich unterschreibe das vollkommen. Das wird aber das Einzige sein, das uns am heutigen Tag wirklich verbindet. Ich sage dazu, ich wünschte mir, wir hätten die Geldmittel, um den ÖV so auszubauen, wie er in der Schweiz ausgebaut ist. Aber ich kann mich natürlich gerne in die Sendung „Wünsch dir was“ setzen, nur das ist nicht realistisch, dass der Landtag sozusagen diesen Budgetwünschen dann auch folgt. Herr Abgeordneter, ich erinnere daran, von den über 200 Millionen Euro, die wir in der Steiermark Jahr für Jahr in den Verkehr einsetzen, werden über 83 Millionen Euro für den Öffentlichen Verkehr ausgegeben. Das ist ein erklecklicher Anteil, kommt, wie das selbstverständlich ist, den Pendlern und den Schülern zugute. Für die ist das wichtig und für die machen wir das auch.

Jetzt zu Ihren einzelnen Fragen: Zur ersten Frage: Nicht nur aus budgetären Gründen ist derzeit nicht daran gedacht ein Jahresticket um 365 Euro in der Steiermark einzuführen. Natürlich können durch einen attraktiven Preis Neukunden gewonnen werden, vor allem auf längeren Relationen, aber den Großteil werden jedoch die Kunden bilden, die von einer Wochen-, von einer Monats-, aber auch von einer Halbjahreskarte auf die preisgünstige Jahreskarte umsteigen. Wenn man die positiven Einnahmeneffekte durch neue Fahrgäste, also die wirklichen Umsteiger auf den Öffentlichen Verkehr, den Wanderungseffekten anderer Fahrkartengattungen zur Gesamtnetz-Jahreskarte gegenüberstellt und gegenrechnet, ergeben sich bei einem 365 Euro Jahresticket im Verbundtarif Einnahmenverluste, hören Sie bitte genau zu, zwischen 9,6 und 13 Millionen Euro pro Jahr. Das müsste also der Steuerzahler bezahlen. Allein die recht genau berechenbaren Einnahmenverluste bei bestehenden Jahreskarten machen über vier Millionen Euro aus. Nicht berücksichtigt sind zu erwartende Einnahmenverluste in den Haustarifen verschiedener Verkehrsunternehmen, etwa bei den ÖBB oder bei GKB, da hier die Datengrundlagen fehlen. Gemäß Verbundverträgen wären aber auch diese Einnahmenverluste der betreffenden Verkehrsunternehmen durch den Verkehrsverbund abzudecken. Das ist auf Grund der angespannten budgetären Situation derzeit nicht zu finanzieren.

Zu Ihrer zweiten Frage: Mit dem vom Landtag beschlossenen Budgetrahmen stellt es bereits jetzt eine Herausforderung dar, das derzeitige Angebot im Öffentlichen Verkehr aufrecht zu erhalten. Dennoch werden die Investitionsprogramme, sowohl mit der ÖBB wie auch mit den Privatbahnen, der GKB und den Steirischen Landesbahnen weitergeführt. Hierzu zählen vor allem die Verbesserungen in den Bereichen der Infrastruktur, vor allem für den Personenverkehr. Diese Programme sind in der gleichen Höhe auch gegenwärtig und zukünftig wieder budgetiert.

Zu Ihrer dritten Frage: Ich weiß natürlich oft nicht, was ich im Landtag schon gesagt habe, aber die Belastung durch Steuern und Abgaben ist in Österreich derzeit schon sehr hoch. Eine neue, nämlich die Belastung durch eine Nahverkehrsabgabe, würde den Wirtschaftsstandort Steiermark schwächen und ist bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage aus meiner Sicht politisch einfach nicht vertretbar.

Zu Ihrer vierten Frage: Die Ziele, die im Gesamtverkehrskonzept definiert sind, sind noch immer gültig und werden nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten von mir auch schrittweise umgesetzt. Als Beispiel führe ich die Einführung der Express-Busse nach Hartberg und Fürstenfeld sowie des Bus-Stunden- und Halbstunden-Taktes nach Gratwein-Straßengel bzw. Gratkorn an.

Zu Ihrer fünften Frage: Bereits jetzt existiert ein ausreichend attraktives Tarifangebot im Verkehrsverbund Steiermark. Der jetzige Preis für eine Jahreskarte der Zone 101 beträgt 399 Euro. Der ungestützte Tarif, meine Damen und Herren – und ich bin froh, dass ich das öffentlich einmal darstellen kann – würde 672 Euro betragen und ist somit derzeit schon mit 273 Euro gestützt und subventioniert. Weiters weise ich kurz auf die Vorteile des Verbundtarifes anhand der an Ihrer Presseaussendung genannten Verbindungen hin. Am Beispiel der Jahreskarte über zwei Verbundzonen zeigt sich, dass ohne den Verbundtarif die Jahreskarte um 69,82 % teurer wäre. Dem Fahrgast würde anstatt 565 Euro dann das Ganze im Jahr 1.872 Euro kosten. Bei den von Ihnen genannten Verbindungen Graz-Weiz bzw. Graz-Deutschlandsberg, ersparen sich die Fahrgäste ebenfalls rund 61 % durch den Verbundtarif im Vergleich zu den Kraftfahrlinien und Haustarifen der jeweiligen Unternehmen. Die derzeitige budgetäre Situation erlaubt also keine weitere finanzielle Unterstützung der Tarife.

Zur sechsten Frage: Ein Konzept zur Realisierung der S-Bahn in der Obersteiermark wurde bereits erarbeitet. Derzeit findet eine Potenzialprüfung statt. Diese wird das zu erwartende Fahrgastpotenzial, die Kosten sowie den Bedarf an Fahrzeugen und Infrastruktur zeigen. Dann, meine Damen und Herren, werde ich sicher auch diese Zahlen dem Landtag Steiermark offenlegen.

Zur Frage sieben: Das Top-Ticket kostet in Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg 96 Euro. In der Steiermark kostet es derzeit 99 Euro pro Jahr. Eine Tarifssubventionierung auf 60 Euro würde die öffentliche Hand zusätzlich ca. 1,3 Millionen Euro pro Jahr kosten und ist aus Haushaltsgründen derzeit nicht realisierbar.

Zur achten Frage: Im Gegensatz zu Schülern und Lehrlingen gibt es für Studenten seit dem Jahr 1996 keine Freifahrtmöglichkeit mehr. Seit damals sind die Studenten nicht mehr vom Familienlastenausgleichsgesetz erfasst.

Da die Finanzierung des Top-Tickets bundesseitig aus dem Familienlastenausgleichsfonds erfolgt, wäre eine Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes für einen Zugang zum Top-Ticket für Studenten notwendig. Um aber die finanziellen Folgen für die Studenten abzumildern, haben sich der Bund, das Verkehrsministerium, das Land Steiermark, die Stadt Graz und andere Hochschulstädte bereit erklärt die Studienkarte einzuführen. Diese Studienkarte bietet gegenüber der Verbundmonatskarte eine Rabattierung von 38,5 %. Jährlich kostet dieses Tarifangebot den Steuerzahlern rund 1,8 Millionen Euro. Als zusätzliches Angebot gibt es für Studenten mit Hauptwohnsitz Graz noch den Mobilitätsscheck der Stadt Graz. Bei einer Öffnung des derzeitigen Top-Tickets zum Preis von 99 Euro für Studenten unter der Voraussetzung, dass die bereits angeführten Gebietskörperschaften ihre Finanzierung weiterführen würde, dies nach einer ersten groben Abschätzung einen Einnahmenverlust von über 2,9 Millionen Euro pro Jahr bedeuten, der ebenfalls durch das Land dann finanziert werden müsste. Zusätzlich wäre zu erwarten, dass auch bei anderen Fahrkartengattungen im Verbundtarif Einnahmenverluste auftreten werden, die schwer abzuschätzen sind. Auch der Haustarif der Eisenbahnen würde in erheblichem Ausmaß betroffen sein. Auf Grund fehlender Datengrundlagen, nämlich für das Land, lässt sich derzeit darüber keine Abschätzung vornehmen. Aber diese Kosten wären dann ebenfalls durch das Land Steiermark zu bedecken.

Zu Ihrer Frage neun: Das Thema „Jobticket im Landesdienst“ wurde, wie Sie sicherlich wissen, einem Unterausschuss zugewiesen. Seitens des Landes Steiermark wurden bereits Aktivitäten gesetzt. Zwischen der Abteilung 16, der Abteilung 5, der Landespersonalvertretung und der Abteilung 15 wurde vereinbart, dass als nächster Schritt die Abteilung 5 mehrere Beispiele berechnet, um durch eine nachfolgende Befragung der Dienstnehmer praxisnahe Vergleiche liefern zu können. Aus politischer Sicht gilt es aber vorrangig die Ergebnisse des Unterausschusses abzuwarten, in den auch Ihre Fraktion einen Vertreter entsendet.

Meine Damen und Herren, ich habe die Frage, glaube ich, sehr ausführlich behandelt. Wir spielen leider hier nicht Wunschkonzert, sondern es muss sich jeder, der für die Finanzierung zuständig ist, natürlich im Budgetrahmen bewegen und das tun genau die Verkehrsabteilung und der Verkehrsreferent. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 13.36 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich eröffne nun mehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 der GeoLT hin, wonach Regierungsmitglieder, sowie Hauptredner/-innen nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner/-innen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner (13.37 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat!

Ja, es war die Antwort wenig überraschend. Sie haben es schon oft in dieser Form gesagt. Aber wissen Sie, es ist halt unglaublich. Wenn sich z. B. vor etlicher Zeit der Verkehrsverbundchef in Vorarlberg mit dem zuständigen Landeshauptmann Wallner hinsetzt und sagt, dass er voll zufrieden ist, das Ganze läuft gut, die Finanzierung ist überhaupt kein Problem, dann ist es unglaublich, wenn Sie hergehen und sagen: „In der Steiermark geht gar nichts. Alles muss finanzierbar sein. Wir können uns gestalterisch nicht bewegen.“ In Wirklichkeit ist die Botschaft einfach: „Wir wollen nichts tun, wir machen nicht, es soll alles so bleiben wie es ist.“ Ich glaube, das ist zu wenig. Ich glaube, die Frage, wie man den Öffentlichen Verkehr so attraktiv macht, dass Menschen damit fahren, das ist wirklich eine Zukunftsfrage. Die Umweltkosten, die Sie völlig ausgeblendet haben – immer, egal in welchem Umweltbereich –, die sind für Sie letztendlich nicht relevant. Für die Menschen oder für eine Gesellschaft, für die Steiermark ist es natürlich relevant, was an Kosten z. B. durch Individualverkehr verursacht wird. Ich bin der Letzte, der die Menschen dazu zwingt, dass sie ihr Auto stehen lassen und nur mehr zu Fuß gehen und nur mehr Radfahren und per Verordnung. Aber wäre es da nicht wirklich eines der wichtigsten Dinge zu sagen: „Was müssen wir machen, damit letztendlich das Angebot so ist, dass es mehr Menschen nutzen können?“ Dafür haben Sie offenbar überhaupt kein Verständnis. Es ist nämlich auch eine soziale Frage, Herr Landesrat. Früher oder später, jetzt ist momentan der Spritpreis wieder etwas tiefer, aber über kurz oder lang wird es so sein, dass die Menschen von der Entwicklung der fossilen Energieträger massiv beeinträchtigt sein werden. Wenn wir nicht früh genug umsteuern und was anderes machen, ein Angebot anbieten, das die Menschen öffentlichen Verkehr nutzen können, dann haben wir ein doppeltes Problem. Nämlich das Umweltproblem sowieso – wir kennen die Luftgütwerte in Graz und die Problematik – und das zweite Problem ist, dass die Menschen auch letztendlich von ihrem Fahrzeug vom Individualverkehr abhängig sind, der ihnen sehr, sehr teuer kommt.

Das ist eine soziale Falle und das kann man nicht ausblenden. Wenn die Steiermark österreichweit das einzige Bundesland ist, wo überhaupt keine Bewegung in die Diskussion kommt, dann muss man sich schon die Frage stellen: Was ist mit dem Reformland los? Sie haben natürlich recht, das muss ich jetzt auch einmal sagen, es betrifft nicht nur Sie, denn wir haben ja die Sondersituation, dass z. B. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Graz von ÖVP und SPÖ eine klare Nahverkehrsfinanzierung einfordern und die Vertreter von ÖVP und SPÖ auf Landesebene in diese Richtung auch keinen Schritt entgegengehen. Sie haben es ja selbst in den Medien wieder gesagt: „In der Steiermark wird es so etwas nicht geben.“ Weil ÖVP und SPÖ wollen ja auch keine Nahverkehrsfinanzierung – sprich eine Abgabe – machen. Wenn wir uns Wien anschauen, da gibt es das schon lange. Dort ist es die sogenannte „U-Bahn-Steuer“, ist dort eine Dienstgeberabgabe, die über Jahre natürlich dafür sorgt, dass die Wienerinnen und Wiener hohe Qualität im Öffentlichen Verkehr haben.

Wir werden zwar diesen Entschließungsantrag der KPÖ heute nicht unterstützen, weil wir glauben, dass es ein paar andere Komponenten dazu braucht. Wir wollen es von den Verkehrserregern abhängig machen. Herr Dr. Murgg, ich sage Ihnen ganz klar: Wenn wir, das wird Sie wieder eher beruhigen, an die Einkaufszentrenbetreiber- und an die Stellplatzabgabe denken, dieser Faktor sollte in diese Nahverkehrsfinanzierung hineingerechnet zu werden. Aber wichtig wäre, wir werden auch deswegen nicht zustimmen, weil ich glaube, da bin ich ja durchaus verhandlungsbereit, wenn die FPÖ sagt: „Nein, wir hätten gerne die Nahverkehrsfinanzierung in dieser Form“, und die SPÖ sagt: „Wir hätten gerne dieses Detail drinnen“, dann sind wir verhandlungsbereit. Aber das Schlimme ist ja, dass wir über Jahre diskutieren. Wir haben ja auch in den letzten Jahren hier im Landtag an die zuständige Finanzlandesrätin Anfragen gemacht, sagt die Steiermark immer: „Wir können nichts machen, wir können nichts tun“, obwohl andere Bundesländer uns das Gegenteil beweisen. Ja glauben Sie denn, wenn die Wiener Linien sagen, dass sie so eine starke Steigerung an Ganzjahreskartenverkäufen ... – und dass es ein tolles Konzept ist, weil die Stadt dadurch entlastet wird, weil es mehr Freiraum in der Stadt gibt, weil endlich wieder mehr Lebensraum für die Bevölkerung da ist, Herr Landesrat Kurzmann, dann wäre das ja vernünftig. Denn genau Sie könnten dann damit argumentieren „dann brauche ich nicht verbieten, dann brauche ich nicht stark regulieren, dann ist ein Anreiz geschaffen, damit sich etwas bewegt“. Natürlich muss man in Graz mehr tun als die Tarife ändern.

Wir sollten die Straßenbahnlinien verlängern – ist auch nicht geschehen, sind wir auch weit hinten. Wenn man sich die Steinbergstraße jeden Tag anschaut, was da an Verkehr reinrollt, da haben wir einfach die Zeit komplett verschlafen, um geeignet darauf zu reagieren. Wenn ich vom Norden runter fahre und sehr oft auch nicht mit dem Zug fahren kann, weil wenn ich zurückfahre, nicht mehr runter komme ins Gesäuse, in meine Heimatgemeinde, dann fahre ich sehr oft in Judendorf-Straßengel, im Norden der Stadt, an die Bahnhöfe, da man mit der S-Bahn reinfahren kann. Die Menschen wissen es teilweise gar nicht, weil keine Beschilderung da ist, weil es keine Öffentlichkeitsarbeit gibt und weil letztendlich in diesen Bereich nicht hineininvestiert wird. Und da reden Sie herum, ich habe Ihnen wieder zugehört. Da haben Sie gejammert, 1,3 Millionen Euro würde das wieder zusätzlich kosten, wenn wir da etwas zuschießen würden bei den Studierenden. Ja, wie viel Millionen waren denn die Kostenüberschreitungen beim Südgürtel? Da können wir 20 Jahre das Top-Ticket für die Studierenden finanzieren mit den Kostenüberschreitungen – 20 Jahre lang. (*LTA*bg. *Samt*: „Das haben Sie noch immer nicht begriffen!“) So war das, das ist die Realität, Herr Landesrat. Und immer nur zu sagen, dass es nicht geht, dass wir nichts machen können und dann auch noch sagen, wenn es Vorschläge gibt für die Finanzierung: „Nein das schauen wir uns lieber auch gar nicht an, denn dann brauchen wir nichts machen“, das ist aus meiner Sicht wirklich sehr, sehr wenig was Sie da heute wieder auf den Tisch gelegt haben. Es geht darum, und das ist das Wichtigste, die Bevölkerung zu entlasten, Angebot zu schaffen, das auch genutzt wird von der Bevölkerung, das wirklich brauchbar ist und es geht darum, Maßnahmen zu setzen im positiven Sinn, um die Luftqualität herzustellen. Schauen Sie sich einmal an, wie es z. B. im Süden der Stadt ausschaut. Gehen Sie einmal nach Feldkirchen. Ich habe mir das angeschaut. Dort kann man in der Volksschule oder in den Schulen nicht einmal mehr die Fenster öffnen beim Unterrichten durch die Lärmsituation, die NO_x-Werte – besorgniserregend. Das Gleiche gilt für Seiersberg, das Gleiche gilt für Teile von Graz. Da muss ja irgendwann einmal der Punkt kommen, wo man sagt: „Wir steuern um. Das ist uns wichtig, da wollen wir was tun.“ Aber offenbar sagen Sie noch immer: „Alles in Ordnung. Die ganzen EU-Klagen, die haben wir jetzt dank der klimatologisch besseren Bedingungen der letzten Jahre auf die Seite gedrängt, aber in Wirklichkeit ist das Problem ja nicht weg, Herr Landesrat. Was haben Sie uns bei der Schwarzen Sulm Jahre lang erklärt? „Alles bestens, alles in Ordnung.“

Ihre höchsten Beamten haben gesagt: „Da wird überhaupt nichts passieren und alles ist gut.“ Jetzt haben wir „den Scherm“ auf. Auch mit diesen Klagen, mit dem Geld, was uns das wieder kosten würde, könnten wir ganz, ganz viel im Umweltbereich finanzieren. Sie sagen immer: „Alles in Ordnung, alles bestens.“ Einkaufszentren das Gleiche: Die Überschreitungen, diese unzulässigen Erweiterungen andauernd, ja da hätte ich mir erwartet, wenn die FPÖ in Regierungsverantwortung kommt und jahrelang ÖVP und SPÖ dahingewerkt hat, dass diese Blechhütten dastehen, dass Sie einmal die Bremsen ziehen. Nein, was haben Sie getan? Ihr zuständiger höchster Beamter hat noch die Rechtsvertreter der Shopping City Seiersberg empfangen und hat quasi gefragt: „Was ist denn der Wunsch?“ Dann haben sie den Wunsch formuliert und ein paar Wochen später haben wir eine Regierungsvorlage oder einen Abteilungsentwurf am Tisch gehabt, denn Sie verantworten müssen – unter dem Deckmantel der Gemeindestrukturreform –, der die wirklich fragwürdigen Bebauungen der letzten Jahre, die rechtliche sehr, sehr fragwürdig sind, im Nachhinein legalisiert. Ja, was haben Sie denn im Umweltbereich getan? Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Sie haben Ihre Abteilung, Sie haben Ihre Leute überhaupt nicht im Griff. Sie haben das Heft nicht in der Hand. (*LTA* Abg. Samt: „Jetzt reicht's dann bald, Herr Kollege!“) Die Steiermark leidet natürlich darunter und die Bevölkerung, weil sich nichts bewegt. (*Landesrat Dr. Kurzmann*: „Warten Sie, was der Wähler sagt bei den Wahlen!“) Ja, aber, Herr Landesrat, schauen Sie. Das fällt doch auf, es ist doch bei jeder Ausschusssitzung so. Ich bin ja wirklich ein gutmütiger Mensch, ich schaue immer zu, ich stelle Fragen an Sie. Sie drehen sich um und geben die Frage an Ihre Beamtenschaft weiter. In Wirklichkeit ist es Ihnen nicht gelungen irgendeine Linien hineinzubringen, die der Umwelt, die der ökologischen Orientierung der Steiermark etwas gebracht hätte. Das war letztendlich nicht der Fall. Wenn Sie nur sagen: „Tun wir so weiter wie die letzten zehn Jahre“, dann ist das auch eine Antwort, aber dann werden Sie am Ende dort sitzen, wo ÖVP und SPÖ sitzen, nämlich nicht auf der Seite der Bevölkerung.

Ich darf jetzt unseren Entschließungsantrag einbringen.

Ich darf den Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das steirische Gesamtverkehrskonzept zu überarbeiten, um es den Anforderungen eines modernen und zeitgemäßen Mobilitätskonzeptes anzupassen,
2. ein Finanzierungskonzept zum Ausbau des Nahverkehrs in der Steiermark vorzulegen,
3. gemeinsam mit der Stadt Graz eine Nahverkehrsabgabe zu erarbeiten,

4. wie in Wien und in Vorarlberg ein 365 Euro-Jahresticket für das gesamte Bundesland umzusetzen,
5. ein S-Bahnkonzept für den obersteirischen Zentralraum umzusetzen,
6. wie im Verkehrsverbund Ost (Wien, Niederösterreich, Burgenland) das Top-Ticket auf 60 Euro zu senken,
7. das Top-Ticket auch auf Studierende zu erweitern, und
8. für alle Landesbediensteten ein Jobticket zu ermöglichen.

Ich darf zu diesem Entschließungsantrag der Grünen, Herr Präsident, eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 8 beantragen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 13.47 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke, nächste Wortmeldung vom Herrn Abgeordneten Peter Samt.

LTAbg. Samt (13.47 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Gott sei Dank ist die Redezeit begrenzt, lieber Lambert, sonst würde diese Sitzung auf Grund deiner Wortmeldung ja komplett zu einer Faschingssitzung mutieren, weil die Ungeheuerlichkeiten, die teilweise von dir über dieses Pult rollen, sind also fast nicht zu ertragen. Aber ich würde es relativieren. Ich relativiere es mit dem, was ich mir eigentlich für den Schluss aufheben wollte, aber ich muss es gleich machen. Nach deiner Rede ist es mir völlig klar, dass die Grünen in diesem Land nicht mehr als 5,5 % Stimmenanteil haben, weil das nicht anders erklärbar ist, wenn man dir zuhört. Deine Wünsche, deine Forderungen, deine Überlegungen, die hier dargebracht werden, und eure Dringliche an sich ist auf das ausgelegt, dass ihr auch bei der nächsten Landtagswahl nicht mehr zusammenbringen werdet. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber bleiben wir kurz bei Wahlen. Du hast heute wieder sehr pathetisch erklärt wie diese Chaosituation rund um Graz, Großraum Graz, Nordeinfahrt usw. und alles, ich stelle jetzt einmal die Frage: Wer hat denn von 2008 bis 2013 das Verkehrsressort in der Stadt Graz innegehabt? Ich glaube, das war eine Grüne und ich glaube, da ist nichts weitergegangen. Oder kann man das anders interpretieren? *(Beifall bei der FPÖ)* Überhaupt kommt mir das heute vor, obwohl ich, Lambert, dich persönlich ja eigentlich als hellen Kopf einschätze, aber überhaupt ist alles das, was du heute hier vom Stapel gelassen hast, vor allem in Richtung des Landesrates Kurzmann und auch in Richtung seines Ressorts, reine Grüne Realitätsverweigerung.

Weil ich kann nicht hergehen und pausenlos Forderungen stellen, eh wissen, dass es nicht umsetzbar ist, weil eh wissen, dass das Budget nicht da ist, aber du trotzdem dich da herstellst und Vorwürfe an einen Landesregierer abgibst, der im Rahmen seiner Möglichkeiten das Bestmögliche rausholt und das ist eigentlich ganz enorm. Da kommen wir noch ein bisschen später dazu. Das Thema überhaupt, Jobticket jetzt hier zur Dringlichen zu erheben, finde ich auch schon sehr spannend, weil wir ja einen laufenden Unterausschuss haben, der am 4. März, wie du selber weißt, tagt, wo die Kollegin Klubobfrau Jungwirth dabei sein wird, so wie ich das von der Einladung kenne. Also verstehe ich nicht, wie man das jetzt hier zur Dringlichen hochstilisiert, nur um ein Podium zu bekommen oder weil halt zufällig Wahlen sind. Also, das ist ziemlich durchschaubar von euch. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber ihr lasst ja sehr viel über und deswegen stehe ich auch da und kann aus einem tiefen vollgefüllten Topf auf Grund deiner Wortmeldungen greifen. Du verweist mit hoher Effizienz und Nachdruck auf andere Städte wie z. B. Wien. Das finde ich überhaupt ganz gut, denn dort habt ihr ja auch eine Grüne Regierungsbeteiligung, die auch im Verkehr sehr erfolgreich ist. Erstens möchte ich dir bitte ausrichten, Wien ist mit Graz verkehrstechnisch überhaupt nicht vergleichbar, weil erstens, in Wien gibt es täglich wirklich ein Verkehrschaos, egal wo du einsteigst, ob du in ein Öffentliches Verkehrsmittel einsteigt oder versuchst die normale Straße zu benutzen. Tägliches Verkehrschaos in Wien, so schaut es bei uns in Graz nicht aus. In Wien gibt es eine von den Grünen getragene Fußgängerzone, die Mariahilferstraße heißt, die dort kein einziger ansässiger Betrieb haben will. Das habt ihr auf anderen Ebenen erwirkt. *(LTAvg. Schönleitner: „Ein Vorzeigeprojekt!“)* Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, 4,6 Milliarden Euro Schulden hat die Stadt Wien auf Grund nicht zuletzt verfehlter Verkehrskonzepte. Und da wollt ihr herkommen und sagen, dass das ein Beispiel ist. Da gratuliere ich euch gleich dazu. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber wir können ja gleich bei Graz bleiben, wenn euch das lieber ist. Graz ist ja in Wirklichkeit auch nicht so schlecht. Da seid ihr ja jetzt hoch zufrieden mit diesem Ticket, das es da in Graz gibt. Wir haben ja eigentlich sehr eindrucksvoll gehört, was das heißt. Vier Millionen, die schlussendlich von dem Steuerzahler zusätzlich bezahlt werden für solche Ausritte, die in Wirklichkeit nicht zu finanzieren sind, aber gemacht worden sind, weil – und das geht halt wirklich auch ein bisschen an die Reformpartnerschaft – der Herr Bürgermeister Nagl damit politisch Aktionismus gemacht hat, um seine weitere Periode in irgendeiner Form rechtfertigen zu können, um mit Hilfe der SPÖ und KPÖ eben diese Dinge auch durchzusetzen.

Trotzdem Verlustgeschäft, kostet viel Geld und als kleine Erinnerung für euch auch hier: Die Stadt Graz hat aktuelle 1,1 Milliarden Euro Schulden. Also auch da gehen solche Geschichten, solche Phantasien, die ihr da macht, wirklich auf Kosten der Steuerzahler und zwar ohne Ende. (*Beifall bei der FPÖ*) Und damit sind wir ja schon bei der Nahverkehrsabgabe, die ja unter anderem von den Kommunisten gefordert wird und jetzt auch von euch. Mir ist es momentan nicht bekannt, dass es in der Steiermark wirklich so gut geht, dass also die Wirtschaft so blüht und dass alles so klasse ist. Ich weiß, wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit, wir haben sinnentleerte Russland-Sanktionen, die die Wirtschaft in der Steiermark, besonders auch in der Oststeiermark, belasten und wir haben von Haus aus, das wissen wir ja auch, eine der höchsten Steuerlasten und die höchsten Lohnnebenkosten in unserem Land. Also, alles das sind Sachen, die ja wirklich unheimlich gut für ein zusätzliches Belastungspaket sprechen, dass wir also Nahverkehrsabgabe einführen – damit wird so in Wien erfolgreich finanziert, nämlich in Wien mit derzeit 4,6 Milliarden Euro Schulden. Ich kann auch zu diesen Dingen allen nur wirklich gratulieren, weil in Wirklichkeit sind das alles wirklich untragbare und unhaltbare Forderungen, die ihr ohne jeden finanziellen Hintergrund stellt. Weil ihr wollt etwas fordern, was aber in Wirklichkeit ihr genauso wisst wie wir, dass es nicht zu finanzieren ist. Oder, dass es, wenn es finanziert wird, hier zu Verlusten führt, die letztendlich der Steuerzahler zahlen muss. Aber das ist euch und eurer Bewegung hier eigentlich immer schon wurscht gewesen. Jetzt vielleicht zum Schluss noch zur Erinnerung an die von euch negierten Leistungen des Ressorts Kurzmann. Das S-Bahn-Konzept wurde nicht erhalten, sondern wurde weiter ausgebaut vor allem in Richtung Qualität. Es gibt ÖV-Schnellbusverbindungen, wie wir bereits gehört haben. Weil du ja Umwelt und sonstiges behauptest, dass nichts vorhanden ist: Wir haben die Tierschutzvereinsförderung auf gute Beine gestellt. Das ist ein gelöstes Problem. Eure eigentliche Thematik, die ihr immer wieder so habt, da höre ich nichts dazu. Wir haben eine Feinstaubentwarnung – haben wir das übersehen bei den Herrschaften von den Grünen? Wir stehen kurz vor der Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU. Wahrscheinlich durch eure Mithilfe oder anders kann ich es mir jetzt so nicht vorstellen. Fazit zu diesem Thema ist, dass man trotz des Sparpaketes der Reformpartnerschaft, trotz des Sparpaketes wirklich die Budgetmittel, die vorhanden waren und sind, bestmöglich genutzt hat, bestmögliche Leistungen erbracht hat.

Ich sage euch ganz ehrlich, in Verbindung mit den Vorwürfen, die ja nicht nur den Landesrat Kurzmann treffen, sondern auch das komplette Ressort und in dem Fall auch die Bauabteilung oder die Fachbauabteilung 16, da kann ich euch nur ausrichten: Ich glaube, dass dort Menschen sind, die sehr gut arbeiten und die eine gute Arbeit leisten und dafür sei auch gedankt. *(Beifall bei der FPÖ)* Und in Wirklichkeit ist es eben so, dass ihr Chaosverbreiter seid. Ihr sagt die ganze Zeit: „Da haut ja alles nicht mehr hin, das geht ja alles nicht.“ Nach euren Ideen oder Vorstellungen ist ja alles sowieso ganz im Argen. Ich sage euch jetzt, hier von da aus: Es braucht in der Steiermark keine Grünen, die laufend Bundesbehördenverfahren angreifen und verzögern, die laufend unfinanzierbare Forderungen stellen, die laufend als Anpatzer in Brüssel draußen auftreten und sagen wie grauslich wir sind und was wir da alles nicht können und es braucht schlussendlich keine Grünen, die uns erklären wie Umwelt- und Verkehrspolitik zu machen ist. Das schreibt ihr euch bitte schön hinter die Ohren, damit ihr euch auskennt in der Zukunft. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 13.56 Uhr)*

Präsident Breithuber: Bevor ich zur nächsten Wortmeldung komme, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der HLW Krieglach unter der Leitung von Dipl.-Päd. Monika Strohmaier. Herzlich Willkommen und danke für das Interesse. *(Allgemeiner Beifall)*

Nächste Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg *(13.56 Uhr):* Herr Präsident, Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein paar Worte zur Nahverkehrsabgabe. Ich werde dann auch einen Entschließungsantrag dazu einbringen. Wenn ich jetzt diese Worte des Landesrates Kurzmann, und ich habe aufmerksam zugehört, zusammenfasse, haben Sie eigentlich im Wesentlichen nicht bestritten, die Forderungen, die Lambert Schönleitner, aber auch andere immer wieder gestellt haben, Sie haben nur gesagt: „Budgetnöte, Wunschkonzert, Geldmittel“ etc. Jetzt frage ich Sie, vielleicht ... – nicht vielleicht, Sie werden sich ja sicherlich abschließend noch einmal zu Wort melden – Sie wissen sicher, dass wir den öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark – nicht nur in der Steiermark, aber wir reden hier als Landesparlament über die Steiermark – ausbauen müssen.

Das hängt auch damit zusammen, dass wir, was die fossile Energie betrifft, so wie es der Kollege Schönleitner gesagt hat, irgendwann einmal an den Zenit der Leistungsfähigkeit des Individual-PKW-Nutzers kommen. Das wissen Sie alles. Da werden wir ausbauen müssen und das wird kosten. Jetzt sagen Sie mir, wie man ohne neue Einnahmen das finanzieren soll? Die neuen Einnahmen werden wir brauchen. Da gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. Unsere Herangehensweise kennen Sie, aber ich würde einmal Ihre Herangehensweise hier gerne hören, weil nur zu sagen: „Wunschkonzert, Budgetnöte, Geldmittel“, ist zu wenig. Sie wissen genauso gut wie ich und wie wir alle, der öffentliche Personennahverkehr wird mehr Geldmittel benötigen. Und dann sagen Sie, wo dieses Geld herkommen soll. Das möchte ich heute einmal – ich fordere Sie wirklich auf – von Ihnen hören. Ich habe heute in der Früh die Kleine Zeitung gelesen, da ist das ja ganz gut zusammengefasst was, Sie haben es ja schon gesagt, Ihr Ressort ausgibt. Ich glaube 30 Millionen Euro geht ungefähr in die Verkehrsdienste, 16, 17 Millionen Euro alleine noch in den zusätzlichen Verkehrsverbund – sind fast 50 Millionen Euro und wenn wir uns die Nahverkehrsabgabe anschauen, man muss nicht das Wiener Modell nehmen, aber wir haben uns das Wiener Modell angeschaut, acht Euro im Monat, das sind – sagen wir – im Jahr 100 Euro. Wenn man die Beschäftigten der Steiermark hernimmt, ungefähr 350.000, und die Ausnahmen, die es in Wien gibt, auch uns zu Herzen nehmen wollen und sagen, dass wir das auch so machen, dass über 55-Jährige ausgenommen sind und Betriebe, die ganz wenig Beschäftigte haben, auch. Ich frage mich, ob das überhaupt sein muss, weil ein Betrieb, der zwei Beschäftigte hat, wenn der sich die 200 Euro im Jahr nicht leisten kann, dann frage ich mich, welche wirtschaftliche Perspektive so ein Betrieb eigentlich hat. Aber sei es darum. Nehmen wir das Wiener Modell her, so wie es ist. Dann würde das bei dem Beschäftigtenstand, den wir in der Steiermark haben, unselbstständig Beschäftigte wie das eben heißt – grosso moda gesprochen – 25 Millionen Euro im Jahr einnehmen. Das ist fast das, was wir für Verkehrsdienste im Jahr ausgeben. Also mit dem Geld könnte man ganz schön was bewegen. Weil es immer heißt: „Nein, die Belastung und die Unternehmer – es geht uns sowieso so schlecht“, so wie es der Kollege Samt jetzt gesagt hat. Als wenn die Russlandkrise irgendetwas mit der Nahverkehrsabgabe zu tun hätte. Die Unternehmer profitieren ja davon, dass die – „Hakler“ hätte ich fast gesagt – Arbeiter und Angestellten jeden Tag in den Betrieb kommen. Stellen Sie sich einmal vor, was in Wien passieren würde, wenn die U-Bahn und wenn die Straßenbahn und die S-Bahn einen Tag nicht fährt.

Dann gibt es auch im Betrieb nichts mehr, denn dann steht alles. Dann kommen vielleicht 10 % der Beschäftigten überhaupt noch zur Arbeit. Also, die Unternehmer müssen ja selbst ein Interesse daran haben, dass die Beschäftigten vernünftig zu ihren Arbeitsstellen kommen. Deswegen glaube ich, kann man diesen kleinen Obolus, auch wenn es dem Landesrat Drexler nicht gefällt, ohne weiteres einheben. Acht Euro, sollen sechs Euro sein, aber irgendetwas werden wir einheben müssen. Das ist das eine. Das Zweite, was ich noch sagen will, das hat jetzt mit der Nahverkehrsabgabe nicht unmittelbar etwas zu tun, aber doch mit der Perspektive, auch mit den Fragen, die Kollege Schönleitner gestellt hat und was in der Steiermark noch alles zu tun wäre. Sie haben auch die Frage S-Bahn gehabt und vor allem bei dieser Frage, Sie kennen das ja, ist ja fast ein Steckenpferd von mir, die obersteirische S-Bahn, sehr gut aufgepasst. Da habe ich, vielleicht haben Sie es nicht so gemeint, aber ich würde Sie, wenn Sie sich noch einmal zu Wort melden, ersuchen, auch hier noch eine kleine Aufklärung uns mit auf den Weg zu geben. Sie haben gesagt, dass das jetzt alles geprüft wird und da gibt es eine sogenannte Potenzialprüfung. Das ist natürlich klar, denn wir müssen schauen, welche Haltestellen wir brauchen und so, aber ich glaube, Sie haben auch gesagt, da wird das rollende Material angeschaut werden müssen, weil das ist nämlich der Einserschmäh, den ich schon wieder befürchte. Da werden wieder fünf oder sechs Talent hineingerechnet und dann heißt es: „Ein Wahnsinn, ein Talent kostet so viel – fünf brauchen wir.“ Deswegen ist diese obersteirische S-Bahn vollkommen unfinanzierbar. Sie wissen genau so gut wie ich, dass das gar nicht die ÖBB und schon gar nicht die Landesbahnen machen müssten, wenn eine gewisse Zuzahlung des Landes käme, wäre vielleicht auch die GKB oder die Salzburger bereit und die brauchen möglicherweise gar kein neues rollendes Material ankaufen, weil die haben das. Also, ich bitte wirklich bei dieser Potenzialprüfung auf den Ankauf des rollenden Materials bei der Summe, die man dann für eine S-Bahn in die Hand nehmen müsste, nicht hineinzurechnen. Also noch einmal die Bitte an Sie: Sagen Sie wo Ihrer Meinung nach dieses Geld herkommen müsste. Man könnte es auch so machen wie der Bürgermeister Nagl, in der Zwischenzeit ist er davon abgerückt. Er hat gesagt: „Jeder Haushalt in Graz zahlt eine Summe X für die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in der Steiermark.“ Das ist nicht unsere Herangehensweise. Das ist eine Massensteuer und das lehnen wir ab. Ich möchte nur zum ÖVP Antrag etwas sagen. Dem werden wir nicht zustimmen, denn das ist ein Placebo. Das was Sie da fordern, da brauchen wir keine wissenschaftlichen Studien mehr, wo jetzt ein öffentlicher Verkehr hingehen muss.

Das ist alles bekannt. Da gibt es –zig Studien – ob das vom Verein Fahrgast ist, ob das von anderen wissenschaftlichen Institutionen ist. Wir wissen, wo man was ausbauen müsste, wie die Verkehrsströme laufen und da sollten wir nicht noch Geld ausgeben, kostet ja auch was, um neuerlich eine Studie zu machen, wo dann der zuständige Landesrat sagt: „Aber umsetzen können wir es nicht, weil kein Geld da ist“. Danke. *(Beifall bei der KPÖ)*

Den Antrag darf ich noch einbringen, den Entschließungsantrag zur Nahverkehrsabgabe, und zwar lautet er folgendermaßen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Regierungsvorlage zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der "Wiener U-Bahn-Steuer" auszuarbeiten, welche von den steirischen Unternehmen zweckgebunden für den öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark eingehoben wird und diese Vorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich danke. *(Beifall bei der KPÖ – 14.04 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke schön. Nächste Wortmeldung von Frau Klubobfrau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler *(14.05 Uhr)*: Danke, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier und via Livestream!

Wir haben noch einen zweiten Entschließungsantrag, den wir einbringen wollen. Dazu möchte ich etwas sagen. Vielleicht noch ganz kurz, es geht um das Top-Ticket für Studierende. Wir haben diesen Antrag schon mehrmals gestellt und ich möchte jetzt ein bisschen auf die Chronologie auch dieses Themas eingehen. Es beschäftigt uns hier im Landtag ja schon längere Zeit. Landesrat Kurzmann hat in seiner Anfragebeantwortung erwähnt, es war ja nicht immer so, dass die Studierenden keine Freifahrt hatten. Bis 1996 gab es diese Freifahrtmöglichkeit für Studierende nämlich. Aber die wurde dann abgeschafft über den Bund und d. h. in Wahrheit, dass Studierende zusätzlich mit Mehrausgaben belastet sind. Jetzt haben wir ja die Situation, dass es den Menschen in der Steiermark durch verschiedene Kürzungspakete ohnehin nicht gut geht und viele dieser Kürzungen, die hier durch die sogenannten Reformpartner stattgefunden haben – ich erwähne jetzt z. B. nur die Wohnbeihilfe, die haben ja die Studierenden ohnehin getroffen und mit der zusätzlichen Belastung, dass sie eben auch für die Fahrt von ihrem Wohnort, von ihrer Wohnung oder ihrer WG zur Uni noch zahlen müssen – ist sozusagen eine doppelte Belastung.

Jetzt ist es in anderen Orten, wo es Unis gibt, wo auch viele Studierende wohnen, wie z. B. in Wien oder in Linz ganz anders. Man könnte sogar sagen, dass vergleichsweise der Studienort Graz unattraktiv ist, was seine Tarifbedingungen anbelangt. Das Top-Ticket, wie gesagt, gibt es für die Schüler und Schülerinnen – kostet im Schuljahr 2013/14 96 Euro und genau das ist das, was die Studierenden auch brauchen würden und wo es auch eine dementsprechende Initiative gibt. Sie alle kennen „Freie Fahrt voraus – Top-Ticket für Studies“. Das behaupte ich nicht nur, das weiß ich, denn die Initiative war in allen Landtagsklubs vorstellig, auch beim Herrn Landesrat Kurzmann, und hat das Konzept vorgestellt. Wir haben das auch schon im zuständigen Ausschuss besprochen. Was mich immer wieder fasziniert, ist, wenn man dann nachfragt was die anderen Klubs dazu gesagt haben, dann hört man breite Zustimmung – ÖVP, SPÖ, die Grünen, die KPÖ, FPÖ. Es sind sich alle einig, dass dieses Top-Ticket für die Studierenden eine gute Sache ist. Ja dann frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns da alle einig sind, warum geht denn dann nichts weiter? Es ist mir schon klar, dass es wieder einmal ums Geld geht und das hat man jetzt auch wieder sehr eindeutig gesehen, wie gut das auch hin- und hergeschoben wird. Auf der einen Seite sagt der zuständige Landesrat von der FPÖ: „Ich würde das ja umsetzen, wenn ich genug Geld dafür hätte, aber im Budget ist das nicht vorhanden. Das haben mir sozusagen Rot und Schwarz nicht zugeteilt.“ Umgekehrt sagen aber Rot und Schwarz: „Wir können da nichts dafür. Das ist ja nicht unsere Zuständigkeit. Dafür ist ja die FPÖ zuständig.“ Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht ganz einfach, wenn der politische Wille da ist. Das hat man ja z. B. – ich glaube der Lambert Schönleitner hat es erwähnt – in Graz sehr gut gesehen. Wenn man gerne möchte, dass eine Jahreskarte billiger wird und sich die dementsprechenden Verhandlungspartner auch einig werden können, dann gibt es eben ein Ticket um 228 Euro, statt wie vorher fast um das Doppelte. Sie können Ihren politischen Willen heute hier aber sehr wohl auch kundtun, denn wir haben unseren Antrag diesmal ganz bewusst so formuliert, dass Sie sich leicht tun dem Ihre Zustimmung zu geben.

Der Entschließungsantrag, den ich jetzt einbringe lautet nämlich wie folgt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bund und den betroffenen Gebietskörperschaften der Steiermark in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel eine Erweiterung des derzeitigen Top-Ticket Modells zum Preis ca. 96 Euro auf Studierende noch im Wintersemester 2015/2016 zustande zu bringen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. Also, wenn es Ihnen wirklich ernst ist, wenn Sie den Kollegen, die ja auch anwesend sind von der Initiative nicht die Unwahrheit gesagt haben, wie sie Ihnen erklärt haben bei ihren Terminen: „Ja, wir sind dafür. Das ist eine gute Sache“, dann stimmen Sie diesem Antrag hier heute zu, denn damit würden Sie auch im Landtag kundtun: „Ja, wir wollen uns zumindest ernsthaft damit auseinandersetzen.“ Da ist auch der zuständige Unterausschuss, Herr Landesrat, der jetzt dann nächste oder übernächste Woche stattfindet, absolut kein Hindernis. Denn erst mit diesem beschlossenen Antrag könnte man in Wahrheit als Grundlage in diesem Unterausschuss weiterarbeiten. So, jetzt noch ein Wort, Lambert, zu dir und zu deiner Mitteilung, wie ihr mit unserem „Entschließer“ umgeht. Ganz kann ich es nicht nachvollziehen, denn, wie gesagt, selbst wenn du dir vorstellen könntest oder sich die Grünen vorstellen können, dass man eine Nahverkehrsabgabe auch anders lösen könnte, wie nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer – ja, das könnten wir auch, das hat der Kollege Murgg jetzt ausführlich erklärt – aber finde ich schon spannend, dass man dem dann nicht seine Zustimmung gibt. Ja, ich weiß, es naht der Wahlkampf, auch der für den Landtag. Wie dem auch sei. Wir werden eurem Antrag selbstverständlich unsere Zustimmung geben, weil ich um der Sache willen entscheide und nicht der Partei wegen. Weil die FPÖ oder der Kollege Samt so bildlich dargestellt hat, wie sehr es da jetzt in dieser Dringlichen rein nur um Wahlkampfrhetorik geht, das lass mich sarkastisch anmerken, das kommt ja bei der FPÖ gar nie vor. Was die Nahverkehrsabgabe generell betrifft, das möchte ich jetzt nicht weiter ausführen, das hat mein Kollege Murgg schon vorhin gemacht. Ich möchte nur daran erinnern, dass natürlich auch in der Stadt Graz, wo eben jetzt dieses Jahresticket für die Öffis um 228 Euro erwerblich ist, dort haben sich SPÖ, ÖVP und KPÖ darauf geeinigt, dass man selbstverständlich ans Land herantreten muss, um das zu regeln. Denn ich sehe die Problematik natürlich ähnlich wie die Grünen. Ja natürlich ist es blöd, wenn ich jetzt außerhalb von Graz wohne und in Graz arbeite, aber dafür ist halt die Stadt Graz nicht zuständig. Deswegen möchte man ja ans Land herantreten und schauen, dass man da mit einer Nahverkehrsabgabe etwas regeln kann. Mir ist schon klar, dass sich der Bürgermeister Nagl im Moment vor den anstehenden Wahlen in der Wirtschaftskammer auch ein bisschen schwer tut mit den Unternehmen über eine Nahverkehrsabgabe zu reden. Wie dem auch sei, wir werden innerhalb dort, wo wir Möglichkeiten haben, also auch in der Stadt Graz, sicher hart bleiben und die Kollegin Elke Kahr wird sich sicher weiterhin dafür einsetzen, dass die Versprechen, die die SPÖ und die ÖVP in der Stadt gemacht haben, auch eingehalten werden.

Wie dem auch sei, ich bitte Sie noch einmal hier Ihren politischen Willen kundzutun, wenn es um das Top-Ticket für Studierende geht und demnach unserem Entschließungsantrag, wie auch dem Entschließungsantrag, was die Nahverkehrsabgabe anbelangt, Ihre Zustimmung zu geben. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ –14.13 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste und vorläufig letzte Wortmeldung von Herrn Erwin Gruber.

LTabg. Erwin Gruber *(14.13 Uhr):* Geschätzter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf auch einen Entschließungsantrag einbringen, möchte aber noch ein paar kurze Vorbemerkungen machen. Ich habe mich vorher sehr amüsiert, wie sich sozusagen die FPÖ und die Grünen gegenseitig die Schwächen in ihrer Verkehrspolitik vorgeworfen haben. Da gibt es scheinbar sehr viel Stoff, das dauert doch eine Zeitlang. Es war recht eine spannende Sache. Es gibt da scheinbar doch einiges an Schwächen anzuführen. Ich bemerke noch eines, dass die FPÖ oft sehr wehleidig ist. Sie teilt sehr gerne aus. Das merkt man jetzt immer mehr. Sie teilt gerne aus, aber selbst Kritik zu vertragen, das ist nicht ihre Stärke. Ich glaube, es gibt da aber sehr vieles und das werden wir in Zukunft wahrscheinlich verstärkt wahrnehmen, dass wir durchaus die FPÖ-Politik kommentieren, wenn wir das dürfen. *(Beifall bei der ÖVP)* Es ist eines einmal Faktum: Es kommt immer die große Ausrede, wenn es um Verkehrsthemen geht: „Das Budget ist nicht vorhanden.“ Das stimmt natürlich zum Teil. In allen Ressorts ist Sparen angesagt. Das haben wir, denke ich, in den letzten Jahren sehr gut umgesetzt, dass wir durch Strukturreformen sozusagen den Budgetmitteln durchaus zur Effizienz verholfen hat. Das Verkehrsressort ist das Einzige in den letzten fünf Jahren, das faktisch nicht gekürzt worden ist. Wir liegen bei einem Gesamtverkehrsbudget jährlich von rund 211 Millionen Euro. *(LTabg. Samt: „Erwin, das stimmt nicht!“)* Die Zahlen kenne ich leider sehr gut, lieber Herr Kollege. Das Budget ist unverändert *(LTabg. Samt: „Verbreite nicht die Unwahrheit. Das stimmt nicht!“)* und zusätzlich gibt es weitere Budgetmöglichkeiten über das Projekt der Feinstaubsanierung *(LTabg. Samt: „Von 2011 auf 2015 hast du übersehen!“)* und zusätzlich haben wir z. B. auch vor zwei Jahren ein Budget, ein Sonderbudget für die Straße von 15 Millionen Euro verabschiedet. Es ist leider so. Die Wahrheit ist, glaube ich, allen zumutbar.

Das ist nicht das große Problem, denke ich, sondern es gibt einfach durchaus nicht unbedingt die entsprechenden politischen Vorgaben, die im Verkehrsressort da sein müssten und da zählt, lieber Peter Samt, nicht immer die Ausrede, dass man dann schnell sagt, wenn man politisch was einfordert, ja, da wird gleich die Fachabteilung dahinter beleidigt. Das stimmt absolut nicht. Die Fachabteilung arbeitet sehr gut, alle, die da im Bereich tätig sind bis zu den Straßenmeistereien runter, leisten, glaube ich, eine sehr gute Arbeit im Bereich des Verkehrs insgesamt. Aber die klaren Strategien sind nicht unbedingt da und gerade beim öffentlichen Verkehr muss ich eines ansprechen. Wo gibt es die Konzepte für die Schiene, für die Regionalbahnen? Wo gibt es die klaren Konzepte für den öffentlichen Verkehr im Busbereich? Es werden ständig Buslinien zugesperrt. Es gibt keine einzige Verbindung mehr an Linienverkehr im Busbereich zwischen der Oststeiermark und dem Mürztal. Aber vor allem, was ist im peripheren Raum, in der Einführung was z. B. Mikronetze betrifft, so wie man es in Niederösterreich ganz stark hat, Sammeltaxis usw., also da fehlen uns die Strategien. Ich denke aber auch, das ist sehr notwendig und das ist einfach eine politische Grundlagenarbeit, dass man sich ständig die Pendlerströme neu anschaut, dass man sich die Schülerströme anschaut, dass man sich die Ströme der älteren Menschen anschaut, wenn sie Richtung Gesundheitszentren unterwegs sind, Tourismusströme sind sehr entscheidend (*LTA*bg. Samt: „Das wird gemacht, Herr Kollege!“) und das, denke ich, muss man letztendlich auch umsetzen. Also, nicht die Reformpartner sperren zu, sondern auch die FPÖ im zuständigen Ressort des Verkehrs sperrt zu und das sind Fakten. Das sind Tatsachen. Wir fordern eben seit Jahren die Evaluierung der regionalen Verkehrskonzepte, gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs und auch des Landesverkehrskonzeptes. Das ist auch jetzt letztendlich unser gemeinsamer Entschließungsantrag – SPÖ und ÖVP. Wir werden den anderen Anträgen nicht zustimmen, die seitens der Grünen da sind und seitens der KPÖ aus dem Grund, weil es einfach nicht Faktum ist, wenn man irgendetwas verbilligt, dass automatisch mehr Fahrgäste unterwegs sind. Sondern ich muss einfach ein System effizienter machen. Und daher fordern wir entsprechende Grundlagenarbeit und möchten folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine wissenschaftlich fundierte Analyse des Ist-Zustands betreffend den Öffentlichen Verkehr unter Berücksichtigung von Siedlungsstruktur, Binnenverkehr, Ziel- und Quellverkehr, sowie der Struktur des Pendlerinnen- und Pendlerverkehrs, Feinstaubproblematik vorzunehmen und
2. auf Basis dessen gemeinsam mit den Regionen und Verkehrsverbänden einen Vorschlag für ein modernes und zeitgemäßes Gesamtverkehrskonzept zu erarbeiten und dieses dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bitte um Annahme. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.18 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung der Entschließungsanträge.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 3268/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitliche angenommen gegen die Stimmen der KPÖ und Freiheitlichen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3268/4, betreffend leistbaren öffentlichen Verkehr - punktuell bitte - ihre Zustimmung geben zu Punkt 1: das steirische Gesamtverkehrskonzept zu überarbeiten, um es den Anforderungen eines modernen und zeitgemäßen Mobilitätskonzeptes anzupassen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Punkt 2: Ein Finanzierungskonzept zum Ausbau des Nahverkehrs in der Steiermark vorzulegen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Punkt 3: Gemeinsam mit der Stadt Graz eine Nahverkehrsabgabe zu erarbeiten. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Punkt 4: Wie in Wien und in Vorarlberg ein 365 Euro-Jahresticket für das gesamte Bundesland umsetzen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Punkt 5: Ein S-Bahnkonzept für den obersteirischen Zentralraum umzusetzen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe!

Abgelehnt gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und Freiheitliche.

Punkt 6: Wie im Verkehrsverbund Ost (Wien, Niederösterreich, Burgenland) das Topticket auf 60 Euro zu senken. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt: SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Punkt 7: Das Top-Ticket auf Studierende zu erweitern. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Abgelehnt, gegen die Stimme der SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Und Punkt 8: Für alle Landesbediensteten ein Jobticket zu ermöglichen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt, gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Damit komme ich zum dritten Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 3268/2, betreffend Nahverkehrsabgabe. Wer mit diesem Entschließungsantrag einverstanden ist, bitte ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt, gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen.

Und der letzte Entschließungsantrag. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 3268/3, betreffend Top-Ticket für Studierende noch im WS 2015/16 einführen zustimmen, um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe! Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ.

(Anmerkung der Landtagsdirektion: GRÜNE und KPÖ haben für alle Punkte des Entschließungsantrages gestimmt).

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung und dieser Dringlichen Anfrage.

Zur nächsten Sitzung des Landtages, diese findet am 10. März 2015 statt, wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung: 14.22 Uhr